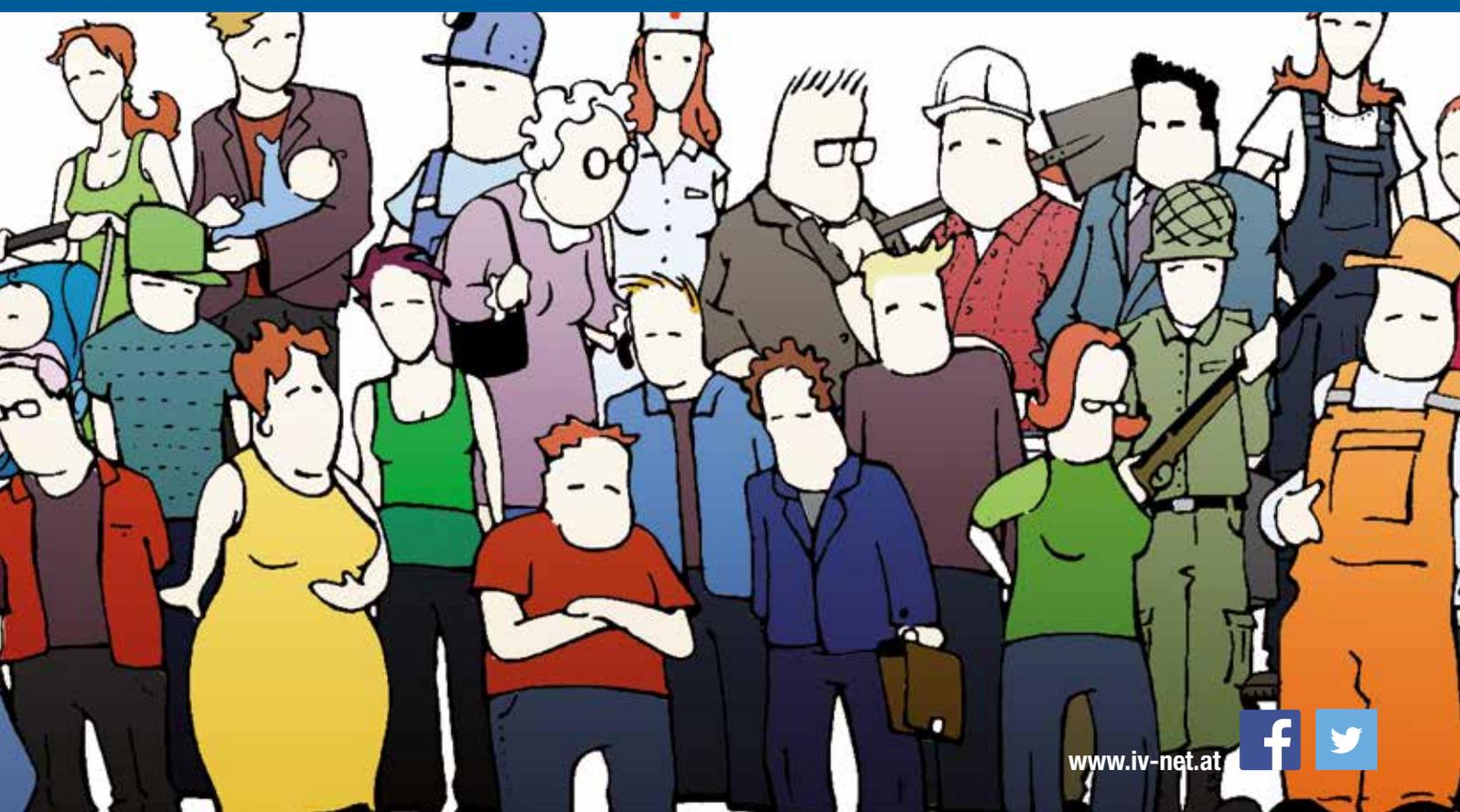


# REICHTUM, ARMUT & UMVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

FAKTEN UND MYTHEN



# INHALT

*„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem Ihr die Starken schwächt. Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem Ihr die ruiniert, die sie bezahlen. Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem Ihr Klassenhass schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem Ihr die Reichen ausmerzt. Ihr könnt den Menschen nie auf Dauer helfen, wenn Ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und können.“*

*Abraham Lincoln*

Vorwort.....	5
<b>FAKTEN ZUM REICHTUM</b>	
Wie reich ist Österreich?.....	7
Was ist Vermögen? .....	8
Wie groß ist das Geldvermögen in Österreich? .....	9
Wie ist das Vermögen in Österreich verteilt? .....	10
Pensionsanwartschaft – Das „vergessene“ Vermögen .....	11
Vermögensverteilung im Vergleich mit anderen Staaten .....	12
Wird Vermögen in Österreich „zu wenig“ besteuert? .....	13
Werden Erträge aus Vermögen zu gering besteuert? .....	15
Zahlen die Unternehmen zu wenig Steuern? .....	16
Zahlen die „Reichen“ zu wenig Steuern? .....	17
Zahlt „das Kapital“ zu wenig Steuern? .....	18
Der Mythos über die „Managergehälter“ .....	19
Wie sehr sind Top-Managerposten vererbbar? .....	21
<b>FAKTEN ZUR ARMUT</b>	
Was bedeutet „Armutsgefährdung“? .....	23
„Armutsgefährdung“ ist nicht gleich „Armut“ .....	25
„Armutsfalle Wohnen?“ .....	27
Was sind die Ursachen von Armut? .....	28
Wie kann Armut verringert werden? .....	29
Mehr Wettbewerb .....	30
Mehr Globalisierung .....	32
Mehr Eigenverantwortung .....	32
Mehr Leistungsbereitschaft .....	33
Ist Armutsgefährdung ein Dauerzustand? .....	34
Die „Gläserne Decke“ – Werden Einkommen vererbt? .....	34
Armut trotz Arbeit – das Phänomen „Working Poor“ auch in Österreich? .....	35
Die „Teilzeitfalle“ .....	37
<b>FAKTEN ZUR UMVERTEILUNG</b>	
Der Wunsch nach Umverteilung .....	39
Umverteilung historisch betrachtet .....	40
Umverteilung durch die Lohn- und Einkommensteuer .....	41
Die „Belastungsschere“ .....	42
Umverteilung durch das gesamte Steuer- und Abgabensystem .....	44
Umverteilung durch Staatsausgaben .....	46
Nettotransferzahlerinnen und -zahler und Nettotransferbezieherinnen und -bezieher .....	49
Der Mythos von der „Einkommensschere“ .....	50
Der Mythos der „sinkenden Reallöhne“ .....	53
Der Mythos „Lohnquote“ .....	54
Umverteilungsschere bei den Pensionen .....	56
Soziale Mobilität: Die Karten werden jeden Tag neu gemischt .....	56
Umverteilungsschere bei den Staatsschulden .....	59
Ist Österreich gerecht? .....	60
<b>Ausblick .....</b>	<b>62</b>
Wohlstand lässt sich nicht konservieren .....	62
<b>Zusammenfassung der wichtigsten Fakten .....</b>	<b>66</b>

# VORWORT

# VORWORT

Ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik ist die Erhöhung des Wohlstandes und damit einhergehend die Steigerung der Lebensqualität und die Verringerung von Armut. Der wichtigste Hebel zu mehr Wohlstand ist eine höhere Produktivität als Ergebnis von Innovationsgeist, individueller Verantwortungsbereitschaft und richtigen Rahmenbedingungen.

Österreich gehört heute zu den am meisten umverteilenden Ländern der Welt. Vor diesem Hintergrund stehen wir vor zweierlei Herausforderungen:

- Erstens werden die Mittel nicht immer dorthin verteilt, wo sie der Allgemeinheit im Sinne von mehr Wohlstand für Alle am besten dienen.
- Zweitens – und diesem Phänomen widmet sich die vorliegende Broschüre – wird der hohe Grad an Umverteilung von den Begünstigten nur selten wahrgenommen. Umverteilung kann nie die in jeder Gesellschaft vorhandene Ungleichheit und Vielfalt zur Gänze nach oben nivellieren.

So bleibt trotz erheblicher Umverteilungsmechanismen in den meisten Fällen immer noch ein subjektives Gefühl von Ungerechtigkeit – das ist zumeist weder für die Transferzahlerinnen und Transferzahler noch für die Empfängerinnen und Empfänger zufriedenstellend.

Die vorliegende Broschüre soll auch in ihrer fünften überarbeiteten, aktualisierten und mit neuen Erkenntnissen angereicherten Auflage einen Beitrag dazu leisten, die Fakten zum Thema Umverteilung in Österreich transparenter zu machen. Sie zeigt den aktuellen Status-quo von Reichtum, Armut und Umverteilung. Es zeigt sich dabei, dass eine Minderheit in Österreich die Masse des umzuverteilenden allgemeinen Wohlstandes erwirtschaftet und damit im Wesentlichen das Sozialsystem aufrechterhält.

Das vorliegende Papier der Industriellenvereinigung ist frei von Forderungen oder normativen Zielvorstellungen und verfolgt die Absicht, oft unwidersprochenen politischen Mythen die Fakten gegenüberzustellen.



**Mag. Christoph Neumayer**  
Generalsekretär  
der Industriellenvereinigung



**Dr. Clemens Wallner**  
Wirtschaftspolitischer Koordinator  
der Industriellenvereinigung

# FAKTEN ZUM REICHTUM

# FAKTEN ZUM REICHTUM

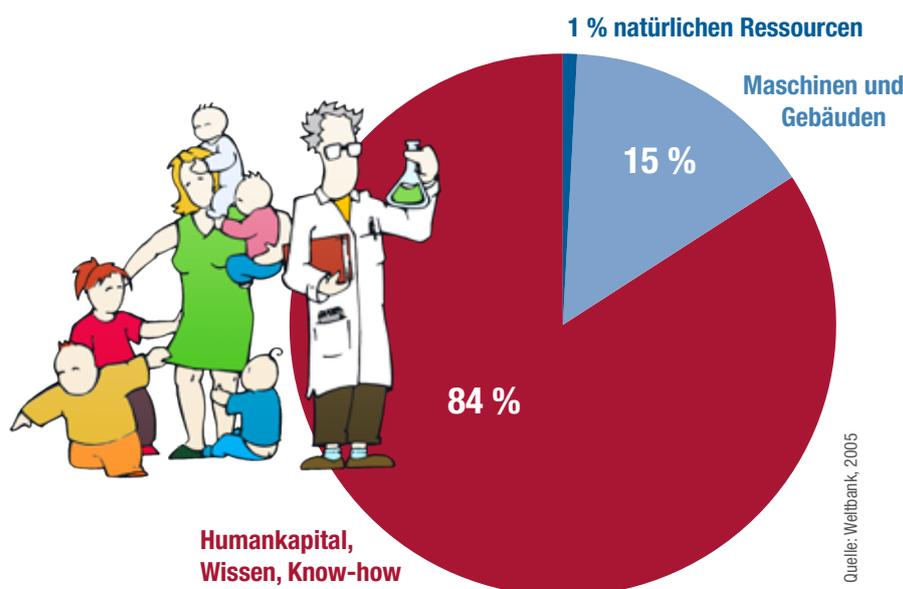
## Wie reich ist Österreich?

Österreich ist nach Luxemburg das **zweitreichste Land der EU und das zehntreichste Land der Welt**, wenn man das BIP pro Kopf (kaufkraftbereinigt) vergleicht – also das, was im Land pro Jahr produziert wird und das, was sich die Bürgerinnen und Bürger auch tatsächlich leisten können. Diese Wohlstandsrechnung ist aber eine Ertragsberechnung und gibt daher noch nicht darüber Auskunft, ob der Wohlstand auch zukunftsfähig ist – das heißt, **ob die Basis vorhanden ist, diesen Wohlstand auch in Zukunft erwirtschaften zu können**.

Dazu benötigt man einen Vergleich des Vermögens der Volkswirtschaften, also des heutigen Barwertes der zukünftigen Konsummöglichkeiten. Diesen Vergleich hat die Weltbank im Jahr 2005 in ihrer Studie „**Where is the Wealth of nations? – Measuring Capital for the 21<sup>st</sup> Century**“ angestellt. Sie hat nicht nur die klassischen materiellen Vermögenswerte wie Maschinen und Gebäude, sondern auch die immateriellen Vermögenswerte wie Humankapital berechnet. In dieser Studie belegt Österreich beim Pro-Kopf-Vermögen nach der Schweiz, Dänemark, USA, Deutschland und Japan den siebten Platz weltweit – noch vor dem rohstoffreichen Norwegen.

Interessant ist dabei die **Struktur des Vermögens**: Abgesehen von der Schönheit des Landes verfügt Österreich kaum über natürliche Ressourcen. Nur ein Prozent des heimischen Reichtums besteht aus natürlichen Rohstoffen, 15 Prozent aus festem Kapital wie Maschinen und Gebäude und **der überwiegende Rest (84 Prozent) aus dem Wissen und den Fertigkeiten und dem Know-how seiner Bevölkerung**, der Qualität der Institutionen und dem Sozialkapital.

### DER REICHTUM ÖSTERREICHS BESTEHT AUS ...



Das bedeutet: Wir haben in Österreich unseren Reichtum nicht den natürlichen Rohstoffvorkommen oder der Ballung von Finanzvermögen zu verdanken, sondern wir haben unseren Reichtum ausschließlich mit dem Leistungswillen, der Kreativität und der Innovationskraft der Menschen im Land erarbeitet.

## Was ist Vermögen?

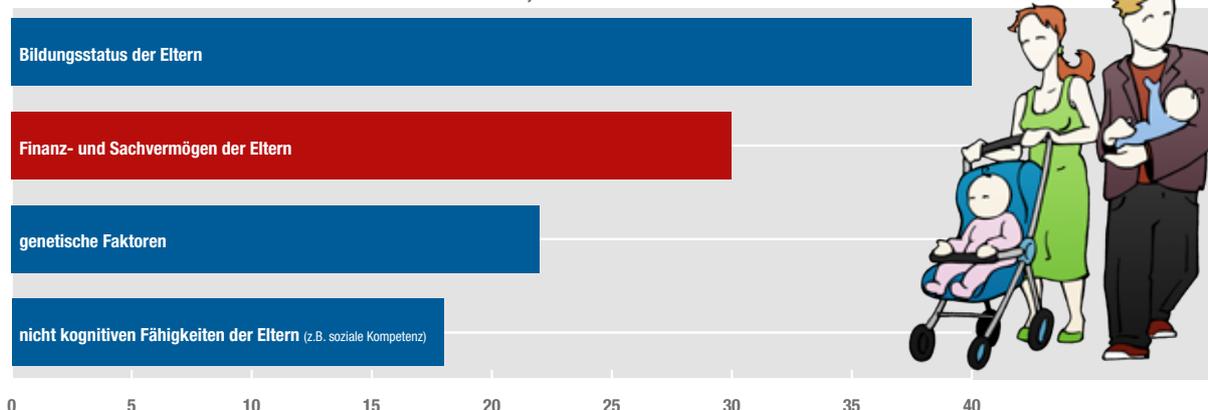
Der Begriff „Vermögen“ wird in der öffentlichen Debatte immer nur auf Finanz- oder Sachvermögen beschränkt. Das ist falsch. In der Unternehmensbilanz setzt sich Vermögen sowohl aus Geld-, Immobilien- und sonstige Sachvermögen, aber auch aus immateriellem Vermögen (Lizenzen, Urheberrechte, Patente, Markenwerte) zusammen. Für private Haushalte gibt es in der Wissenschaft keine präzise Definition von Vermögen, sondern lediglich „Usancen“.



Nach Aristoteles ist das Vermögen die aktive Potenz, also das Vermögen, etwas hervorzubringen. Der Begriff „Vermögen“ umfasst somit das Vermögen eines Menschen, etwas aus sich zu machen. Angefangen vom Leistungsvermögen, vom Denkvermögen bis hin zum Durchhaltevermögen, dem Einfühlungsvermögen in andere Menschen und dem Erkenntnisvermögen im Kant'schen Sinne. Soziale Netzwerke gehören genauso zum Vermögen einer Person wie das Wissen, die Talente, die Gesundheit, das Glück, am richtigen Ort zur richtigen Zeit gewesen zu sein, die richtigen Lehrerinnen und Lehrer gehabt zu haben oder die richtigen Personen zur richtigen Zeit kennengelernt zu haben. All das ergibt das Humanvermögen, das nicht weniger zur Chancengleichheit beiträgt als das Finanz- oder Sachvermögen.

## Welche „Vermögen“ ermöglichen das Vererben des Einkommensstatus auf Kinder?

Zu welchen Prozentsatz\* ist die höhere Wahrscheinlichkeit, dass der Einkommensstatus weitervererbt wird, zurückzuführen auf...



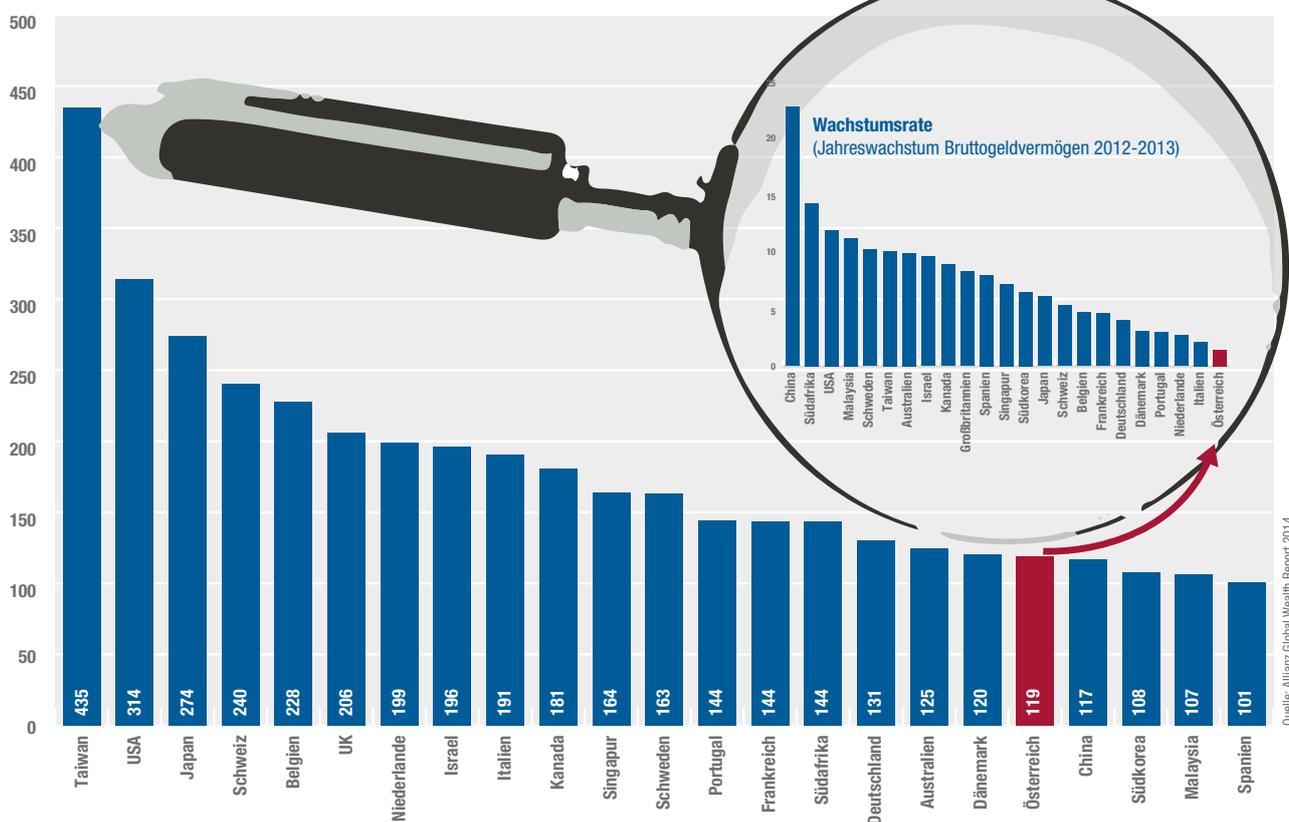
\* verschiedene Literaturquellen, daher sind Prozentsätze nicht kumulierbar (in Prozent der intergenerativen Einkommenskorrlation)  
Quelle: OECD, Growing Unequal 2008

Oft wird eine hohe Konzentration der Finanz- und Sachvermögen für eine scheinbar geringere Chancengleichheit unter den Erben verantwortlich gemacht. Das ist aber nur zum Teil richtig: Eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass der Einkommensstatus weitervererbt wird, ist laut verschiedenen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die von der OECD gesammelt wurden, nur zu 30 Prozent auf das Finanz- und Sachvermögen der Eltern zurückzuführen (v.a. indirekt durch das Vorhandensein von Risikokapital). Zu 22 Prozent hängt die „intergenerative soziale Mobilität“ von genetischen Faktoren, wie der Gesundheit oder der Persönlichkeit der Eltern und zu 18 Prozent von den nicht kognitiven Fähigkeiten der Eltern, wie z.B. deren sozialer Kompetenz ab. Der größte Einfluss auf die Vererbbarkeit des Einkommensstatus ist auf den Bildungsstatus der Eltern zurückzuführen (35 bis 50 Prozent). **Wahrer Reichtum, der vererbt wird, ist also nicht nur Geld- oder Sachvermögen, sondern vielmehr Fähigkeiten, Fertigkeiten und Einfühlungsvermögen, die oft nur schwer in Geld aufzuwiegen sind.**

## Wie groß ist das Geldvermögen in Österreich?

Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Österreich betrug per Ende 2013 544 Mrd. Euro. Dem stehen Verpflichtungen (also Schulden) in der Höhe von 168 Mrd. Euro gegenüber. Das Nettovermögen beträgt demnach 375 Mrd. Euro bzw. knapp 119 Prozent des BIP. **Das ist im internationalen Vergleich ein sehr geringer Wert.** Fast alle anderen OECD-Staaten weisen höhere private Geldvermögen auf. **Wir brauchen aber die Tugenden des Sparens und Privatvermögens in Österreich.** Nur mit diesem Geld können Unternehmen investieren (oder kann der Staat seine Defizite finanzieren), wenn die Volkswirtschaft sich nicht wie in Griechenland oder Spanien übermäßig und auf Dauer im Ausland verschulden will.

## Geldvermögen (Netto) der privaten Haushalte in Prozent des BIP



Quelle: Allianz Global Wealth Report 2014

Der geringe Wert der privaten Geldvermögen in Österreich liegt einerseits daran, dass die staatliche Pensionsvorsorge, Krankenversicherung, Bildungsleistungen und die Wohnbauförderung sehr stark ausgebaut sind und die Menschen daher kaum privat vorsorgen müssen. Andererseits sind die Vermögen in Österreich auch **besonders konservativ angelegt** (Sparbücher statt Aktien), und die geringen (bis sogar negativen) Realzinsen in den vergangenen Jahren haben kaum einen Vermögenszuwachs zugelassen. Während weltweit laut Global Wealth Report die Geldvermögen im Jahr 2013 im Durchschnitt um 9,9 Prozent gewachsen sind, haben die Geldvermögen der privaten Haushalte in Österreich nur um 1,4 Prozent zugelegt. **Österreich ist damit weltweites Schlusslicht. Jede Art von Vermögensteuer würde diese geringe Neigung zur Vermögensbildung und das geringe Vermögenswachstum in Österreich noch weiter verringern.**

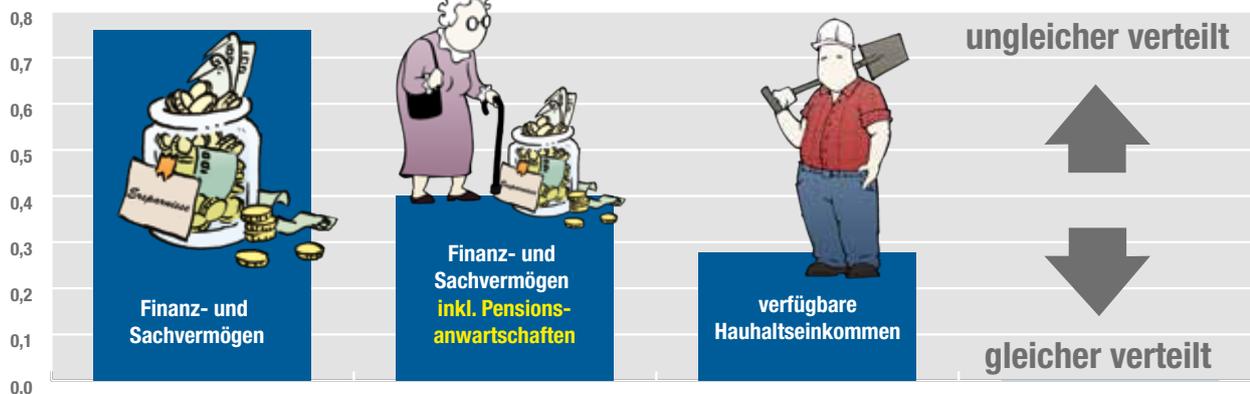
## Wie ist das Vermögen in Österreich verteilt?

Das Geld- und Immobilienvermögen in Österreich ist ungleicher verteilt als die Einkommen. Einkommen. Das liegt in der Natur der Sache, da es sich beim Vermögen um kumulierte Einkommen handelt, also um Bestandswerte, die über Jahrzehnte erwirtschaftet wurden. **Der Vermögensaufbau ist ein Spiegelbild von 70 Jahren ohne Krieg und Enteignungen (etwa durch Hyperinflation) – somit ist er nichts „Unehrenhaftes“.**

Bei den konkretesten Daten zur Vermögensverteilung handelt es sich um **Umfrageergebnisse der Nationalbank** von 62.500 Haushalten aus 15 der 17 Eurostaaten (davon 2.380 aus Österreich), die mit statistischen Methoden teilweise korrigiert wurden (fehlende Daten werden imputiert, Vermögen der reichen Haushalte werden übergewichtet „oversampled“, da man annimmt, dass diese zu gering angegeben werden etc.). Zusätzlich zum „oversampling“ verwendet man auch gerne die theoretische „Pareto-Formel“ aus den 60er-Jahren um die Ungleichverteilung ex-post nach oben zu korrigieren, obwohl die EZB ausdrücklich erwähnt, dass es sich nur um einen „Versuch“ handelt („**The word ‘attempt’ is used purposefully here, as success is not guaranteed**“). In Summe besitzen in Österreich laut diesen Erhebungen zehn Prozent der Haushalte jeweils mehr als 542.000 Euro Nettovermögen (Immobilien- Sach- und Finanzvermögen abzüglich Schulden) und damit insgesamt 63 Prozent des gesamten Nettovermögens der privaten Haushalte von insgesamt einer Billion Euro.

## Ungleichverteilung in Österreich

Gini-Koeffizient (1 = Einer hat alles; 0 = Alle haben gleich viel)



Der sogenannte Gini-Koeffizient **belegt eine ungleichere Verteilung der Vermögen als jene der Einkommen**. Der Gini-Index beschreibt die Vermögensverteilung – ein Index von 0 bedeutet eine gleichmäßige Höhe aller Vermögen, ein Wert nahe 1 hingegen maximale Ungleichverteilung. Beim Nettovermögen liegt er bei 0,76; beim Haushaltseinkommen laut Eurostat bei 0,270 (immerhin einer der geringsten Werte der EU).

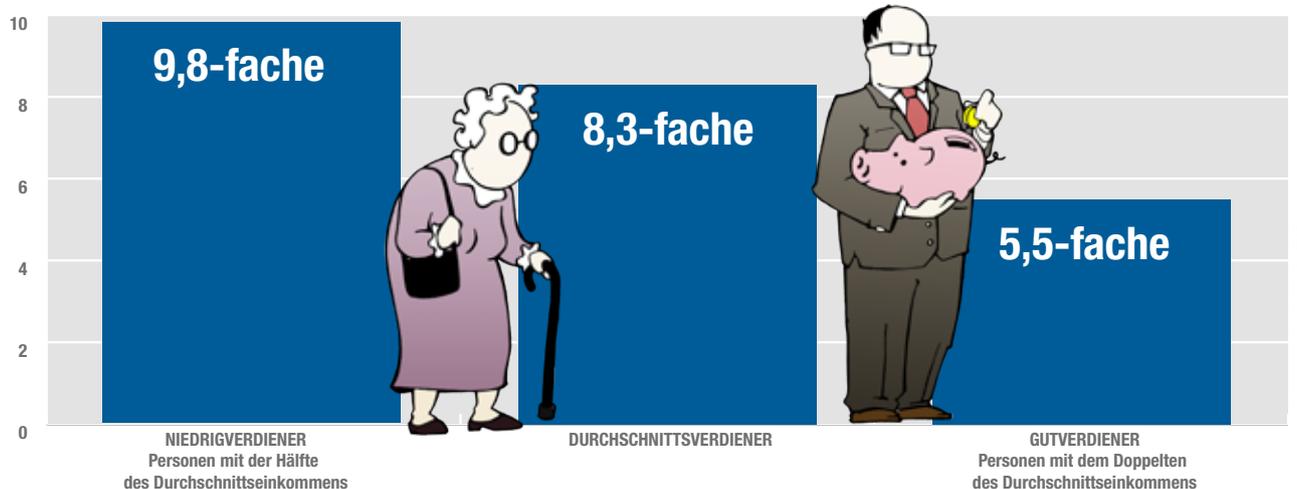
Würde man jedoch die **gesetzlich zugesagten** Pensionsanswartschaften zu den Privatvermögen hinzuzählen (sie stellen immerhin eine zentrale Vermögensposition, vor allem auch für Personen ohne Geld- oder Immobilienvermögen dar, für die in Form von Pensionsbeiträgen während des Erwerbslebens angespart wurde), **wäre die Verteilung der Vermögen wesentlich mehr nivelliert** und die Ungleichverteilung der Vermögen (der sog. Gini-Koeffizient) würde in Österreich von 0,76 auf 0,4 Prozent sinken.

## Pensionsanswartschaft – Das „vergessene“ Vermögen

Dieses „vergessene“ Vermögen, das eine Durchschnittsösterreicherin, ein Durchschnittsösterreicher an Pensionsanswartschaften im Umlageverfahren angespart hat, beträgt in aktuellen Werten im Durchschnitt immerhin rund 320.000 Euro netto pro Person. Eine Niedrigverdienerin, ein Niedrigverdiener (Hälfte des Durchschnittseinkommens) kommt bereits auf 9,8 Netto-Jahreseinkommen, eine Gutverdienerin, ein Gutverdiener (das Doppelte des Durchschnittseinkommens) allerdings nur auf 5,5 Netto-Jahreseinkommen als gesamte Pensionsleistung. **Die Pensionsanswartschaften wirken daher stark umverteilend.**

### Staatliches Pensionsvermögen der Österreicher

Staatliche Pensionsanswartschaften nach Einkommen (x-fache des Netto-Jahreseinkommens)



Die ungleiche Vermögensverteilung ist übrigens nicht nur eine Frage von Arm und Reich, sondern auch von Jung und Alt. Es ist also nur eine Frage der Betrachtung. Das Bedürfnis, den Konsum über den Lebenszyklus zu glätten bringt mit sich, dass Junge ein geringes Vermögen besitzen, dieses bis zur Pension aufbauen, um es dann im Alter wieder abzubauen. Die Daten der Nationalbank bestätigen diese Hypothese: Die Nettovermögen sind mit Abstand dort am höchsten, wo die Referenzperson im Haushalt zwischen 40 und 64 Jahre alt ist. Ab einem Alter von 64 Jahren verringert sich das Vermögen auf weniger als die Hälfte. Die Bis-40-Jährigen besitzen mit Abstand das geringste Vermögen.

## Vermögensverteilung im Vergleich mit anderen Staaten

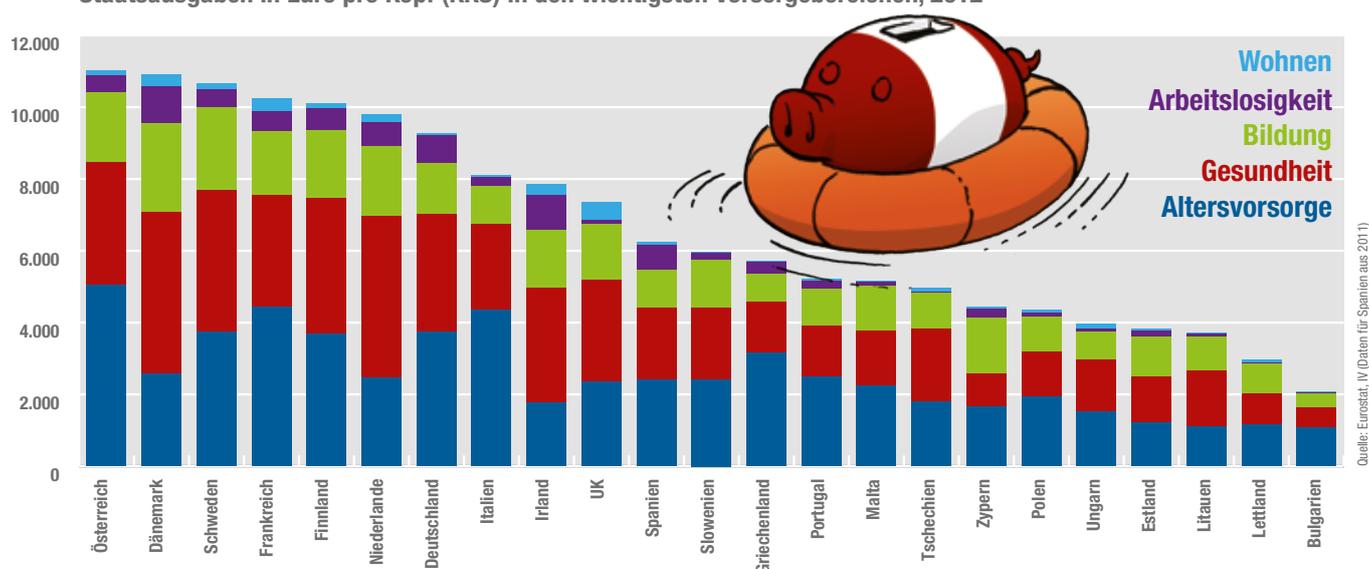
Es wird medial gerne verkündet, dass die Vermögen in Österreich **verhältnismäßig ungleich verteilt seien**, weil der Mittelwert der Nettovermögen (265.000 Euro pro Haushalt) deutlicher als in den anderen Staaten vom Medianwert (76.400 Euro pro Haushalt) abweicht und es damit in Österreich größere Ausreißer nach oben und nach unten gibt als in anderen Eurostaaten.

**Vergleicht man jedoch die Daten genauer**, so fällt auf, dass dieses Phänomen eher darauf zurückzuführen ist, dass die einkommensärmeren Haushalte in Österreich weniger Vermögen besitzen (die 20 Prozent ärmsten Haushalte haben im Schnitt ein Nettovermögen von 8.100 Euro) als der EU-Durchschnitt der einkommensärmeren Haushalte (26.700). **Die einkommensreichsten österreichischen Haushalte haben hingegen ein Durchschnittsvermögen, das durchwegs im Euroraum-Schnitt liegt** (die 10 Prozent einkommensreichsten rund 380.000 Euro). Je höher die Einkommen, desto näher rückt das Nettovermögen an das Nettovermögen des Euroraum-Durchschnitts heran.

**Fazit: Nicht die „Reichen“ in Österreich sind zu reich**, sondern die einkommensärmeren Haushalte und der untere Mittelstand haben in Österreich durchaus weniger Notwendigkeit zur Vermögensbildung und damit zur Konsumzurückhaltung. Der Grund dafür liegt **im stark ausgebauten Sozialstaat**. Das Pensionssystem macht für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das **private Alterssparen** überflüssig. Eine gut ausgebaute Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Invaliditätsversicherung **deckt die zentralen Lebensrisiken ab** und macht daher privates Vorsorgesparen weitgehend überflüssig. Die Zukunft der Kinder ist über das **öffentliche Bildungssystem** abgesichert. Selbst das Wohnbedürfnis, einer der Hauptanreize zur Vermögensbildung in anderen Eurostaaten, wird in Österreich über die **großzügige Wohnbauförderung** stark von der öffentlichen Hand gestillt.

## Staatliche Vorsorge (statt privatem Vermögensaufbau)

Staatsausgaben in Euro pro Kopf (KKS) in den wichtigsten Vorsorgebereichen, 2012



**Österreich hat pro Kopf der Bevölkerung die zweithöchsten Staatsausgaben aller Euroländer (außer Luxemburg) in den Bereichen Alter, Gesundheit, Bildung, Arbeitslosigkeit und Wohnen – also den klassischen Lebensbereichen, in denen private Haushalte sonst Vorsorge betreiben müssten.** Damit ist der Vermögensbildungsanreiz wesentlich geringer, vor allem bei ärmeren Haushalten, die hauptsächlich von den staatlichen Transferleistungen profitieren.

Auffällig ist jedenfalls, dass die Nettovermögen der Haushalte in den Euro-Problemstaaten durchwegs höher sind als in den „reichen“ Eurostaaten. Mit 51.400 Euro macht das Medianeinkommen eines deutschen Haushalts gerade einmal ein Fünftel des zyprischen Betrages aus. Auch das österreichische Nettovermögen liegt mit 76.400 Euro weit hinter den Spitzenreitern Luxemburg (397.800 Euro) und Zypern (266.900 Euro), aber auch deutlich hinter Spanien (182.700 Euro), Italien (173.500 Euro), Frankreich (115.800 Euro) oder Griechenland (101.900 Euro). Das liegt nicht nur daran, dass Österreich und Deutschland die geringste Eigenheimquote der Eurozone haben (nur 46 Prozent der Haushalte wohnen im Eigenheim), sondern eben auch daran, **dass das staatliche Umverteilungssystem die privaten Haushalte bei der Vorsorge in den wichtigsten Lebensbereichen besonders tatkräftig unterstützt.** Eine ökonomisch korrekte und mit anderen Staaten vergleichbare Darstellung der Vermögensverteilungswerte müsste diese Transferleistungen für Altersabsicherung, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Bildung oder Wohnen mitberücksichtigen.



## Wird Vermögen in Österreich „zu wenig“ besteuert?

Wenn man alle „vermögensbezogenen Steuern“ zusammenzählt (Kapitalertragsteuer, Bankenabgabe, Grundsteuern, Grundverkehrssteuern, Immobilienertragssteuer etc.) haben wir in Österreich derzeit (2013) ein Aufkommen von 7,7 Mrd. Euro (bzw. 5,6 Prozent aller Steuern und Abgaben). Rechnet man noch die Gemeindegebühren mit ein, die in Österreich getrennt von der Grundsteuer erhoben werden (Müll-, Wasser-, Kanalgebühren etc.) **so kommt man auf ein Aufkommen, das nicht wesentlich von den anderen OECD-Staaten abweicht.**

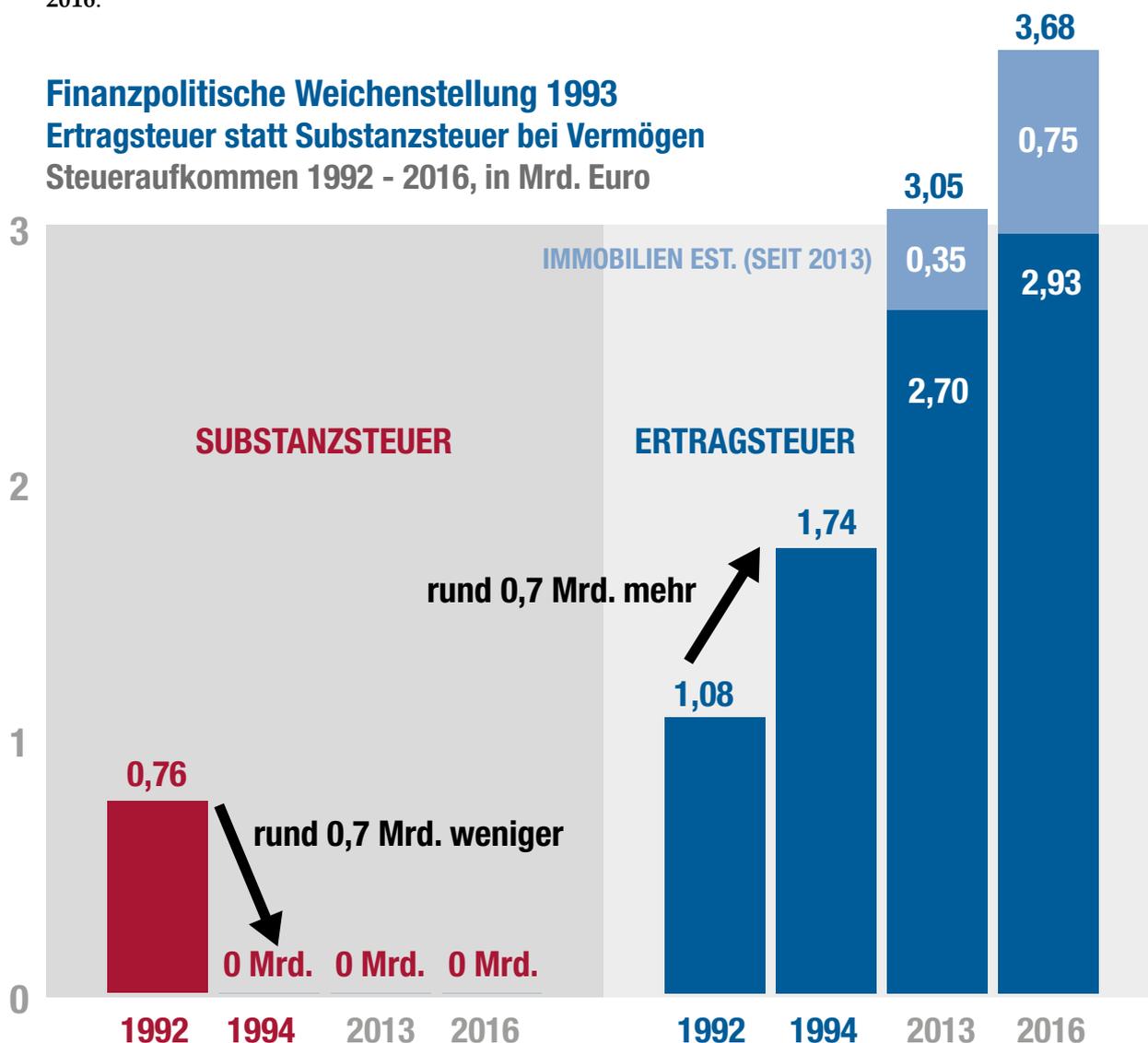
Viele internationale Vergleiche bilden jedoch fälschlicherweise nur die klassischen Steuern auf die Vermögenssubstanz ab. Hier liegt Österreich seit der Abschaffung der Vermögensteuer im Jahr 1993 in den offiziellen Statistiken weit hinten. Zum Glück, denn Steuern auf die Vermögenssubstanz (v.a. bei Finanzvermögen) sind **ein anachronistischer Ansatz der Besteuerung und ein internationales Auslaufmodell mit hohen administrativen Kosten.** In der EU haben nur mehr Frankreich und Spanien (nur während der Krise befristet bis 2014) eine Vermögenssubstanzbesteuerung, OECD-weit sonst noch Norwegen, Schweiz und Liechtenstein.

In Österreich fand im Jahr 1993 eine sinnvolle und nachhaltige finanzpolitische Weichenstellung (unter einem SPÖ-Bundeskanzler und einem SPÖ-Finanzminister) statt. Man ging von der anachronistischen Vermögensbesteuerung auf die Substanz in Richtung effizienterer Besteuerung der Vermögenserträge. **Die Vermögensteuer wurde ersatzlos gestrichen und die Kapitalertragsteuer (KESt) als direkt dem Fiskus von den Banken abführbare Quellensteuer neu eingeführt. Man muss also der damaligen (ineffizienten) Vermögenssubstanzsteuer die heute viel ergiebigere und effizientere „KESt neu“ gegenüberstellen.**

Das **Aufkommen der KESt stieg bereits 1994 nach der Einführung der „KESt neu“ um den Wert, der durch die Abschaffung der Vermögensteuer dem Fiskus verloren ging.** Bevor die Vermögensteuer abgeschafft wurde, erbrachte sie inklusive des damals ebenfalls abgeschafften Erbschaftsteueräquivalents ein Aufkommen von 765 Mio. Euro (1992). **Bei der KESt stieg das Aufkommen durch die effiziente Einhebungsmethode als „Quellensteuer“ durch die Banken von knapp über 1 Mrd. Euro auf 1,74 Mrd. Euro.** Damit wurde **das Minderaufkommen durch den Wegfall der Vermögensteuer bereits in den ersten zwei Jahren durch die neue KESt kompensiert.**

Inklusive der Wertpapier-KESt (seit 2012) und der Immobilienertragsteuer seit 2013, die zusätzlich als Steuern auf „Spekulationserträge“ eingeführt wurden, steigt das Aufkommen der Vermögensertragssteuern auf **3,05 Mrd. Euro im Jahr 2013** und laut Budgetprognosen auf **knapp 3,7 Mrd. Euro im Jahr 2016.**

### Finanzpolitische Weichenstellung 1993 Ertragsteuer statt Substanzsteuer bei Vermögen Steueraufkommen 1992 - 2016, in Mrd. Euro

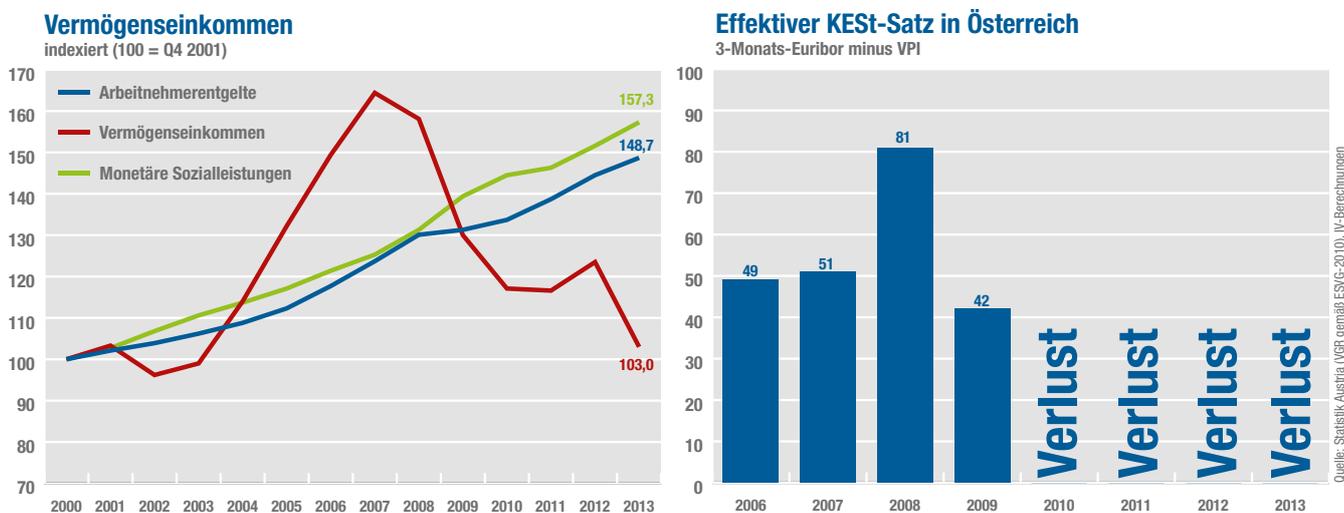


## Werden Erträge aus Vermögen zu gering besteuert?

Nun stellt sich die berechtigte Frage, ob die Erträge aus Kapital zu gering besteuert werden. Hier gibt es einen Mythos, der schnell aufgeklärt werden kann: Der scheinbar geringe KESt-Satz von 25 Prozent verdeckt die Tatsache, dass die **KESt auf den Nominalzins entrichtet wird und nicht auf den Realzins** (nach Abzug der Inflation). Das bedeutet de facto einen Steuersatz von bis zu 80 Prozent (je nach Inflation und Zinssatz) auf den erzielten Mehrwert. Beispiel für das Jahr 2008: Bei einem halbwegs risikolosen nominellen Zinssatz von 4,63 Prozent (3-Monats-Euribor) und einer Inflation von 3,2 Prozent entspricht der reale Ertrag 0,73 Prozent. Der KESt-Satz von 25 Prozent wird jedoch vom nominellen Zinssatz abgezogen, was einem realen Steuersatz von 81 Prozent des realen Ertrags entspricht. In den Jahren 2005 und 2010 gab es sogar negative Realzinsen, das bedeutet, die KESt wurde auch auf reale Verluste eingehoben.

**Außerdem: Vermögenseinkommen sind wesentlich volatiler und konjunkturreegibler als Arbeitnehmerentgelte oder Sozialleistungen.** Seit dem Jahr 2000 (bis heute – 2013) sind die Arbeitnehmerentgelte (um 49 Prozent) und die monetären Sozialleistungen (sogar um 57 Prozent) ständig und stetig gestiegen, während die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte (Zinsen- und Divideneinkommen) starke Auf- und Abwärtsbewegungen vollzogen haben und insgesamt seit 2000 gerade einmal um drei Prozent gestiegen sind.

## Vermögenseinkommen und reale Steuerbelastung von Vermögen



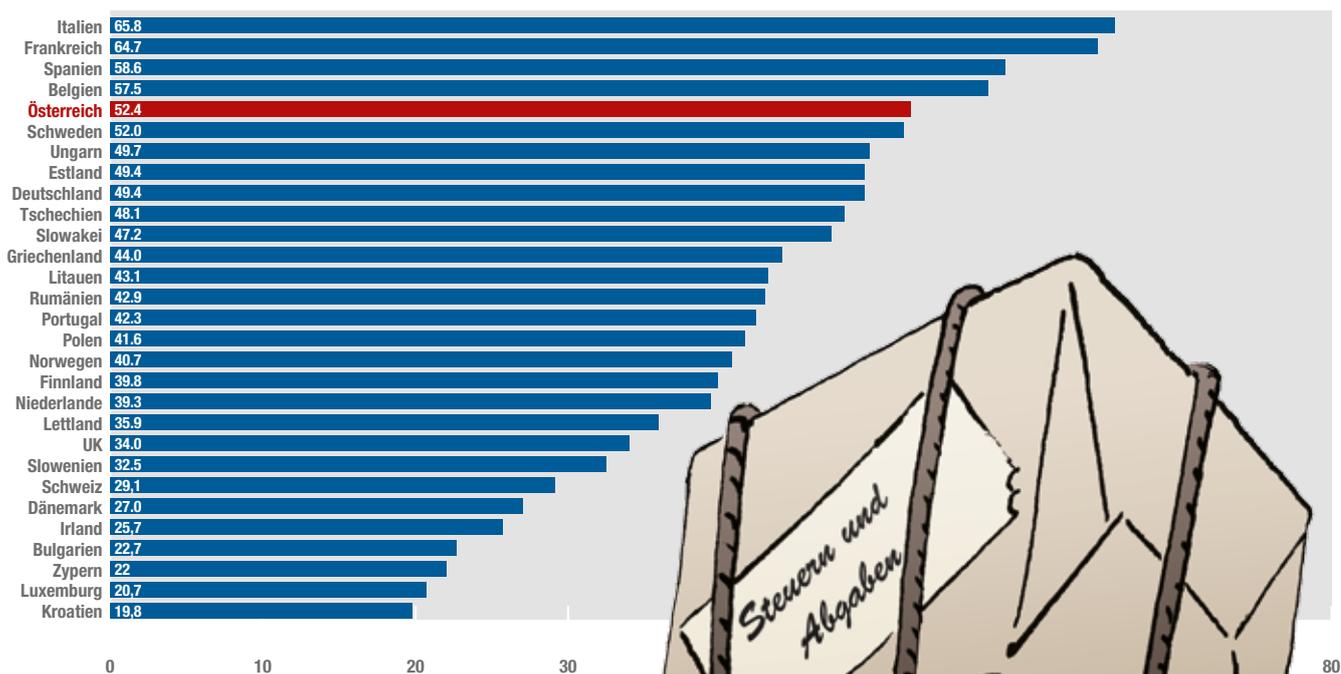
## Zahlen die Unternehmen zu wenig Steuern?

Es wird gerne vergessen, dass **Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer** nicht nur Gewinnsteuern (11,6 Mrd. Euro im Jahr 2013) abführen, sondern auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Lohnsummenabgaben (22,3 Mrd. Euro im Jahr 2013), Energieabgaben (3 Mrd. Euro) und andere Gebühren wie die LKW-Maut oder die Ökostromabgaben (4 Mrd. Euro). In Summe leisten die österreichischen Unternehmen über 41 Mrd. Euro an Steuer- und Zwangsabgaben.

Im internationalen Vergleich weisen die Unternehmen in Österreich eine der weltweit höchsten Gesamtsteuerbelastungen auf. Laut einer jährlich durchgeführten Untersuchung der weltweit tätigen Steuerberatungskanzlei PriceWaterhouseCoopers beträgt die **Gesamtsteuerlast der Unternehmen in Österreich (Gewinnsteuer, Produktionsabgaben, Arbeitgeberbeiträge etc.) 52,4 Prozent des Gewinns**. EU-weit haben nur noch die Unternehmen in Italien, Frankreich, Spanien und Belgien eine höhere Gesamtsteuerbelastung. Alles durchwegs Standorte, in denen die Industrie kaum mehr eine tragende Rolle spielt.

## STEUERBELASTUNG VON UNTERNEHMEN IN EUROPA\*

Gesamte Steuer- und Abgabenbelastung von Unternehmen in Prozent des Gewinns

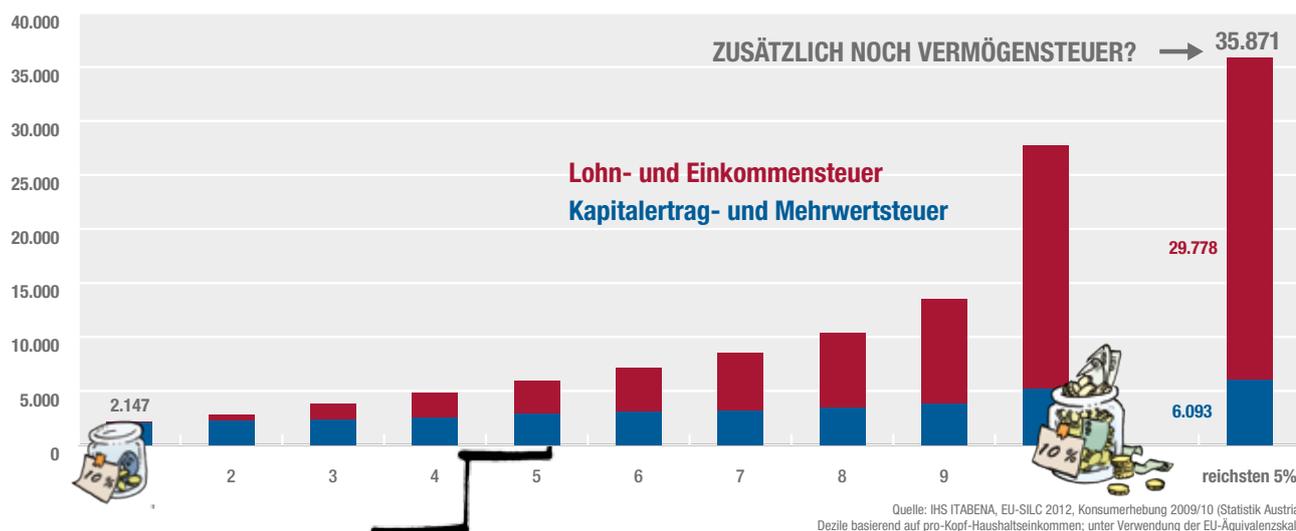


## Zahlen die „Reichen“ zu wenig Steuern?

Folgende Fakten erübrigen wohl jeglichen Kommentar: **Die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Österreich zahlen pro Haushaltsmitglied 22.500 Euro jährlich an Lohn- und Einkommensteuer und 5.200 Euro an Kapitalertrag- und Mehrwertsteuer.** Die untersten zehn Prozent zahlen gerade einmal 27 Euro pro Jahr (!) an Lohn- und Einkommensteuer und knapp 2.100 Euro pro Jahr an Kapitalertrag- und Mehrwertsteuer. Die reichsten fünf Prozent der Haushalte, also jene, die von einer zusätzlichen Vermögenssubstanzbesteuerung bedroht sind<sup>1</sup>, wenn der Freibetrag bei einem Vermögenswert von einer Million Euro festgelegt würde, zahlen heute sogar bereits fast 30.000 Euro pro Haushaltsmitglied an Lohn- und Einkommensteuer und über 6.000 Euro an Kapitalertrag- und Mehrwertsteuer. **Bei einem Ehepaar wäre das bereits eine gesamte Steuerbelastung von fast 55.000 Euro für einen Haushalt in den „reichsten“ fünf Prozent der Haushalte.** Ob das zu wenig ist, muss jeder selbst beurteilen. Näheres dazu im Kapitel „Umverteilung“.

### Steuerlast der Haushalte pro Jahr in Euro von den ärmsten zu den reichsten zehn Prozent (und die reichsten fünf Prozent)

durchschnittliche Steuerlast der Haushalte (äquivalisiert) jährlich in Euro



<sup>1</sup> Unter der groben und leider oft falschen Annahme, dass die Einkommensverteilung auch der Vermögensverteilung entspricht (sprich die „Vermögensreichen“ sind auch „einkommensreich“ und umgekehrt).

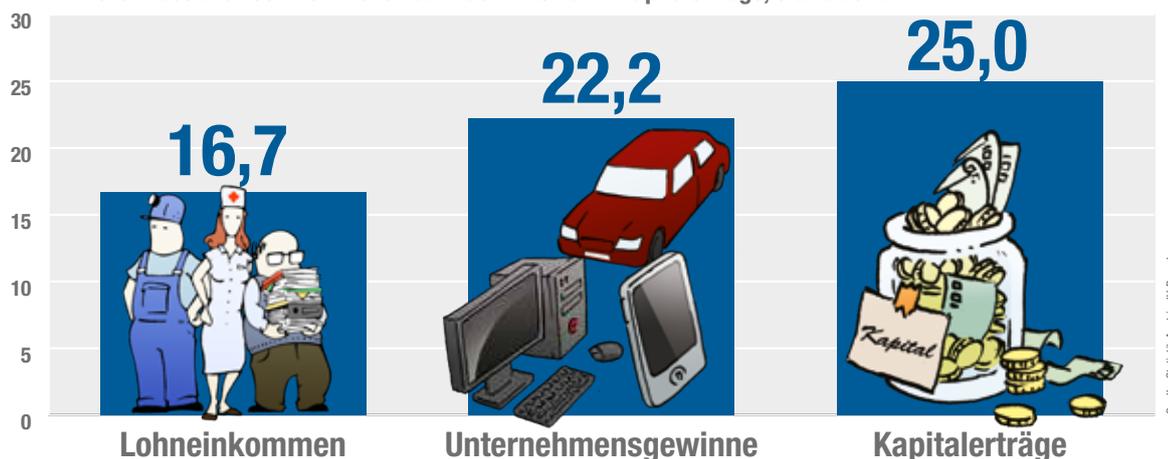
## Zahlt „das Kapital“ zu wenig Steuern?

Es wird auch oft behauptet, dass die **Lohnempfängerinnen und -empfänger im Gegensatz zum Kapital und zu den Unternehmensgewinnen zu stark steuerlich belastet werden**. Das gilt aber nur für Gutverdienende. Die vereinfachte Gegenüberstellung der Steuerbelastung der Unternehmensgewinne und Kapitaleinkünfte auf der einen Seite (Flat-Tax von jeweils 25 Prozent) und der Lohneinkünfte auf der anderen Seite (progressiver Steuersatz von bis zu 50 Prozent) **ergibt bei genauerer Betrachtung ein gänzlich anderes Bild**:

Wenn man die **tatsächliche durchschnittliche Steuerbelastung aller Lohneinkommen** berechnet – also das gesamte Lohnsteueraufkommen dividiert durch die gesamten Lohneinkünfte (und damit auch jene 2,6 Mio. Lohnsteuerpflichtige einbezieht, die sich unter der Steuerfreigrenze befinden), so ergibt sich ein **durchschnittlicher Lohnsteuersatz von 16,7 Prozent** (die zusätzlichen SV-Beiträge werden hier natürlich nicht inkludiert, weil es sich dabei um keine Steuerleistung handelt, sondern um Versicherungsprämien, denen konkrete individuelle Leistungen gegenüberstehen).

### Effektive Steuersätze in Österreich

in Prozent des Bruttoeinkommens- bzw. Gewinns- bzw. Kapitalertrags, Stand 2012



Wenn man hingegen die gesamten Gewinne der Kapitalgesellschaften (zu versteuernde Einkommen inkl. Verlustvorträge) dem gesamten KÖSt-Aufkommen gegenüberstellt, ergibt sich laut jüngst verfügbaren Daten ein **effektiver durchschnittlicher Körperschaftsteuersatz von 22,2 Prozent – um ein Drittel HÖHER als der durchschnittliche Lohnsteuersatz**.

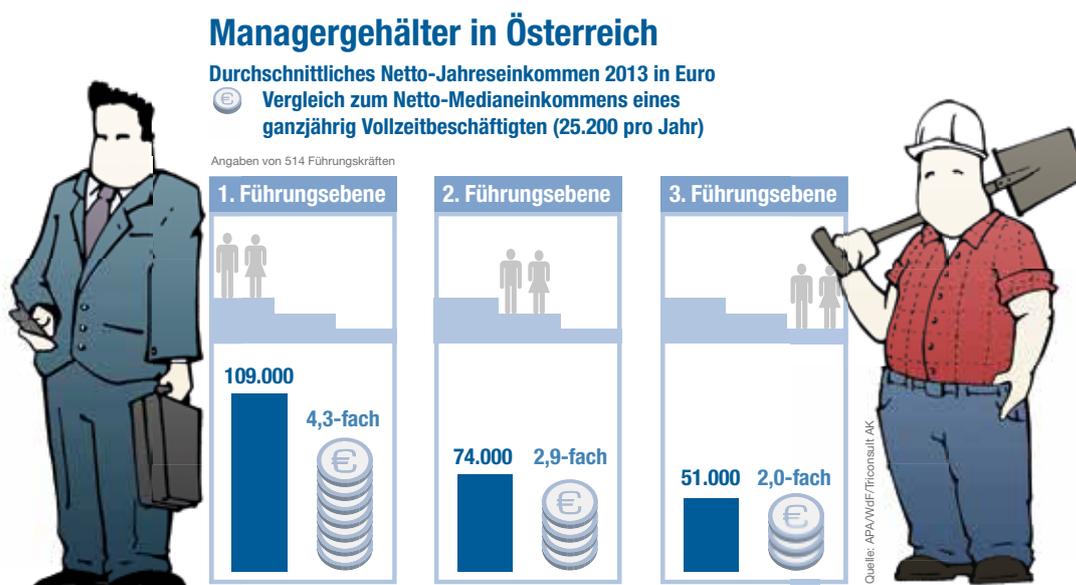
## Der Mythos über die „Managergehälter“

Ein gängiger Mythos über die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft sind die „überzogenen Managergehälter“, die angeblich jedes Maß an Gerechtigkeit übersteigen. Faktum ist: Exzellente Managementleistung hat ihren Wert. Eine Bestrafung jener Managerinnen und Manager anzudenken, die mit vollem Einsatz versuchen heimische Arbeitsplätze zu erhalten und Betriebe zukunftsfähig zu machen, ist befremdlich – zumal die Fakten den Mythen der „horrenden“ Managergehälter widersprechen.

Laut Triconsult-Umfrage unter 514 Managerinnen und Manager im Auftrag des Wirtschaftsforums der Führungskräfte (WdF) stiegen die Gehälter der Vorstände (Generaldirektorinnen bzw. -direktoren und Geschäftsführerinnen bzw. -führer) 2013 um sechs Prozent auf durchschnittlich 186.900 Euro brutto, was 109.000 Euro netto entspricht. Managerinnen und Manager der zweiten Führungsebene (Abteilungs- und Bereichsleiterinnen und -leiter) erhielten im Schnitt 124.200 Euro brutto (74.000 netto), Führungskräfte der dritten Ebene 84.100 Euro brutto (51.000 netto).

Damit verdienten 2013 die Managerinnen und Manager der obersten Führungsetagen brutto im Schnitt das 5,0-Fache des Medianeinkommens einer bzw. eines ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (37.317 Euro brutto bzw. 25.200 netto pro Jahr)<sup>2</sup>. Managerinnen und Manager der zweiten Führungsebene verdienten das 3,3-Fache, jene auf der dritten Ebene das 2,3-Fache. Der Unterschied beim tatsächlichen **Nettoeinkommen** ist mit dem **4,3-Fachen** (Vorstand) bzw. **2,9-Fachen** und dem **2,0-Fachen** (2. bzw. 3. Führungsebene) noch weitaus geringer, da höheren Einkommen auch wesentlich höhere Steuern zahlen.

Bei den Managerinnen und Managern gilt das Prinzip: Mehr Verantwortung, mehr Gehalt. Bei weniger als 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegt die Jahresgage im Schnitt bei 111.000 Euro (66.000 netto), bei über 1.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei 334.000 Euro (192.000 netto).



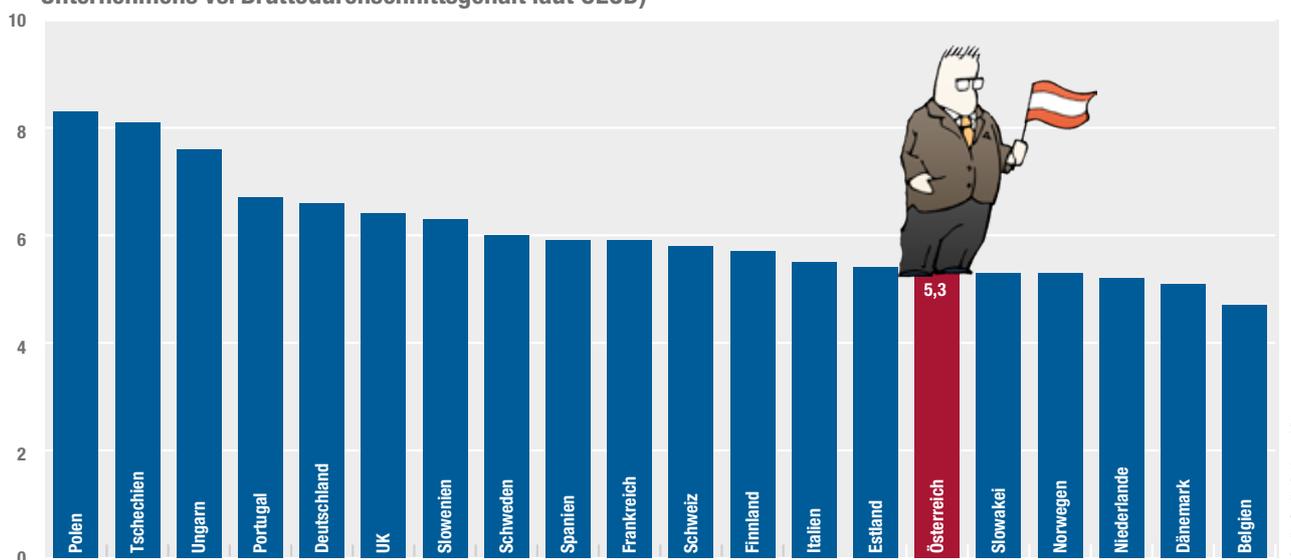
2 Quelle: Statistik Austria für 2012 (jüngster verfügbarer Wert)

Dass die Vorstände der ATX-Unternehmen das **49-Fache eines Durchschnittseinkommens** bekommen, wie die Arbeiterkammer behauptet, **entspricht nicht einmal der Gehaltswirklichkeit der österreichischen Top-Führungskräfte** (die Höhe des Einkommens korreliert mit der Größe des Unternehmens). Selbst bei den größten Unternehmen (Umsätze über 500 Mio. Euro) liegen die Vorstandsgehälter mit 209.000 Netto beim **8,3-Fachen** weit unter dem kolportierten 49-Fachen.

Der Markt für internationale Top-Managerinnen und -Manager ist global. Deshalb bietet sich ein Blick über die Grenzen an: Der weltweit in 50 Ländern tätige Headhunter und Personalberater Pedersen&Partners, hat in einer umfangreichen weltweiten Befragung unter 1.700 Managerinnen bzw. Managern und Top-Executives aus großen börsennotierten Unternehmen ermittelt, dass Managergehälter in Österreich im Verhältnis zum Medianeinkommen im Land europaweit nur im unteren Drittel liegen. Länder wie Deutschland, Frankreich, Schweiz, Schweden und Italien liegen vor Österreich.

## Managergehälter im Vergleich zum Durchschnittsgehalt der Arbeitnehmer

(Durchschnittliches Bruttogeschäftsführergehalt (inkl. Boni) eines mittelständischen Unternehmens vs. Bruttodurchschnittsgehalt laut OECD)



## Wie sehr sind Top-Managerposten vererbbar?

Einhergehend mit der allgemeinen österreichischen Skepsis über „die da oben“ und der freizügigen Auseinandersetzung diverser Theorien zur „Elitenbildung“ wird in Österreich gerne und oft in den Raum gestellt, dass Top-Managerinnen und -Manager so gut wie nie aus dem „gemeinen Volk“ kommen bzw. sich immer nur aus denselben Elitezirkeln rekrutieren.

Eine umfassende Untersuchung („Wirtschaftseliten in Österreich“, 2013) hat jedoch zu Tage gebracht, dass die Realität ganz anders aussieht. Top-Managerinnen- und -Managerposten sind in Österreich keineswegs „vererbbar“. Im Gegenteil: Eine Studie der Vorstands- und Geschäftsführerinnen- bzw. Geschäftsführer-Lebensläufe aus einem branchenrepräsentativen Sample der 300 Top-Unternehmen in Österreich hat, in Verbindung mit gezielten Interviews (u.a. mit Personalchefs) ergeben, dass die Vorstände der österreichischen Top-Unternehmen ziemlich gleich verteilt aus der Ober-, Mittel- und Unterschicht kommen. **Eine Dominanz der Oberschicht in den Führungsetagen der österreichischen Großunternehmen ist definitiv nicht gegeben.**

Bei der Besetzung von Spitzenpositionen (mit Spitzengehältern) geht es in Österreich um die besten Köpfe und nicht wie oft vermutet um den sozialen Status der Eltern. Die besten Köpfe sind, wie erwartet, in jeder sozio-ökonomischen Schicht vorhanden – sprich, jede bzw. jeder hat die gleiche Chance.

### Die soziale Herkunft der Topmanager in Österreich



Diese Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen einer Umfrage von Roland Berger im Auftrag der Jungen Industrie Wien unter österreichischen Vorstandsmanagerinnen und -managern vom Oktober 2014. 36 Prozent gaben an, in der Kindheit der unteren Mittelschicht angehört zu haben, 37 Prozent der oberen Mittelschicht, 9 Prozent wuchsen „wohlhabend“ auf, 16 Prozent „bescheiden“ und zwei Prozent „bedürftig“.

# FAKTEN ZUR ARMUT

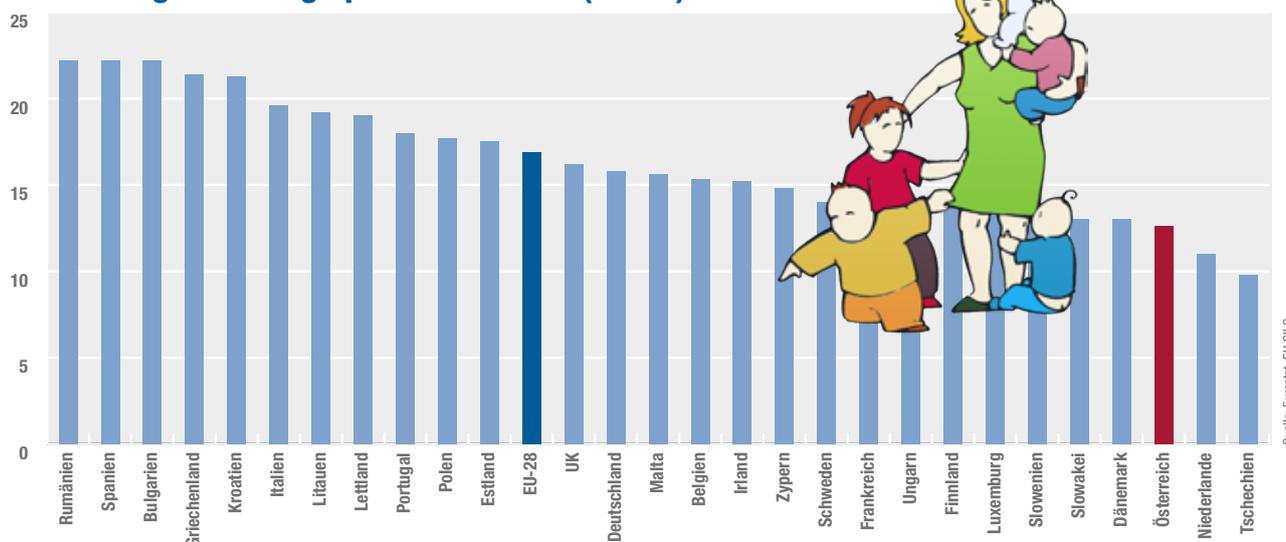
# FAKTEN ZUR ARMUT

## Was bedeutet „Armutsgefährdung“?

**Österreich ist ein Musterland der Armutsbekämpfung in Europa.** Der Anteil der „von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppe“ laut „Europa 2020-Zieldefinition“ hat den sechsniedrigsten Wert aller EU-Mitgliedstaaten und auch **in allen drei offiziellen EU-Subkategorien** („Armutsgefährdung“, „Materielle Deprivation“, „Erwerbsferne Haushalte“) **liegt Österreich unter den positiven Top-Sechs der EU.** Seit dem Krisenjahr 2008 fallen außerdem in Österreich 127.000 Personen weniger in diese „EU-Zieldefinition“ der Armut. Damit hat Österreich sein, von der EU vorgegebenes Ziel bis 2020 (Reduktion um 235.000 Personen) schon zur Hälfte erreicht, obwohl das Ziel für ein Land mit einer sehr geringen Armutsquote sehr hoch gesteckt wurde. Die EU als Gesamtes hinkt diesem Ziel jedenfalls weit hinterher. **Insgesamt steigen die Zahlen sogar EU-weit. Angesichts dieser klaren Faktenlage verwundert die Prominenz des Themas Armut in Österreich.** Oft nährt sich der Eindruck, man habe in Österreich nichts gegen Armut sondern viel eher etwas gegen Reichtum. Werfen wir einen Blick auf die Aussagekraft dieser Armutsindikatoren, vor allem auf den traditionellen Indikator der „Armutsgefährdung“:

„**Armutsgefährdet**“ ist laut EU jeder Mensch, dessen Haushaltseinkommen inkl. Sozialleistungen unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens seines EU-Mitgliedstaates liegt. 2013 wurde die Zahl der armutsgefährdeten Personen in Österreich auf knapp 1,2 Mio. Menschen bzw. 14,4 Prozent der Bevölkerung hochgerechnet. Vergleicht man die Daten mit anderen EU-Staaten, so hatte Österreich im Jahr 2011 nach Tschechien und den Niederlanden die drittniedrigste Armutsgefährdungsquote der EU. Der Anstieg auf Platz sechs ist allerdings auf eine Änderung der Berechnungsmethode zurückzuführen, die bis dato nur von wenigen EU-Staaten durchgeführt wurde. Daher sind nur die Daten aus 2011 seriöserweise vergleichbar.

### Armutsgefährdungsquoten in der EU (2011\*)



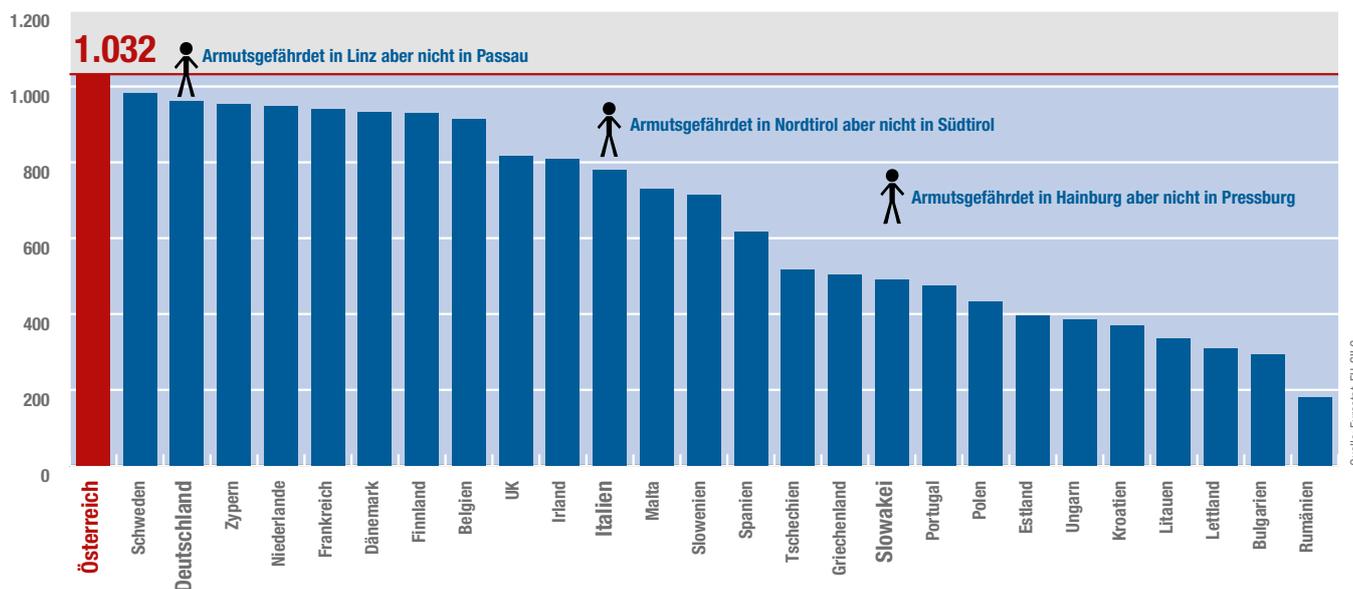
\* Im Jahr 2012 stellte Österreich seine Berechnungen laut EU-Vorgaben von Umfragedaten teilweise auf Registerdaten um. Damit sind die Daten ab 2012 erst dann mit den anderen EU-Staaten vergleichbar, wenn auch diese umgestellt haben. Bisher haben neben Österreich weniger als die Hälfte der EU-Staaten diese Umstellung vollzogen.

**Wichtig ist aber: Die Armutsgefährdungsquote zeigt nur die „relative“ Armut an.** Damit würde es aber selbst in einer fiktiven Volkswirtschaft, in der nur Millionäre leben, offiziell noch immer eine Armutsgefährdung geben. Faktum ist: **Einer bzw. einem Armutsgefährdeten in Österreich geht es besser als einer bzw. einem Armutsgefährdeten in einem anderen Staat, wo das Medianeinkommen niedriger ist.** Dazu die Vergleichszahlen: Während die Einkommensschwelle, ab der ein Haushaltsmitglied als armutsgefährdet gilt, in Österreich im Jahr 2013 bei knapp über 1.100 Euro pro Monat liegt<sup>3</sup> (2012 noch bei 1.066 Euro), gelten in weniger reichen EU-Mitgliedstaaten, wie z.B. in Spanien, Haushaltsmitglieder mit knapp 599 Euro oder in Portugal bereits mit 416 Euro als armutsgefährdet. Auch viele wohlhabende Volkswirtschaften der EU haben einen geringeren Schwellenwert als Österreich. In Deutschland liegt er bei 979 Euro, in Italien bei 796 Euro (alle Werte für 2012). Zieht also eine österreichische Armutsgefährdete bzw. ein Armutsgefährdeter mit einem Einkommen von 1.000 Euro pro Monat nach Bayern oder nach Südtirol, ist sie bzw. er statistisch mit einem Schlag nicht mehr offiziell „armutsgefährdet“ – ganz abgesehen von einem Umzug von Hainburg über die slowakische Grenze nach Pressburg.

Kaufkraftbereinigt, also berücksichtigend, was man sich mit seinem verfügbaren Einkommen tatsächlich leisten kann, hat Österreich mit 1.032 Euro nach Luxemburg sogar die höchste statistische Armutsgefährdungsschwelle. **Damit ist man in Österreich bei gleichem Einkommen deutlich schneller armutsgefährdet als in allen(!) anderen EU-Mitgliedstaaten (außer Luxemburg).**

## Ab welchem verfügbaren Einkommen gilt man als "armutsgefährdet"?

Armutsgefährdungsschwellen für eine alleinstehende Person in Euro, (2012 ohne Luxemburg, kaufkraftbereinigt)



**Außerdem verzerrt die steigende Anzahl von Singlehaushalten die Armutsgefährdungsquote.** Die Armutsgefährdungsschwelle wird nämlich vom Haushaltseinkommen – noch genauer: vom Äquivalenzeinkommen – berechnet. Je mehr Personen in einem Haushalt wohnen, desto geringer sind die Lebenshaltungskosten jeder bzw. jedes Einzelnen – ein klassischer Effekt der „Economies of Scale“.

3 1.104 Euro für Alleinlebende plus 331 pro Monat für jedes Kind unter 14 Jahre und 545 Euro für jeden zusätzlichen Erwachsenen.

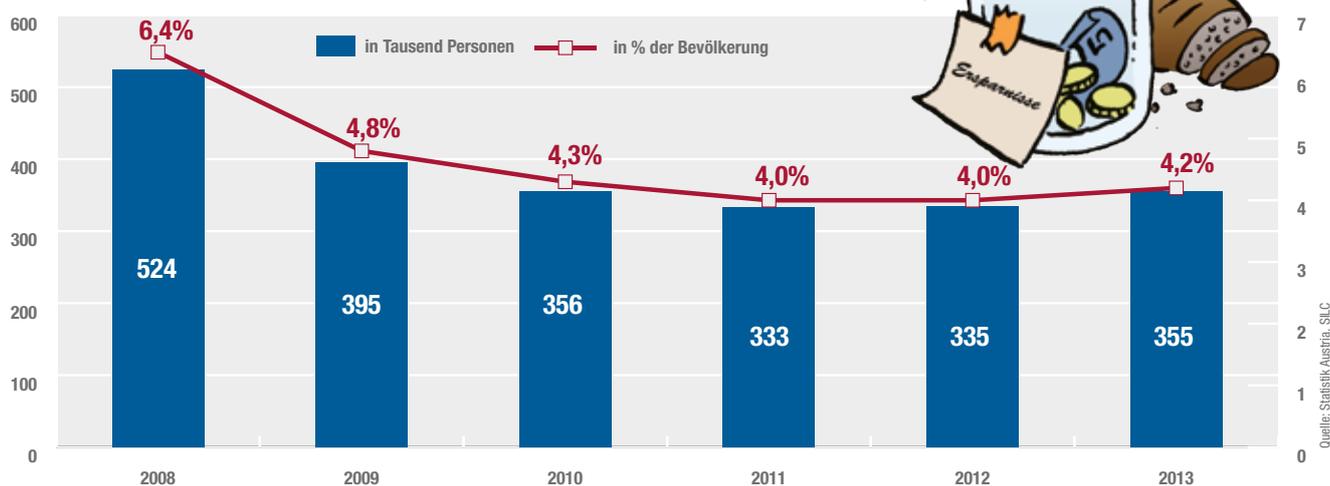
Durch die Verdreifachung der Anzahl der Singlehaushalte in den vergangenen fünfzig Jahren (mehr dazu beim Punkt „Armutsfalle Wohnen“) sollte die Armutsgefährdungsquote in Österreich seit Jahrzehnten eigentlich rasant steigen. Aber sie tut es nicht – im Gegenteil. **Es geht uns heute also besser, obwohl wir uns seit Jahrzehnten freiwillig für mehr persönliche Freiheit und gegen mehr Sicherheit im Familienverbund entscheiden.**

## „Armutgefährdung“ ist nicht gleich „Armut“

In der Armutsdiskussion besteht auf EU-Ebene Konsens, dass Einkommen als alleiniger Indikator zur Messung von Armut unzureichend ist. Armut ausschließlich über niedriges Einkommen zu definieren, berücksichtigt nicht das subjektive Empfinden der sozialen Ausgrenzung. Von **„materieller Deprivation“** wird daher nur dann gesprochen, wenn zumindest vier der folgenden neun Merkmale zutreffen: Im Haushalt bestehen (1) Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten; für den Haushalt ist es finanziell nicht möglich (2) unerwartete Ausgaben zu tätigen, (3) einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren, (4) die Wohnung angemessen warm zu halten, (5) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen; für den Haushalt ist nicht leistbar: (6) ein PKW, (7) eine Waschmaschine, (8) ein Farbfernsehgerät, (9) weder Telefon noch Handy.

Derzeit gelten 4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung bzw. 355.000 Personen in Österreich als erheblich materiell depriviert. Der EU-Durchschnitt liegt bei 10 Prozent. Wichtig ist aber: Diese „absolute Armut“ geht in Österreich seit Jahren – auch seit der Krise – deutlich zurück. Im Jahr 2008 lag sie noch bei 6,4 Prozent der Bevölkerung bzw. 524.000 Personen. **Die Zahl der „absolut Armen“ in Österreich ist damit in den vergangenen fünf Jahren fast um die Hälfte gesunken.**

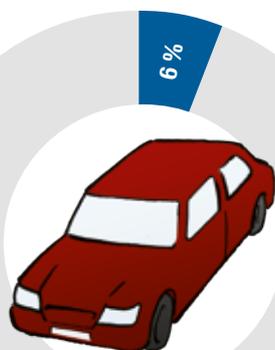
### Entwicklung der „absoluten Armut“ seit der Krise in Österreich ("erhebliche materielle Deprivation")



Die jährliche persönliche Haushaltsbefragung im Zuge der Erhebung der materiellen Deprivation (an der über 6.800 Haushalte teilnehmen) macht aber im Umkehrschluss eines deutlich sichtbar: Der technische und soziale Fortschritt und der Wohlstand in Österreich ist bemerkenswert, wovon letztlich auch die armutsgefährdeten Haushalte profitieren: **Von den 8,4 Mio. Einwohnern in Österreich kann sich heute nur eine verschwindende Minderheit jene Produkte nicht leisten, die vor einiger Zeit noch unter die Kategorie „Luxus“ gefallen wären**, heute aber ein Indikator für soziale Ausgrenzung sind: Nur sechs Prozent der Bevölkerung können sich kein eigenes Auto (selbst unter den „Armutsgefährdeten“ können sich nur 19 Prozent kein Auto leisten!); drei Prozent der Bevölkerung können sich keinen eigenen PC oder keinen eigenen DVD-Player und überhaupt nur weniger als ein Prozent kann sich kein eigenes Handy und keinen eigenen Geschirrspüler leisten.

## So viele in Österreich können sich nicht leisten...

...kein eigenes  
Auto



...keinen  
eigenen PC



...keinen eigenen  
DVD-Player



... kein eigenes  
Handy



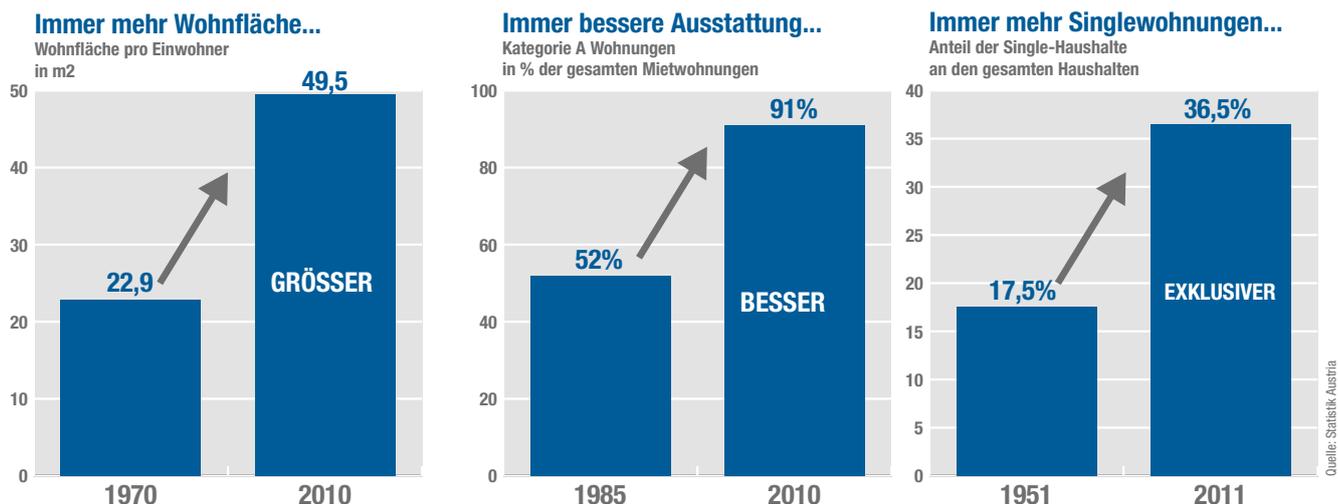
...keinen eigenen  
Geschirrspüler



## „Armutsfalle Wohnen?“

Europaweit sind eine zentrale Armutsfalle nach wie vor die Wohnkosten. Auch in Österreich sind die Mietpreise in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die Inflation. Gründe dafür sind nicht nur die Mieten an sich, sondern auch die gestiegenen Baukosten (Materialkosten, Lohnnebenkosten und Baunormen – der Baukostenindex ist im gleichen Zeitraum um über 40 Prozent gestiegen) und die steigenden Betriebskosten (öffentliche Gebühren).

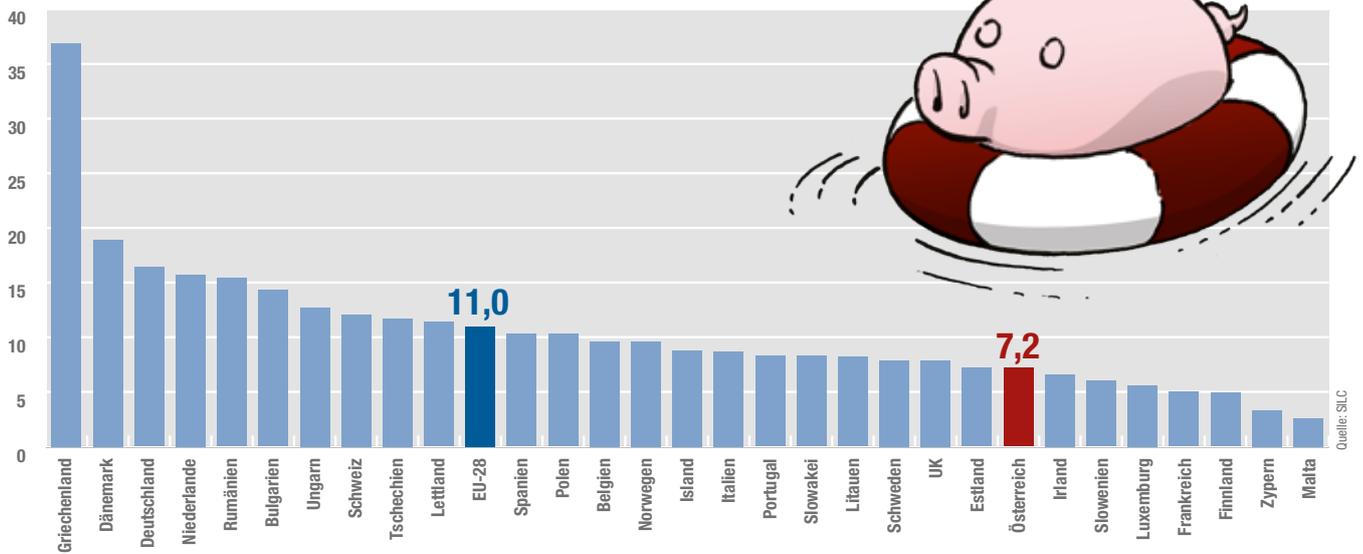
### Wohnen: Die gestiegenen Ansprüche von heute



Symbolhaft für die gesamte Armutsfalle in Österreich sind jedoch die **eigentlichen Ursachen der Armutsfalle (steigende Preise beim Grundbedürfnis Wohnen) in den steigenden Ansprüchen des Wohlstands verankert**. Die Wohnungen sind heute unvergleichbar besser ausgestattet (1985 waren 52 Prozent der Wohnungen Kategorie A Wohnungen, heute sind es bereits 91 Prozent), der Trend zu mehr Singlewohnungen (vor allem bei der jungen Bevölkerung) hat sich rasant ausgeweitet (seit 1951 hat sich der Anteil der Singlehaushalte an den Gesamthaushalten in Österreich fast verdoppelt – vor allem bei der Jugend) und die Wohnfläche. Gleichzeitig hat sich auch die Anzahl der Quadratmeter-Wohnfläche pro Einwohner erhöht. Die Wohnfläche pro Person hat sich von 22,5 qm im Jahr 1970 auf 49,5 qm im Jahr 2010 mehr als verdoppelt.

Trotz dieser beeindruckenden Qualitätsverbesserungen beim Wohnen (Fläche, Ausstattung, eigene vier Wände) **sind nur sieben Prozent der Haushalte in Österreich nach EU-Definition durch die Wohnkosten finanziell überbelastet** (Anteil der Haushalte, deren Wohnkosten sich insgesamt auf mehr als 40 Prozent des verfügbaren Nettoeinkommens belaufen). Selbst in der reichen Schweiz liegt die Quote bei 12 Prozent, in Deutschland sogar bei 16 Prozent.

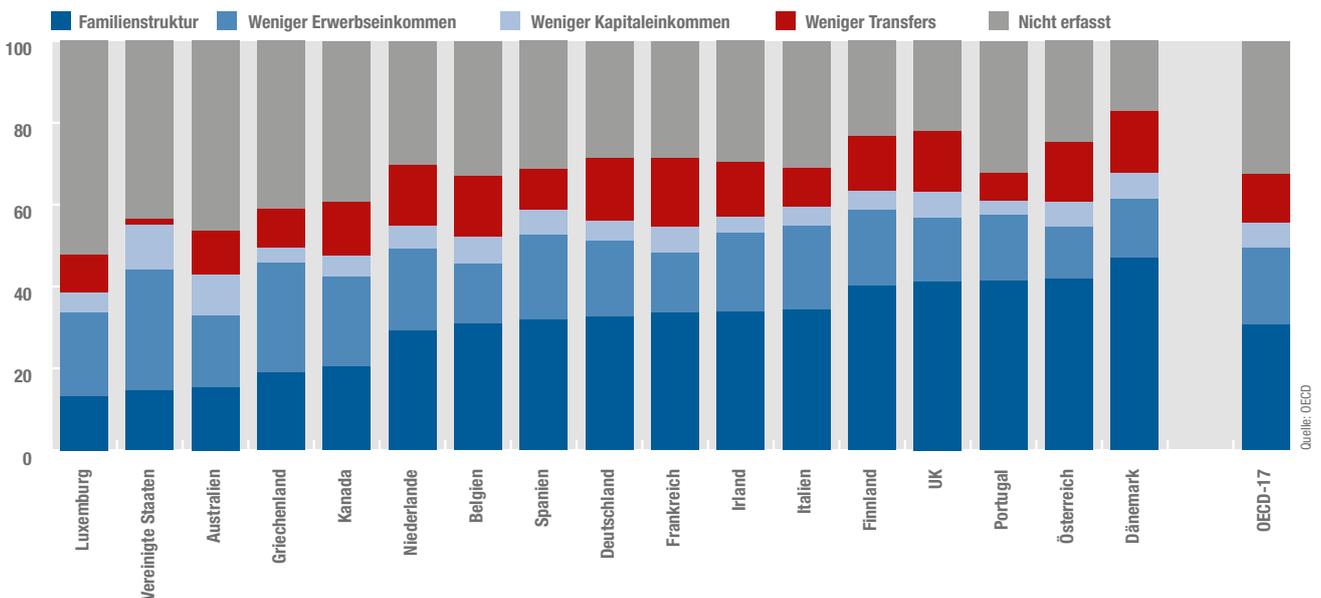
## Quote der Überbelastung durch Wohnkosten in Europa, 2013



## Was sind die Ursachen von Armut?

Die OECD führt regelmäßige Erhebungen darüber durch, welche Ereignisse das Abgleiten in die Armut in der Regel auslösen. Neben den strukturellen Gründen der Armut, wie z.B. mangelnde Bildung, wird bei diesem internationalen Vergleich besonders ersichtlich, **dass vor allem in Österreich die Wahrscheinlichkeit des Eintritts in die Armut weniger im Einflussbereich des Staates (Transferleistungen) noch im Einflussbereich der Unternehmen (Erwerbstätigkeit, Erwerbseinkommen), sondern vielmehr im privaten Einflussbereich liegt.** In keinem OECD-Staat außer Dänemark ist der Anteil der Personen, die beim Eintritt in die Armut einer Änderung der Familienstruktur unterliegen (Scheidung, Trennung, Verwitwet etc.) mit 42 Prozent so groß wie in Österreich.

## Ereignisse, die das Abgleiten in die Armut auslösen in Prozent

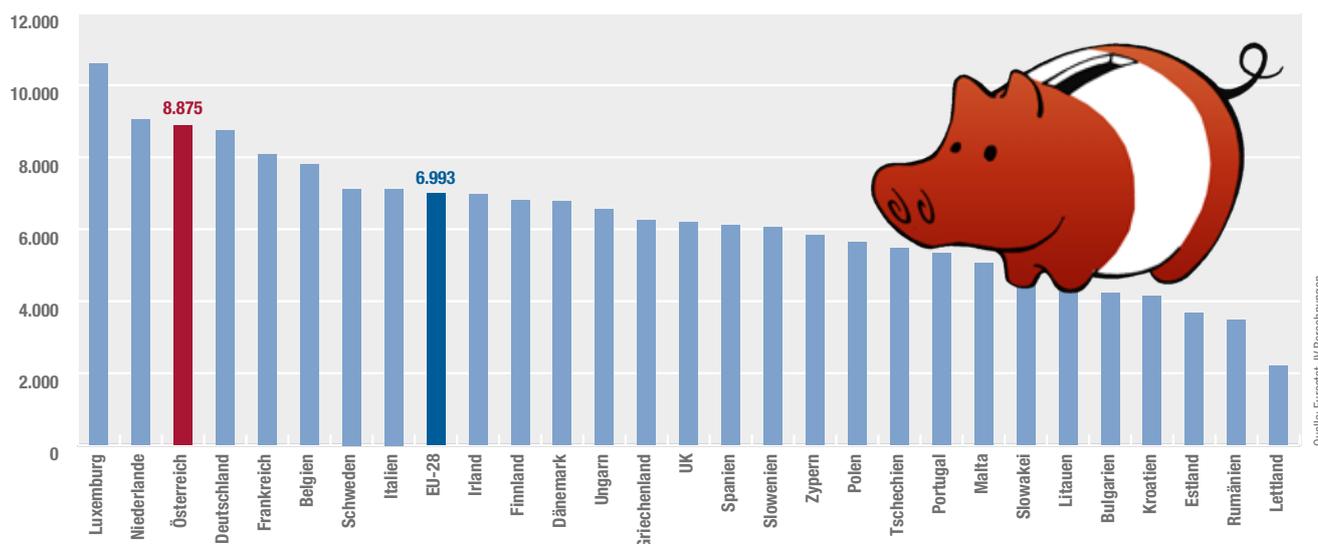


## Wie kann Armut verringert werden?

Ein direkter, kurzfristiger Hebel zur Verringerung von Armut sind soziale Transfers. Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich jedes Jahr staatliche Sozialschutzausgaben in der Höhe von 9.380 Euro ausgegeben. Das sind Ausgaben für Altersversorgung, Krankheit, Invalidität, Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen und soziale Ausgrenzung. Selbst kaufkraftbereinigt liegt Österreich damit mit 8.875 Euro auf Platz drei der EU. Der EU-Schnitt liegt fast 1.900 Euro pro Kopf und Jahr unter dem österreichischen Wert.

### Staatliche Sozialschutzausgaben in der EU (2011)

In Euro pro Jahr (kaufkraftbereinigt)



Ohne Sozialtransfers würde die Armutsgefährdungsquote in Österreich statt bei 14 Prozent fast doppelt so hoch bei 26 Prozent liegen. Ohne Sozialtransfers und Pensionen sogar bei 44 Prozent. Das ist ein direkter, aber eben nur kurzfristiger Weg aus der Armutsgefährdung. Um Armut langfristig zu verringern, muss der Hebel bei nachhaltigeren Anreizen zu mehr verfügbarem Einkommen angesetzt werden. Es gibt allerdings auch andere, wichtige strukturelle Schrauben, an denen gedreht werden kann, um die Armutsgefährdung nachhaltig zu verringern:

#### 1. Mehr Beschäftigung

Bei Arbeitslosen liegt die Armutsgefährdungsquote in Österreich bei 34 Prozent, bei Erwerbstätigen hingegen nur bei acht Prozent (Teilzeit zehn Prozent).

#### 2. Mehr Bildung

Eine gute Qualifikation gewährleistet eine besser bezahlte Erwerbsarbeit und verringert das Armutsgefährdungsrisiko: Für Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss liegt das Armutsgefährdungsrisiko bei 19 Prozent, mit Matura oder Universitätsabschluss bei 13 Prozent.

#### 3. Bessere Integration

Für in Österreich geborene Menschen beträgt das Armutsrisiko zwölf Prozent, bei eingebürgerten Personen 33 Prozent. Eine qualifizierte Zuwanderung würde daher nicht nur den heimischen Fachkräftemangel abmildern, sondern auch die Armutsgefährdungsquote in Österreich – vor allem bei Migrantinnen und Migranten – deutlich verringern.

## Mehr Wettbewerb

Es wird oft vergessen, dass **der nachhaltigste Weg aus der Armut** nicht über mehr Transfers, sondern **über bessere und günstigere Produktangebote der Wirtschaft** führt. Entscheidend für die Kaufkraft ist schließlich, was man sich tatsächlich um das verfügbare Einkommen am Markt kaufen kann. **Hier haben die Unternehmen mit ihren international handelbaren Waren den wichtigsten Beitrag geleistet und die teilweisen Preissteigerungen bei den öffentlichen Dienstleistungen mehr als kompensiert.**

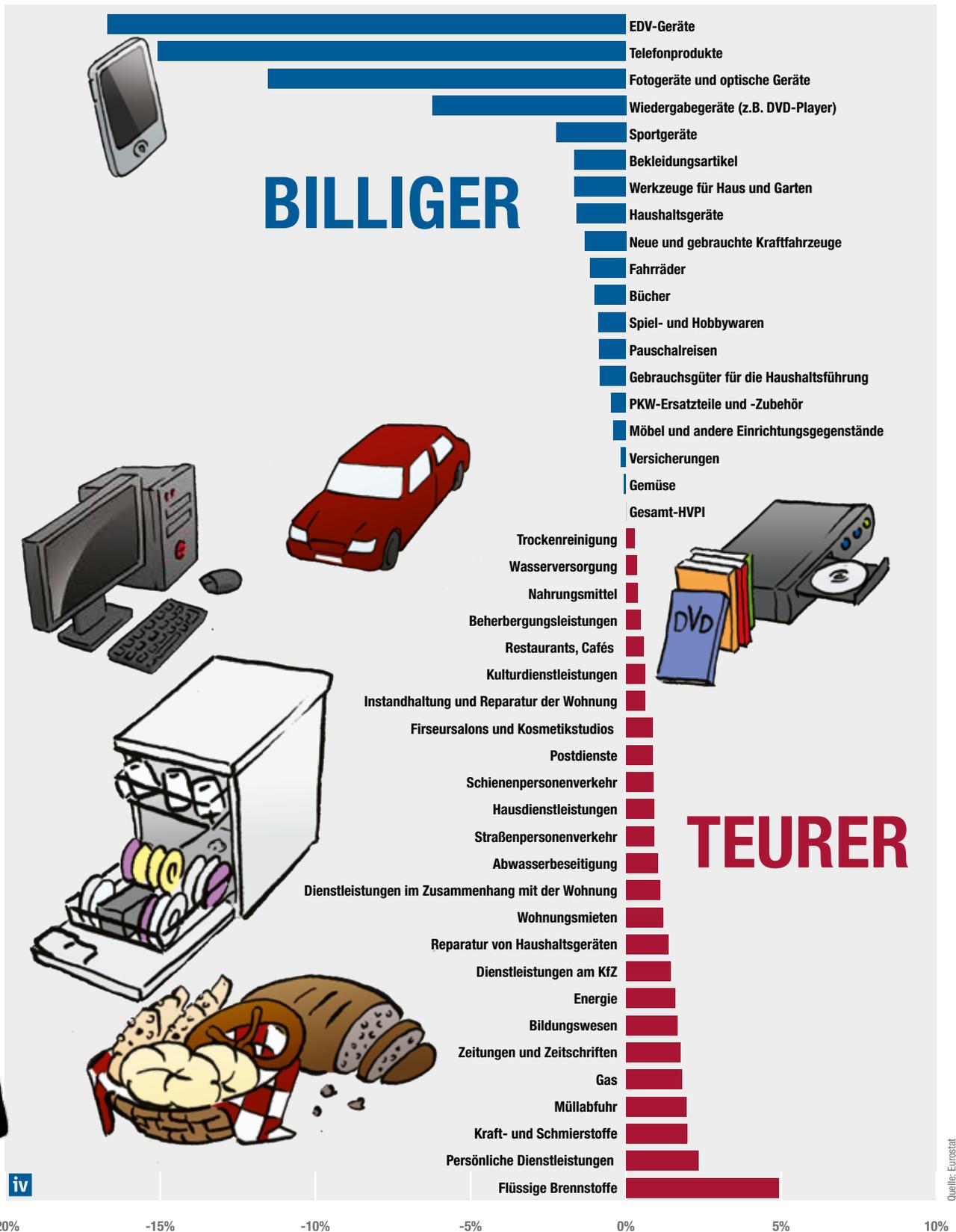
Mehr Kaufkraft bedeutet, dass immer neue und verbesserte Produkte zu einem immer niedrigeren Preis für die Menschen erhältlich sind. Ein Blick auf die Teuerung in den ersten 15 Jahren seit dem EU-Beitritt zeichnet ein klares Bild. **In jenen Sektoren, die dem Wettbewerb am stärksten ausgesetzt waren und sich an der internationalen Arbeitsteilung beteiligt haben, sind die Preise am stärksten gesunken – auch zum Wohle der Beschäftigung und Armutsverringering in den Nicht-Industriestaaten. Am teuersten wurden hingegen jene Produkte und Leistungen, die nicht handelbar sind, z.B. öffentliche Dienstleistungen.** Die nächste Grafik zeigt die Abweichung der Preissteigerungen in den verschiedenen Produktkategorien zum gesamten harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von 1996 bis 2013. **Nicht hohe Lohnabschlüsse und soziale Transfers steigern nachhaltig die Kaufkraft der Menschen, sondern vor allem die bessere Qualität und die günstigeren Preise der Produkte.**



## Wettbewerb vs. Nicht-Wettbewerb

Was wurde seit dem EU-Beitritt bis 2013 in Österreich teurer bzw. billiger im Vergleich zur Gesamtinflation?

(Jährliche durchschnittliche Preisabweichungen zum Gesamt-HVPI)

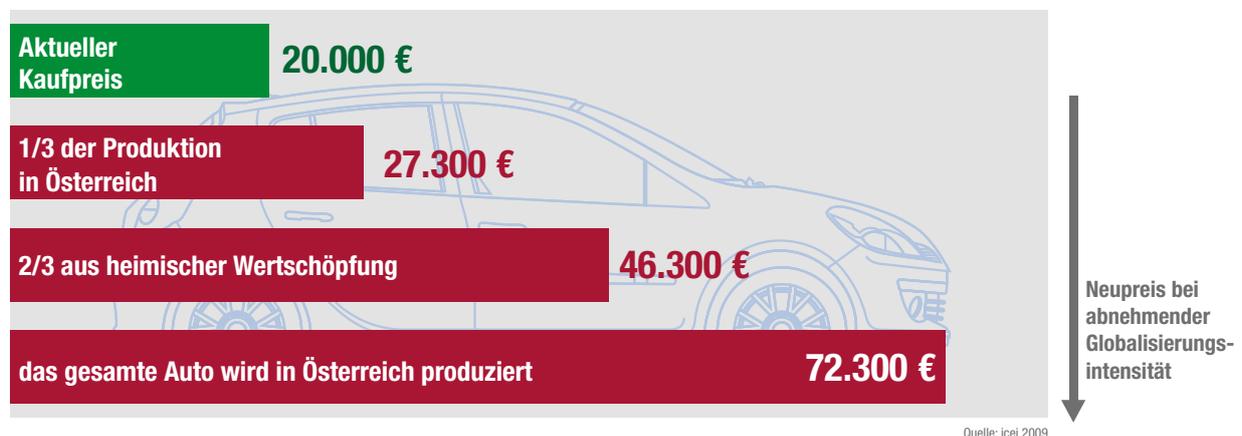


## Mehr Globalisierung

Ein wichtiger Bestandteil des Wettbewerbs ist natürlich die internationale Arbeitsteilung – vulgo „Globalisierung“. Sie ist hauptverantwortlich dafür, dass die handelbaren Waren immer günstiger werden. Am Beispiel eines Mittelklassewagens kann man gut erkennen, wie teuer den Konsumentinnen und Konsumenten in Österreich eine Rückentwicklung der geöffneten Weltmärkte zu stehen kommen würde: Bei einem Auto aus dem gehobenen Kleinwagensegment und einem aktuellen Durchschnittslistenpreis von 20.000 Euro verteilt sich die Wertschöpfung derzeit zu 40 Prozent aus Niedriglohnländern, zu 20 Prozent aus den Euroländern, zu zehn Prozent aus Österreich und zu 30 Prozent aus osteuropäischen Staaten. Gäbe es keine Vorproduktion im Ausland, würde sich der Neukaufpreis für österreichische Konsumentinnen und Konsumenten von 20.000 Euro auf 72.000 Euro fast vervierfachen.

## Wohlstandsgewinn durch Globalisierung

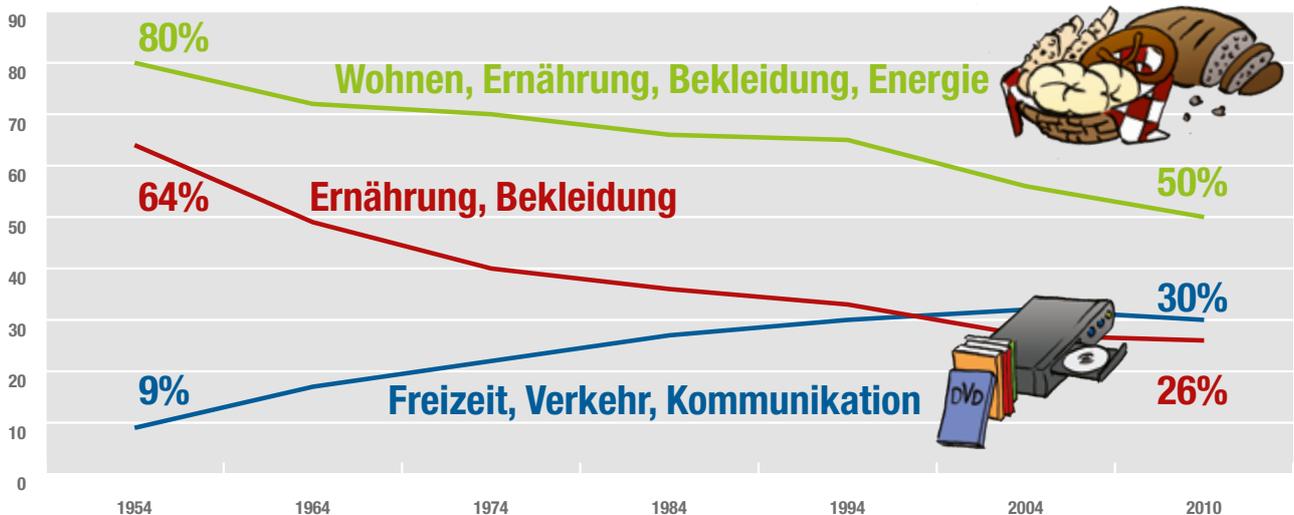
Beispiel VW Golf (aktuell: 10 Prozent der Produktion in Österreich)



## Mehr Eigenverantwortung

Verantwortung für die eigene Zukunft liegt nicht nur bei der Allgemeinheit, sondern auch beim Einzelnen selbst. Der in den Konsumerhebungen gemessene durchschnittliche Warenkorb der österreichischen Haushalte hat sich historisch betrachtet enorm verändert, wobei sich mit gesteigerter Kaufkraft das Schwergewicht weg von den Grundbedürfnissen wie Ernährung und Bekleidung hin zu den Ausgaben für Freizeit und Verkehr verschoben hat. Während 1954 noch 80 Prozent des Haushaltseinkommens für die Grundbedürfnisse verwendet werden mussten (ohne Wohnen und Energie 64 Prozent), waren es im Jahr 2010 nur noch 50 bzw. 26 Prozent. Damit haben die Haushalte heute mehr denn je die Möglichkeit, die frei gewordene Kaufkraft in Regeneration und Bildung zu investieren, um sich für Selbstfindung, gesellschaftliche Aufgaben oder den Arbeitsmarkt zu rüsten. Tatsächlich fällt jedoch unter den steigenden Ausgaben für Freizeit, Verkehr und Kommunikation (die sogenannten „Fun-Items“) heute nur ein erschreckendes Prozent für die Zukunftsinvestition „Bildung“ an. Fazit: Wenn sich die Haushalte mehr leisten können, sollte auch ihre Verantwortung dafür steigen, wofür sie die zusätzlich gewonnene Kaufkraft ausgeben.

## Konsumausgaben der Haushalte seit der Nachkriegszeit in Prozent der Gesamtausgaben

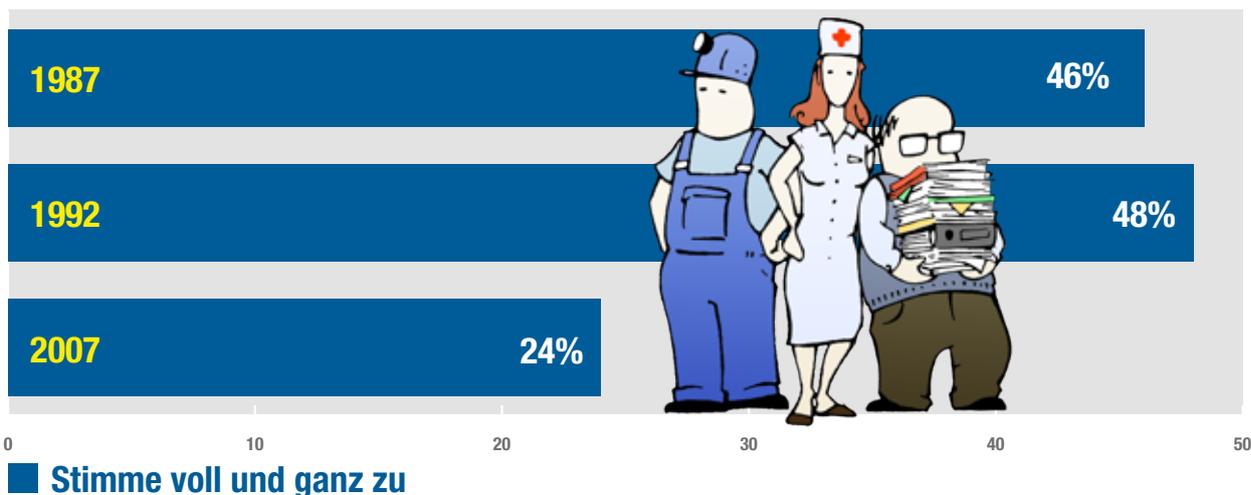


Quelle: Statistik Austria, Konsumerhebung seit 1954

## Mehr Leistungsbereitschaft

Nicht nur mehr Eigenverantwortung, sondern auch eine gesunde Einstellung zu gesellschaftlicher Teilhabe, Leistung und Arbeit würde die Neigung zur Armutgefährdung verringern. Eine Evaluierung der Lifestyle-Studien der vergangenen zwanzig Jahre (GfK Fessel) bringt jedoch zum Vorschein, **dass die klassischen Leitsätze der Arbeits- und Leistungsgesellschaft offenbar vermehrt hinterfragt werden.** So schwand die Zustimmung zu der Aussage „man muss bereit sein, für seine Arbeit auch private Opfer zu bringen“ von 71 Prozent im Jahr 1987 auf 34 Prozent im Jahr 2007. Im gleichen Zeitraum stieg die Ablehnung dieser Ansicht von acht auf 28 Prozent. Rund die Hälfte der Bevölkerung stimmte sowohl 1987 als auch 1992 der Aussage „nur durch Leistung bringt man es wirklich zu etwas“ voll und ganz zu, 2007 war es lediglich knapp ein Viertel.

### „Nur durch Leistung bringt man es zu etwas.“



Quelle: GfK-Lifestyle Studien 1987 - 2007

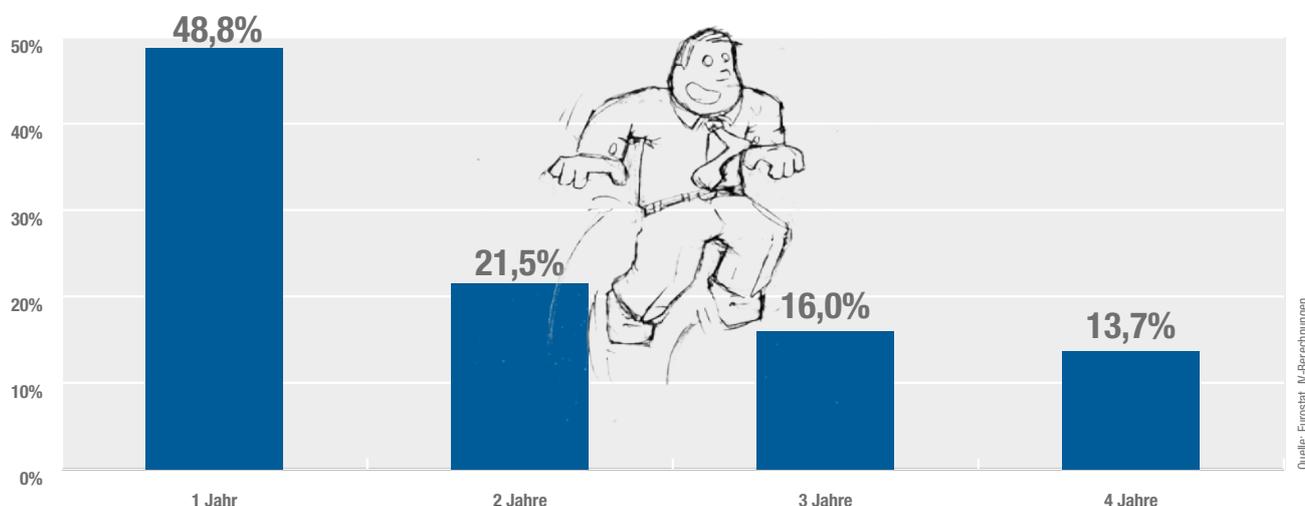
Das ist übrigens eine **typisch europäische Entwicklung**, die uns vor Augen führt, warum Europa in Sachen Produktivität und Wirtschaftswachstum den USA und vielen anderen aufstrebenden Staaten etc. seit Jahren ständig hinterherhinkt. Laut „World Value Survey“, der umfangreichsten und weiträumigsten Umfrage über menschliche Werte, sind 60 Prozent der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner der Meinung, **nur mit Leistung die Karriereleiter hochklettern zu können.** In Europa sind es nur knapp 40 Prozent.

## Ist Armutsgefährdung ein Dauerzustand?

Armutsgefährdet ist nicht gleich armutsgefährdet. **Wichtig ist, wie lange man in der Armutsgefährdung verharrt.** Neben der Armutsgefährdungsquote bietet die EU-Datenbank auch die viel wichtigeren, aber leider zu wenig bekannten Informationen darüber, wie lange Betroffene in Armutsgefährdung verharrten. Diese Daten belegen, dass Armutsgefährdung nicht statisch betrachtet werden darf. Von den Österreicherinnen und Österreichern, die in den Jahren 2009 bis 2012 als armutsgefährdet erfasst wurden, sind **knapp die Hälfte (49 Prozent) nur ein Jahr hindurch armutsgefährdet**. Weniger als die Hälfte (21 Prozent) sind zwei Jahre hindurch armutsgefährdet, und nur knapp 14 Prozent vier Jahre hindurch. **Österreich hat damit EU-weit die kürzeste Verweildauer und damit im Umkehrschluss schnellste Dynamik aus der Armutsgefährdung heraus.**

### Dynamik aus der Armutsgefährdung

Wieviel Prozent der Armutsgefährdeten sind in Österreich wieviel Jahre hindurch armutsgefährdet? (2012)



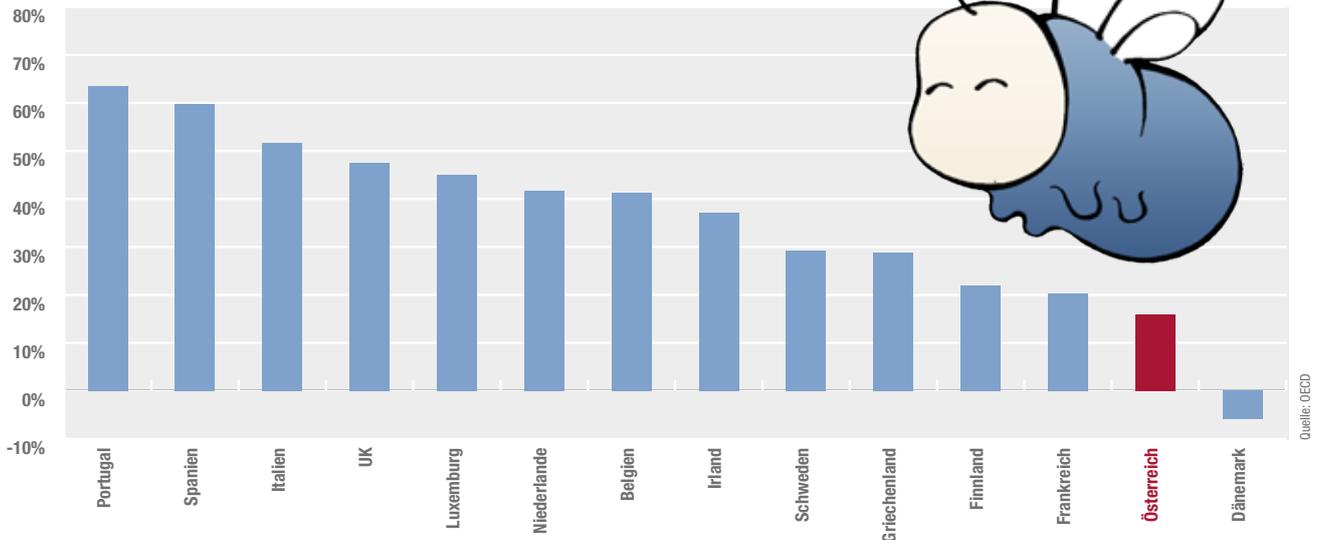
## Die „Gläserne Decke“ – Werden Einkommen vererbt?

Die Frage der „Vererbbarkeit von Einkommen“ wird vom Grad der „intergenerativen sozialen Mobilität“ beantwortet, die Auskunft über die Wahrscheinlichkeit gibt, ob die Einkommenshöhe auch an die Kinder weitergegeben wird oder **ob die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft vorhanden sind, dass Kinder sich aus eigener Kraft einkommensmäßig verbessern können**. Dieser Grad der intergenerationalen sozialen Mobilität wurde von der OECD für viele EU-Staaten erhoben.

Bemerkenswert dabei ist, dass in **Österreich ein vergleichsweise höherer Grad an sozialer Einkommensmobilität als in den meisten untersuchten europäischen Staaten vorhanden ist**. Beim Mittelwert der Frauen und Männer sind nur die Einkommen in Dänemark noch „elternunabhängiger“ als in Österreich. Das bedeutet, dass die oft zitierte „gläserne Decke“ bei Einkommen in Österreich am durchlässigsten ist und damit die Frage von Armutsgefährdung in Österreich am wenigsten unter allen OECD-Staaten eine Frage der Geburt ist. **Es entscheidet also in Österreich weniger die „Geburtsprämie“ über das eigene Einkommen, als in anderen EU-Ländern.**

## Wie sehr sind Einkommen vererbbar?

Einkommenspersistenz in Prozent\*  
(Mittelwert bei Frauen und Männern im Alter von 33-44 Jahren)



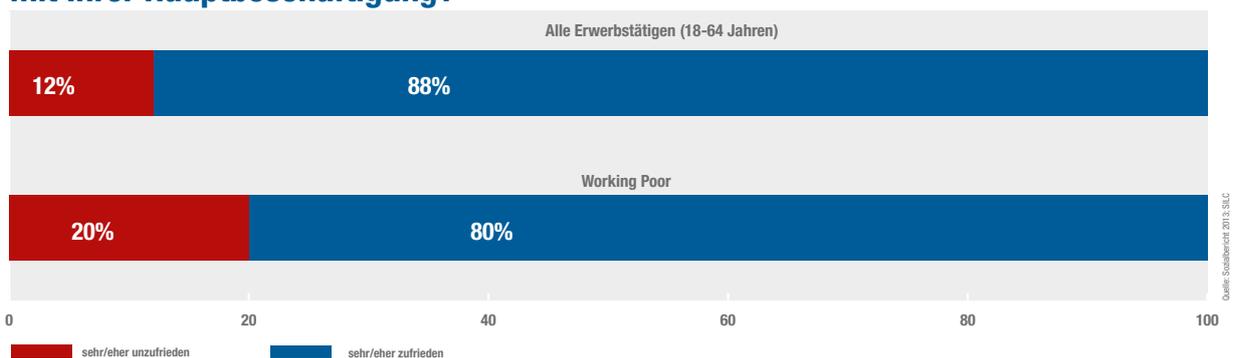
\* Der Prozentsatz gibt den Unterschied des voraussichtlichen Einkommens eines Kindes eines einkommenstarken Vaters (Akademiker-Haushalt) im Vergleich zu einem Kind aus einem einkommenschwachen Haushalt (eines Pflichtschulabgängers). Je geringer der Unterschied, desto geringer die Vererbbarkeit und desto höher die soziale Einkommensmobilität.

## Armut trotz Arbeit – das Phänomen „Working Poor“ auch in Österreich?

„Abbau des Wohlfahrtsstaates“, „Ausdehnung der prekären Arbeitsverhältnisse“, „Aufweichung der Kollektivverträge“, „Zunahme von Jobs, die nicht nach Tarif entlohnt werden“, „Kürzung von Bildungs- und Qualifizierungsprogrammen“ etc. – all das sind Schlagworte, die suggerieren sollen, dass das amerikanische Phänomen der „Working Poor“ auch in Österreich immer mehr Einzug hält und dass die Löhne in Österreich nicht mehr für das Leben und das Überleben der bzw. des Einzelnen ausreichen. Hier lohnt sich ein näherer Blick auf die Daten:

Als „Working Poor“ werden erwerbstätige Personen im Erwerbsalter bezeichnet, die mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle auskommen müssen. Das waren in Österreich 7,9 Prozent der Erwerbstätigen bzw. knapp 290.000 Personen (2008 lag der Anteil bei 9 Prozent). Die Hälfte davon war entweder teilzeitbeschäftigt oder nicht ganzjährig beschäftigt. Im EU-Vergleich können nur die Daten vor 2012 verwendet werden, da Österreich 2012 die Berechnungsmethoden umgestellt hat. Die Daten von 2011 weisen jedenfalls für Österreich nach Tschechien und Slowenien EU-weit den drittniedrigsten „Working Poor“-Anteil aus.

## Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrer Hauptbeschäftigung?



Wichtig dabei ist zu bemerken:

- Erstens gilt es hier **den Haushaltskontext mit zu berücksichtigen**. Auch wer für sich selbst ein ausreichendes Einkommen erwirtschaftet, fällt meistens wegen weiterer zu versorgender Personen im Haushalt unter die Armutsgefährdungsschwelle. „Working Poor“ ist also **ein Phänomen der Haushaltszusammensetzung und kein Phänomen der zu geringen individuellen Entlohnung der geleisteten Arbeit**.
- Zweitens bedeutet „Working Poor“ nicht unbedingt, dass man unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen ist, oder dass man quasi unfreiwillig eine für die aktuellen Lebensumstände und Familienzusammensetzung geringere Entlohnung erleidet. Im Kontext der Armutserhebung (SILC) wird neben der Ermittlung der „harten Fakten“ auch folgende Frage zur subjektive Einschätzung der Betroffenen gestellt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrer Hauptbeschäftigung?“ Die eher für viele überraschende Antwort: **Der überwiegende Anteil der „Working Poor“ in Österreich ist eher zufrieden oder mehrheitlich sogar sehr zufrieden mit seiner Erwerbsarbeit**.

Das legt den Schluss nahe, dass nicht nur die statistisch harten Fakten der aktuellen Entlohnung, sondern auch die **aktuellen Lebensumstände, die Ausbildungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz und nicht zuletzt die persönliche Lebens- und Karriereplanung** ausschlaggebend für die individuelle Arbeitsplatzwahl ist.

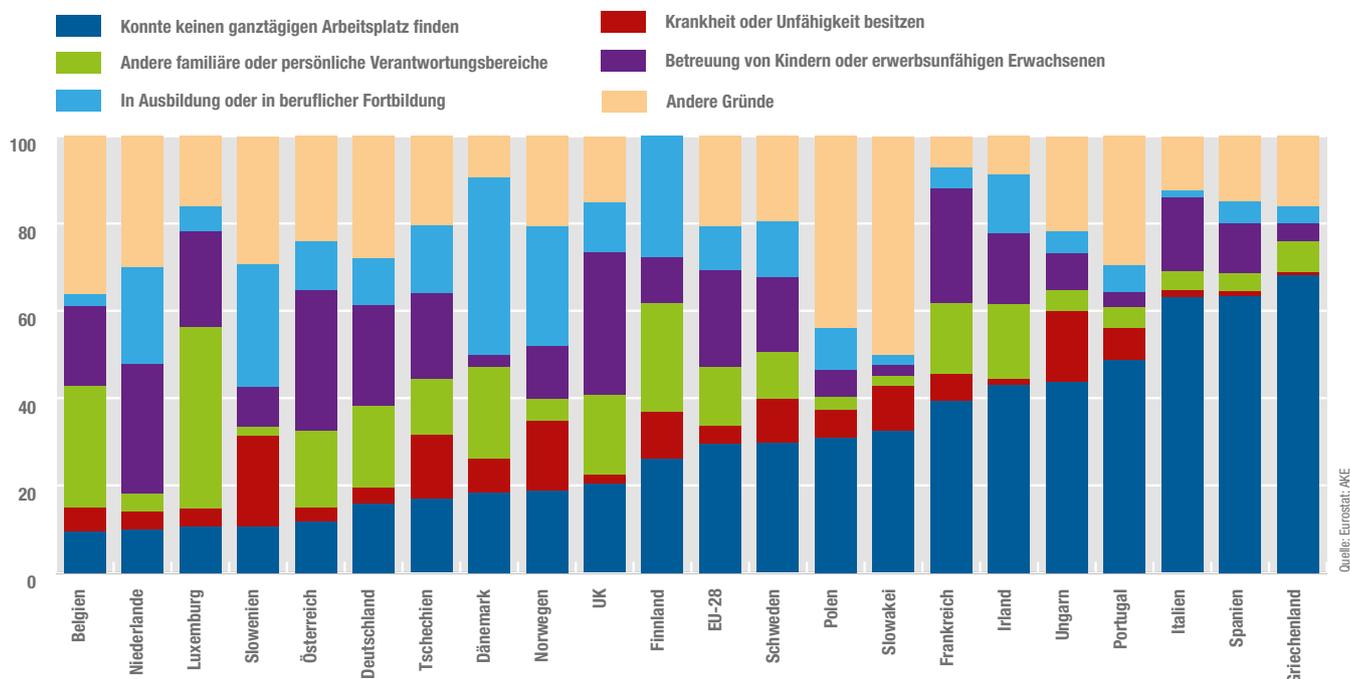


## Die „Teilzeitfälle“

Auch beim Thema Teilzeit suggeriert die mediale Berichterstattung in Österreich eine sich weit ausbreitende „gezwungene Armutsfalle“. Faktum ist: Die „Teilzeitquote“ ist in den vergangenen Jahrzehnten stark angestiegen. Vor 20 Jahren lag die Teilzeitquote noch bei unter 13 Prozent der unselbstständig Erwerbstätigen, heute (2013) liegt sie bei 26,5 Prozent bzw. knapp 960.000 unselbstständig Teilzeitbeschäftigten. Faktum ist auch, dass Teilzeitarbeit ein typisch weibliches Phänomen ist. 45,5 Prozent der Frauen arbeiteten 2013 Teilzeit, bei Männern sind es nur zehn Prozent. Faktum ist drittens, dass Erwerbstätige in Teilzeit eher armutsgefährdet sind als Vollzeitbeschäftigte. Die Armutsgefährdungsquote von Teilzeitbeschäftigten beträgt zehn Prozent, bei Vollzeitbeschäftigten acht Prozent – bei Arbeitslosen wohlgermerkt 34 Prozent.

Das bedeutet aber weder, dass sich das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen durch die Unternehmen am Bedarf der Menschen vorbei orientiert, noch dass Teilzeitarbeitsplätze nur deswegen in Anspruch genommen werden, weil keine Vollzeitarbeitsplätze angeboten werden. Im Gegenteil: Nur 11,7 Prozent der Teilzeitbeschäftigten in Österreich haben deswegen eine Teilzeitstelle angenommen, weil sie keinen Vollzeitarbeitsplatz gefunden haben. Das ist EU-weit einer der geringsten Werte (der EU-Durchschnitt liegt bei knapp 30 Prozent) und hat sich in den vergangenen Jahren stabil gehalten. Die weitaus überwiegenden Gründe für die Wahl der Teilzeit sind familiäre oder persönliche Erwägungen in der Lebensplanung (18 Prozent), die Möglichkeit den Betreuungspflichten nachzukommen (32 Prozent), die Ausbildung oder berufliche Fortbildung mit dem Beruf zu vereinbaren (11,4 Prozent) oder andere nicht näher genannte Gründe.

## Gründe für Teilzeit 2013



# **FAKTEN ZUR UMVERTEILUNG**

# FAKTEN ZUR UMVERTEILUNG

## Der Wunsch nach Umverteilung

An der Schnittstelle zwischen Armut und Reichtum befindet sich der Wunsch nach Umverteilung. Zwei Aspekte sind dabei zu beachten: Erstens ist der Wunsch nach Umverteilung nur dort erfüllbar, wo es etwas zum Umverteilen gibt – also dort, wo Wohlstand bereits generiert wurde. Zweitens ist der Wunsch nach Umverteilung dort besonders vorhanden, wo die gefühlte Ungerechtigkeit besonders groß ist, also auch wieder nur dort, wo es bereits Wohlstand gibt, der Ungleichheiten überhaupt erst zulässt. **Dass der Ruf nach Umverteilung in Österreich besonders groß ist, soll daher in Anbetracht des großen Wohlstandes nicht verwundern.**

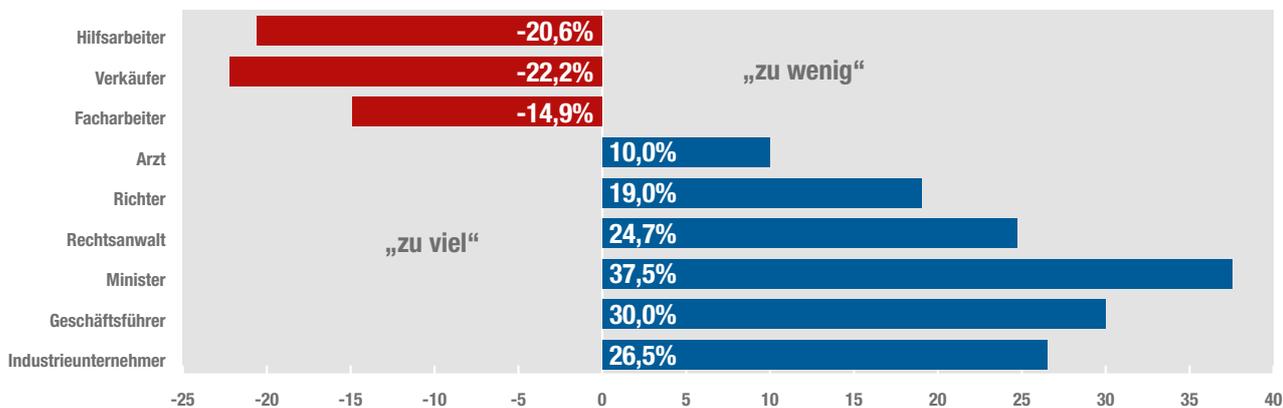
Der Ruf nach Umverteilung entsteht immer dort, wo die hohen und die niedrigen Einkommen als **nicht fair empfunden werden**. Die Universität Zürich hat 2009 den Zusammenhang des Wunsches nach Umverteilung mit der gefühlten Ungerechtigkeit der Markteinkommen in Österreich erforscht, da Österreich in ihren Augen eine der niedrigsten Einkommensungleichheiten weltweit aufweist (und daher besonders die gefühlte Komponente der Ungerechtigkeit zum Tragen kommt) und weil das Transfersystem als nicht besonders treffsicher gilt (und daher die objektive Rechtfertigung der Umverteilung in Frage gestellt werden kann).

Anhand von über 700 Befragungen wurden die **geschätzten Gehälter** verschiedener Berufsgruppen den als **fair empfundenen Gehältern** gegenübergestellt. Tatsächlich werden die **hohen Gehälter als wesentlich höher eingeschätzt, als es dem Gerechtigkeitsempfinden der Befragten entspricht**. Das bedeutet: Ohne die tatsächliche Höhe der Gehälter überhaupt zu kennen wird automatisch angenommen, dass Gutverdienende überbezahlt und Schlechtverdienende unterbezahlt sind. Der Ruf nach Umverteilung ist also nicht nur ein Wohlstandsphänomen, sondern auch ein Phänomen der **gefühlten Ungerechtigkeit** bei der Entlohnung durch das Markteinkommen – das meistens nur die subjektiv eingeschätzten und nicht die tatsächlichen Gehälter als Empfindungsgrundlage hat.

### Differenz zwischen geschätztem und als gerecht empfundenen Gehalt

Schätzen Sie das Gehalt der folgenden Berufsgruppen.

Um wieviel Prozent verdient die Berufsgruppe nach ihrem Gerechtigkeitsempfinden „zu viel“ oder „zu wenig“

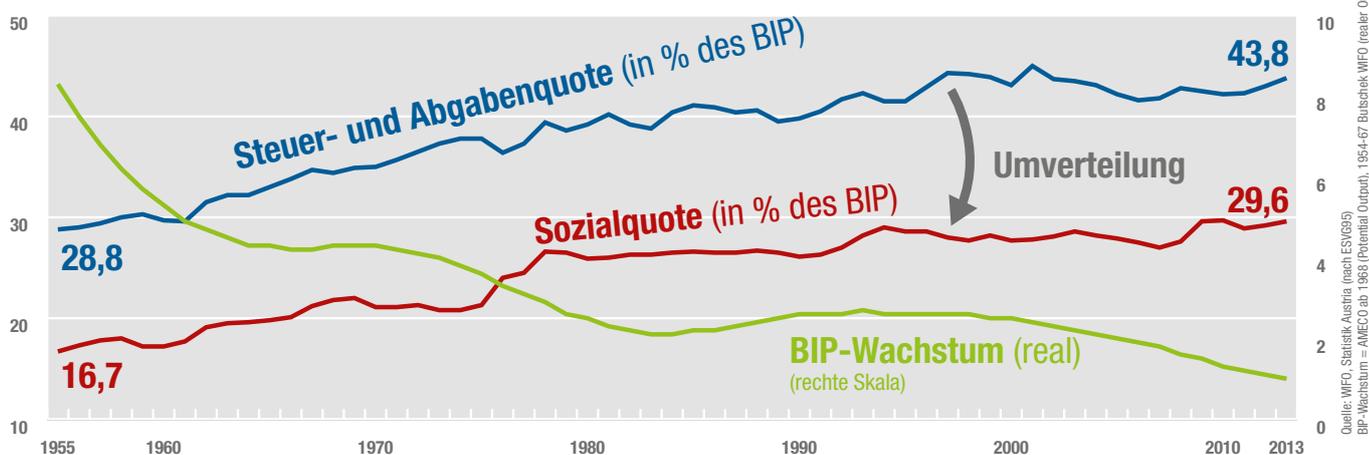


Quelle: A. Kuhn: Demand for Redistribution in Austria, Uni Zürich 2009

## Umverteilung historisch betrachtet

Aus der historischen Perspektive ist ein Trend unübersehbar: **Die Umverteilung zwischen Steuerzahlerinnen, Steuerzahlern und Transferempfängerinnen, Transferempfängern hat rasant zugenommen.** Heute beansprucht die Öffentliche Hand in Österreich über 43 Prozent der gesamten heimischen Wirtschaftsleistung in Form von Steuern und Abgaben. In der Nachkriegszeit waren es noch unter 29 Prozent. **Über zwei Drittel der Steuerleistung fließt heute in soziale Transfers.** In der Nachkriegszeit war diese Relation noch wesentlich geringer. Die Sozialquote (Sozialausgaben in Prozent des BIP) hat sich seit 1955 von 16,7 Prozent auf knapp 30 Prozent des BIP fast verdoppelt. **Das Wirtschaftswachstum hat sich hingegen im selben Zeitraum ständig verringert** und liegt heute real nur mehr bei knapp über einem Prozent pro Jahr (reales Potenzialwachstum). Hier stellt sich die berechtigte Frage nach der Grenze der Steuerbelastung bzw. der Umverteilung.

### Die Grenzen der Steuerbelastung und der Umverteilung



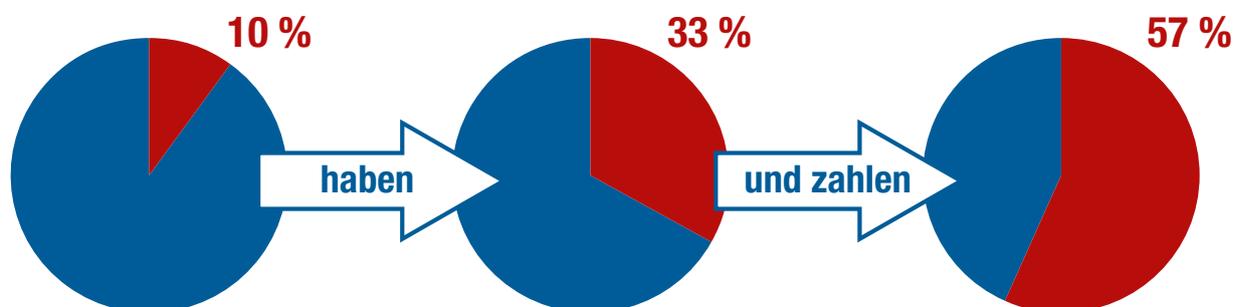
## Umverteilung durch die Lohn- und Einkommensteuer

Die im internationalen Vergleich äußerst gleichmäßige Einkommensverteilung (nach Steuern und Transfers) in Österreich soll nicht weiter verwundern, ist doch das österreichische Lohn- und Einkommensteuersystem dem „Leistungsfähigkeitsprinzip“ unterworfen, wonach die Leistungsfähigen mehr zur Finanzierung der öffentlichen Ausgaben herangezogen werden als jene mit geringem Einkommen. Das ergibt folgende Progressionseffekte:

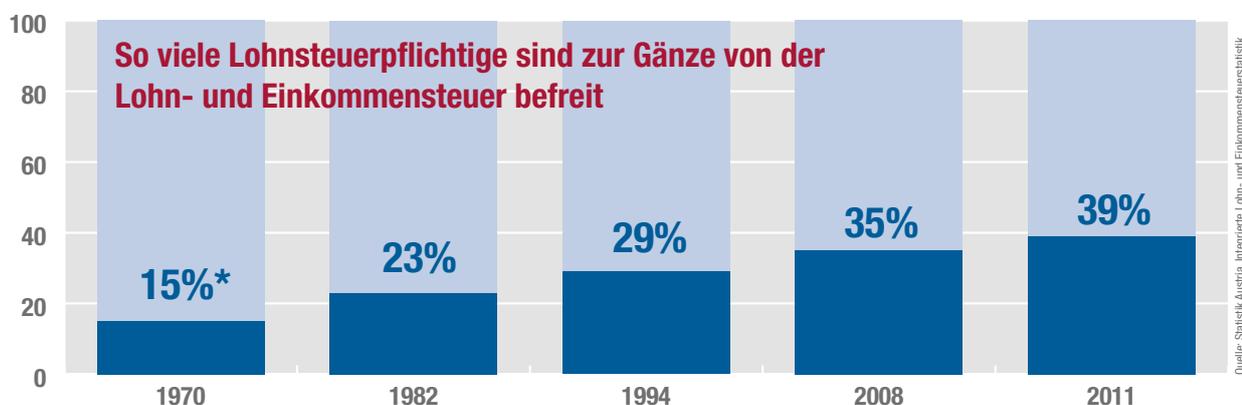
- Die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher erwirtschaften 33 Prozent des Einkommens, aber tragen 57 Prozent der Steuerleistung. Auf die obersten 20 Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher entfallen unter 50 Prozent des Einkommens und 75 Prozent der gesamten Einkommensteuerleistung.
- Über 2,6 Mio. Steuerpflichtige zahlen keine Einkommensteuer. Das sind 39 Prozent aller österreichischen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen. Dieser Anteil hat sich seit 1970 mehr als verzweieinhalbfacht.

## UMVERTEILUNG BEI DER LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

### DIE OBERSTEN ...



### ... DIE UNTERSTEN



\*in % der Haushalte (bis 1972 Haushaltsbesteuerung)

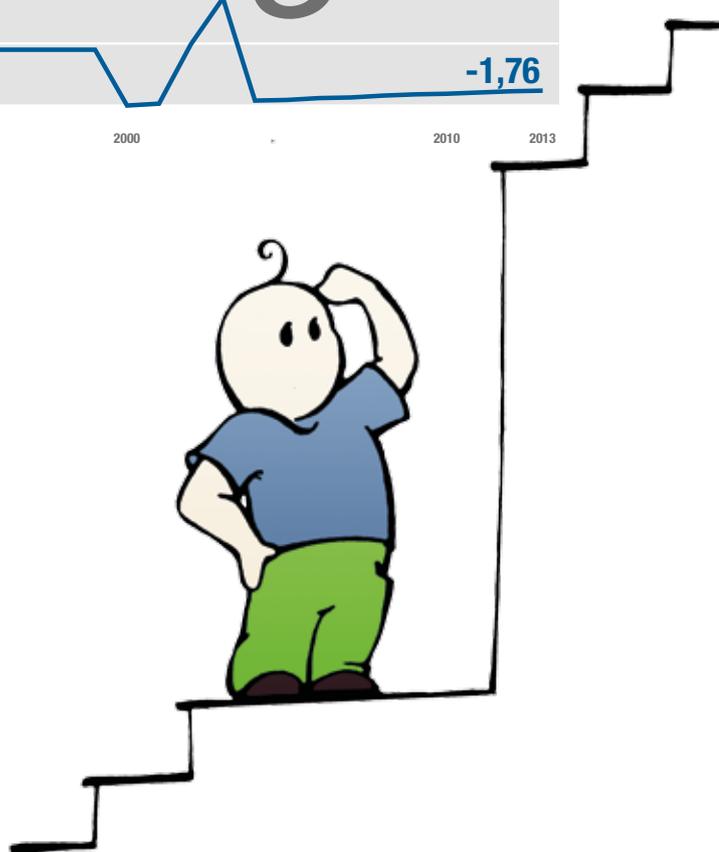
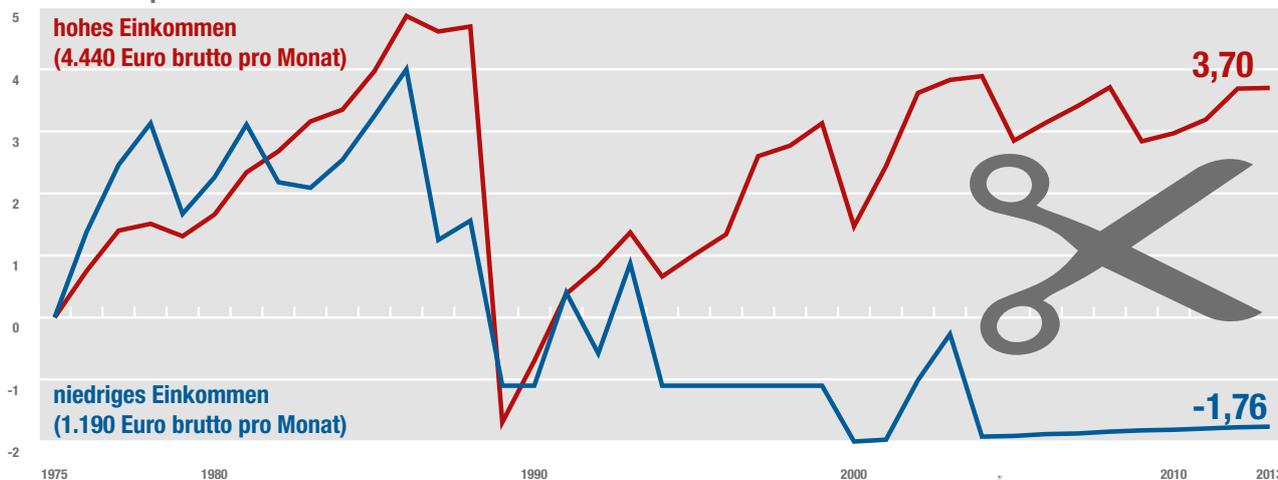
## Die „Belastungsschere“

Trotz „Steuerreformen“ in den vergangenen Jahrzehnten **hat sich der Progressionsgrad der Lohn- und Einkommensteuer nicht verringert, sondern sogar wesentlich erhöht**. Während die Steuerbelastung der oberen Einkommen durch die „kalte Progression“ über die Jahrzehnte gestiegen ist, wurden die niedrigen Einkommensgruppen im Zuge der Steuerreformen der Jahre 1993, 1995, 2000, 2005 und 2009 mittels Tarifsenkungen oder Anhebungen der Absetzbeträge, verbunden mit Negativsteuer-elementen, deutlich entlastet.

Wie man an der Entwicklung der Steuer- und Abgabensätze bei niedrigen Einkommen (jenes knapp über der Schwellenwert von heute knapp 1.190 Euro brutto pro Monat) und bei hohen Einkommen (Einkommen an der Höchstbeitragsgrundlage von 4.440 Euro brutto pro Monat) seit 1975 erkennen kann (Grafik unten), hat sich im Laufe der Jahrzehnte bei der Abgabenlast **eine veritable Belastungsschere gebildet**. Bei der **Einkommensteuer** ist der Steuersatz bei den hohen Einkommen (4.440 Euro brutto pro Monat) seit 1975 um 3,7 Prozentpunkte des Bruttojahreseinkommens gestiegen. **Bei den niedrigen Einkommen** (1.190 Euro brutto pro Monat) hingegen ist er sogar um 1,76 Prozentpunkte gesunken.

### Entwicklung der Einkommensteuerbelastung seit 1975

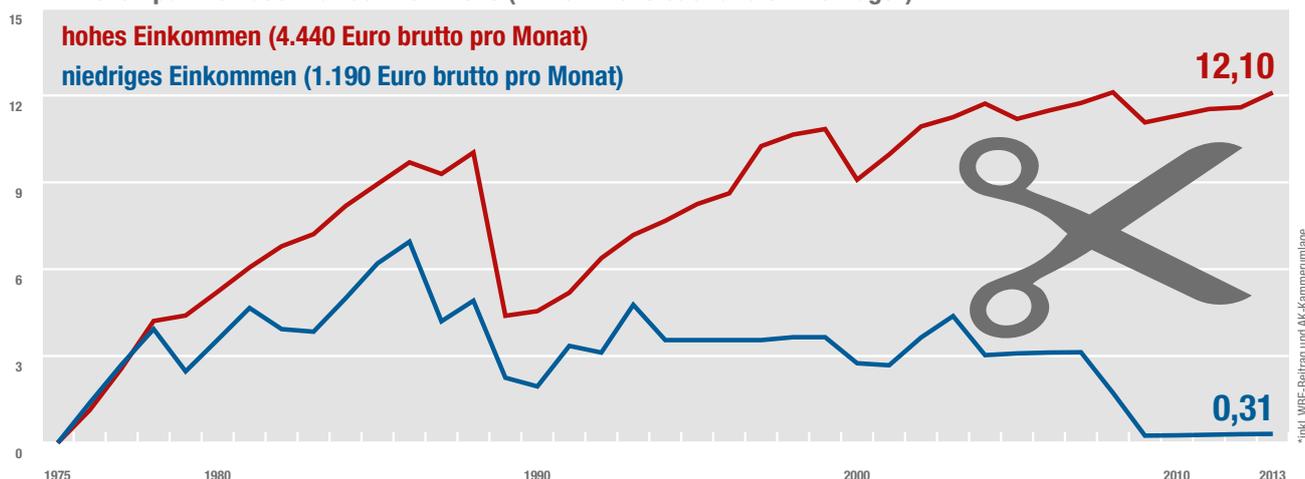
in Prozentpunkten des Bruttoeinkommens



Bei der gesamten Arbeitnehmer-Abgabenlast (Einkommensteuer und SV-Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer inkl. Wohnbauförderungsbeitrag und AK-Umlage) ist das Bild nicht anders. Auch hier hat sich eine Belastungsschere gebildet. Der Gesamtabgabensatz bei den hohen Einkommen (4.440 Euro brutto pro Monat) ist seit 1975 um ganze 12,1 Prozentpunkte des Brutto-Jahreseinkommens gestiegen. **Bei den niedrigen Einkommen (1.190 Euro brutto pro Monat) ist er mit 0,31 Prozentpunkten beinahe gleich geblieben.**

## Entwicklung der Abgabenbelastung seit 1975

in Prozentpunkten des Bruttoeinkommens (Einkommensteuer und SV-Beiträge\*)



Wie man auch deutlich erkennen kann, hat bisher nur die Steuerreform 1988 eine nachhaltige Entlastungswirkung erzielt. Heute hat Österreich die fünfthöchste Einkommensteuerprogression aller OECD-Staaten. Der durchschnittliche Einkommensteuersatz nimmt pro Prozentpunkt Einkommenserhöhung um 0,071 Prozentpunkte zu.

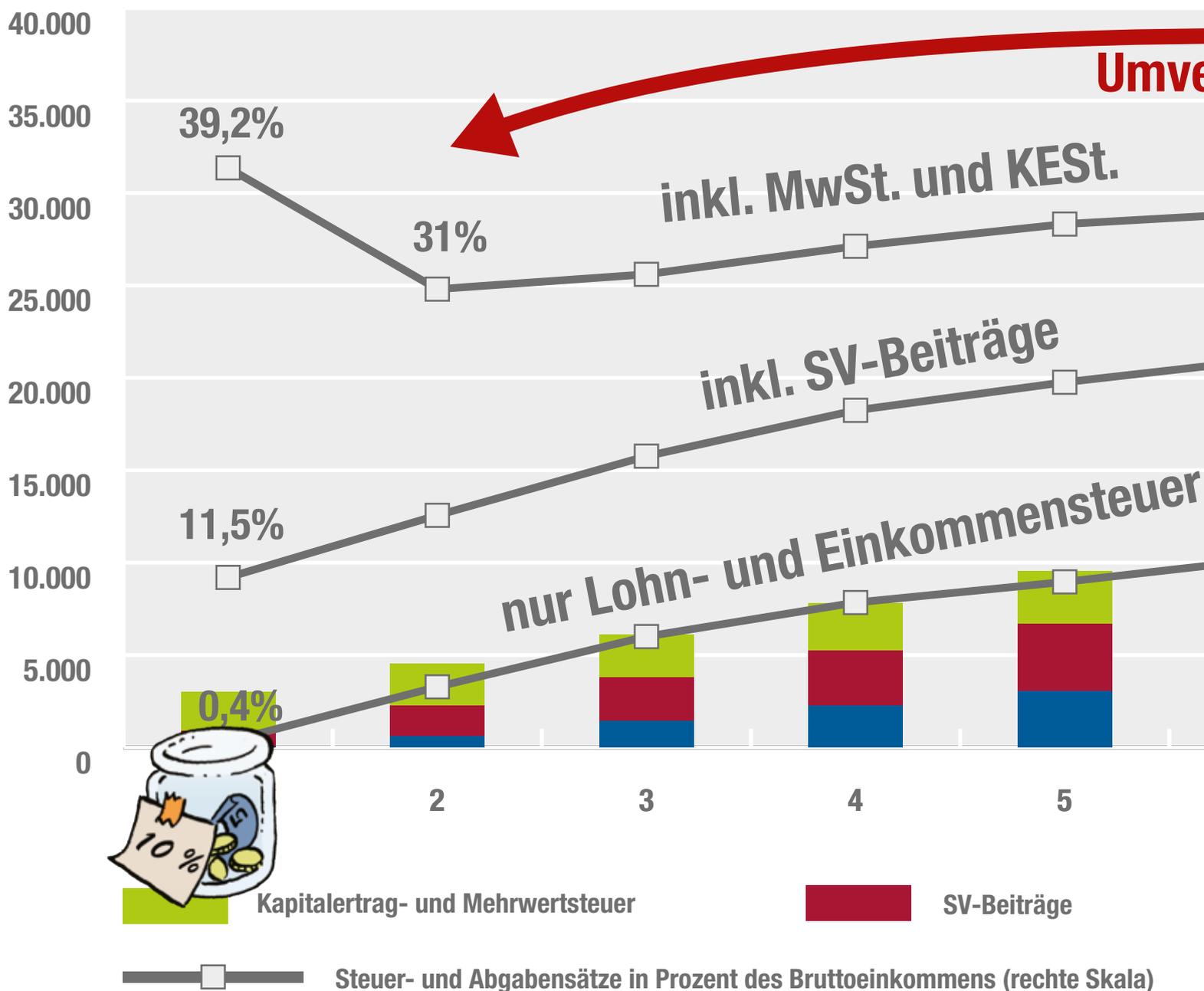


## Umverteilung durch das gesamte Steuer- und Abgabensystem

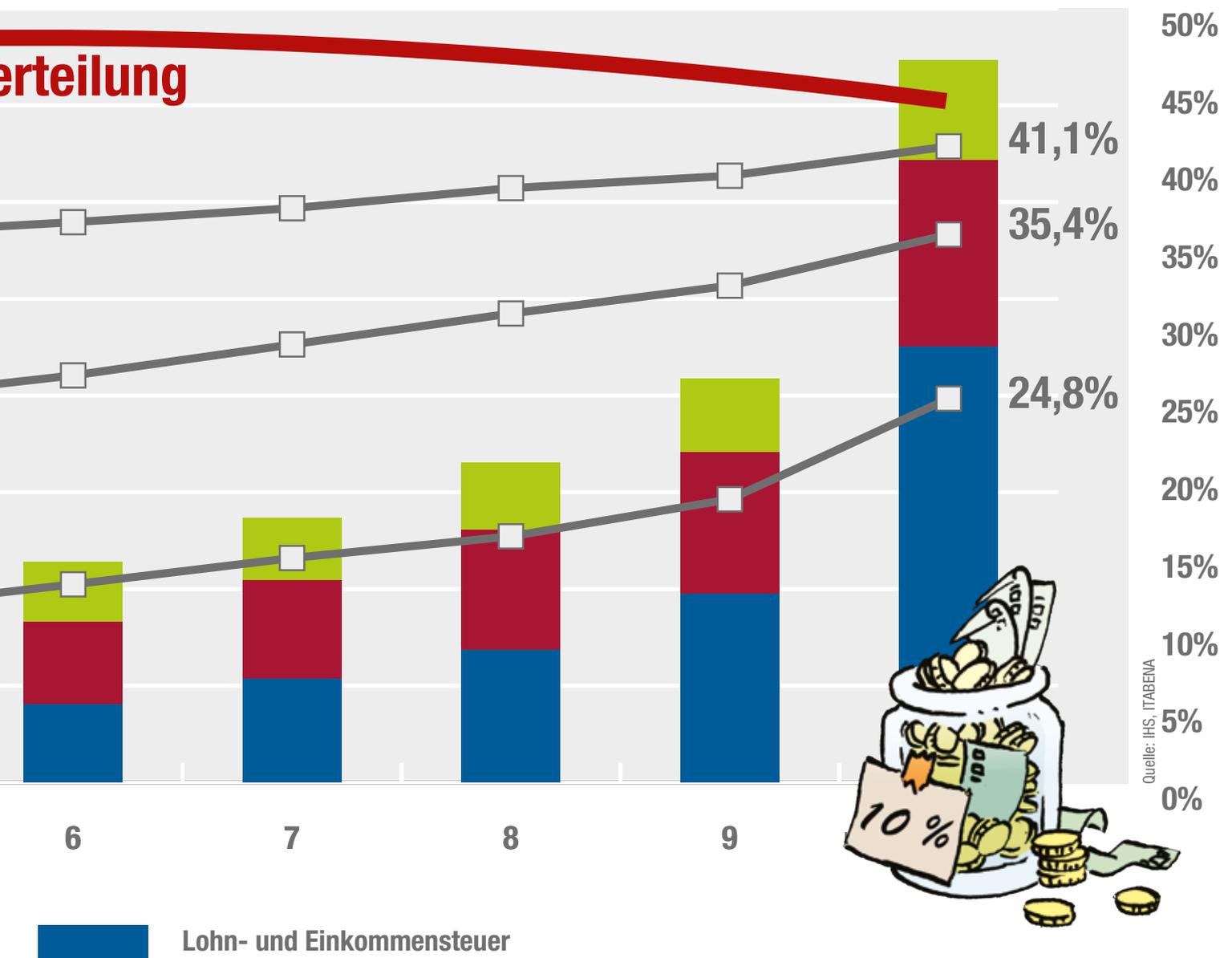
Auch inklusive aller anderen Steuern und Abgaben, wie der Mehrwertsteuer oder den Sozialversicherungsbeiträgen, findet eine Umverteilung von Reich zu Arm statt. Teilt man die Bevölkerung in Zehntel („Dezile“), so zahlen die obersten „reichsten“ zehn Prozent, wenn man alle Steuern und Abgaben zusammenzählt und haushaltsbereinigt („äquivalisiert“), im Durchschnitt 37.400 Euro pro Kopf und Jahr an Einkommensteuern, SV-Beiträgen und Mehrwertsteuern (inkl. KEST). Im Gegensatz dazu tragen die „untersten“ zehn Prozent nur knapp 3.000 Euro pro Kopf zum allgemeinen Steuer- und Abgabentopf bei (bunte Säulen in der Grafik unten).

### Nicht nur die Lohnsteuer wirkt progressiv...

Steuer- und Abgabenlast in Euro pro Jahr pro Person (äquivalisiert im Haushalt) (linke Skala) von den ärmsten 10 Prozent zu den reichsten 10 Prozent der Haushalte



Hier findet eine klare **Umverteilung über die Nutzenfunktion** statt, da die öffentlichen Leistungen abseits von Transferzahlungen allen gleichermaßen bereitgestellt werden. In Prozent des Bruttoeinkommens sind hier Lohn- und Einkommensteuer am progressivsten ausgestaltet. Hier haben die „untersten“ Dezile einen „Steuersatz“ von unter einem Prozent und die „obersten“ von über 41 Prozent (siehe Grafik). Selbst inklusive der SV-Beiträge ist noch eine starke Progression vorhanden (11,5 Prozent Steuersatz ganz „unten“ und 35,4 Prozent ganz „oben“). **Nur wenn man die Mehrwertsteuer miteinbezieht, ist der Steuersatz etwas flacher ausgeprägt, aber dennoch deutlich ansteigend** (ein Ausreißer ist hier nur das erste Dezil, das sein Haushaltseinkommen zum überwiegenden Teil aus Sozialleistungen bezieht, die hier nicht aufscheinen).

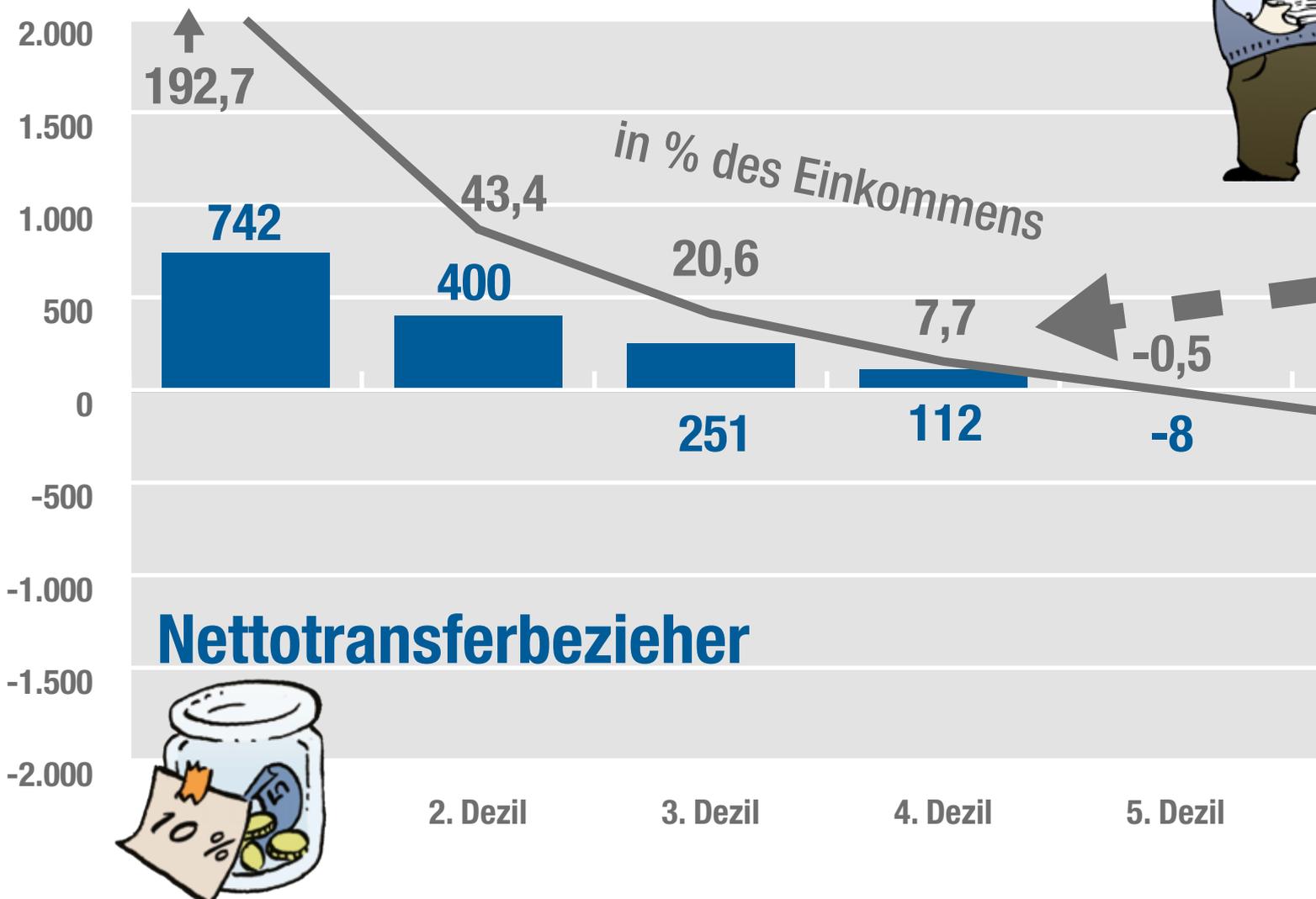


## Umverteilung durch Staatsausgaben

Der Großteil der Umverteilung in Österreich findet jedoch nicht über das Steuersystem, sondern über die Staatsausgaben – sprich über das Transfersystem statt. Das große Bild des Umverteilungssystems durch Steuern und Transfers ist in der Tat bemerkenswert: Teilt man die privaten Haushalte in Österreich je nach Einkommen (äquivalisiertes Markteinkommen ohne soziale Transfers) wieder in Zehntel („Dezile“) auf, so zahlt das **unterste Einkommensdezil** nur 2,7 Prozent des Steuer- und Abgabenaufkommens, bekommt dafür jedoch fast 17 Prozent der staatlichen Transferleistungen. Das **„oberste“ Einkommensdezil** zahlt fast 27 Prozent aller Steuern und Abgaben und bekommt nur 7 Prozent aller staatlichen Transferleistungen (**Gesundheits- und Pflegeleistungen, Bildungsleistungen, Familienleistungen, Arbeitslosen-, Notstands- und Sozialhilfe sowie Hinterbliebenen- und Wohnbeihilfen**). Pensionen zählen in dieser umfassenden Umverteilungsstudie des WIFO, die nur etwa alle zehn Jahre erscheint, nicht als Transfers, sondern als „Markteinkommen“.

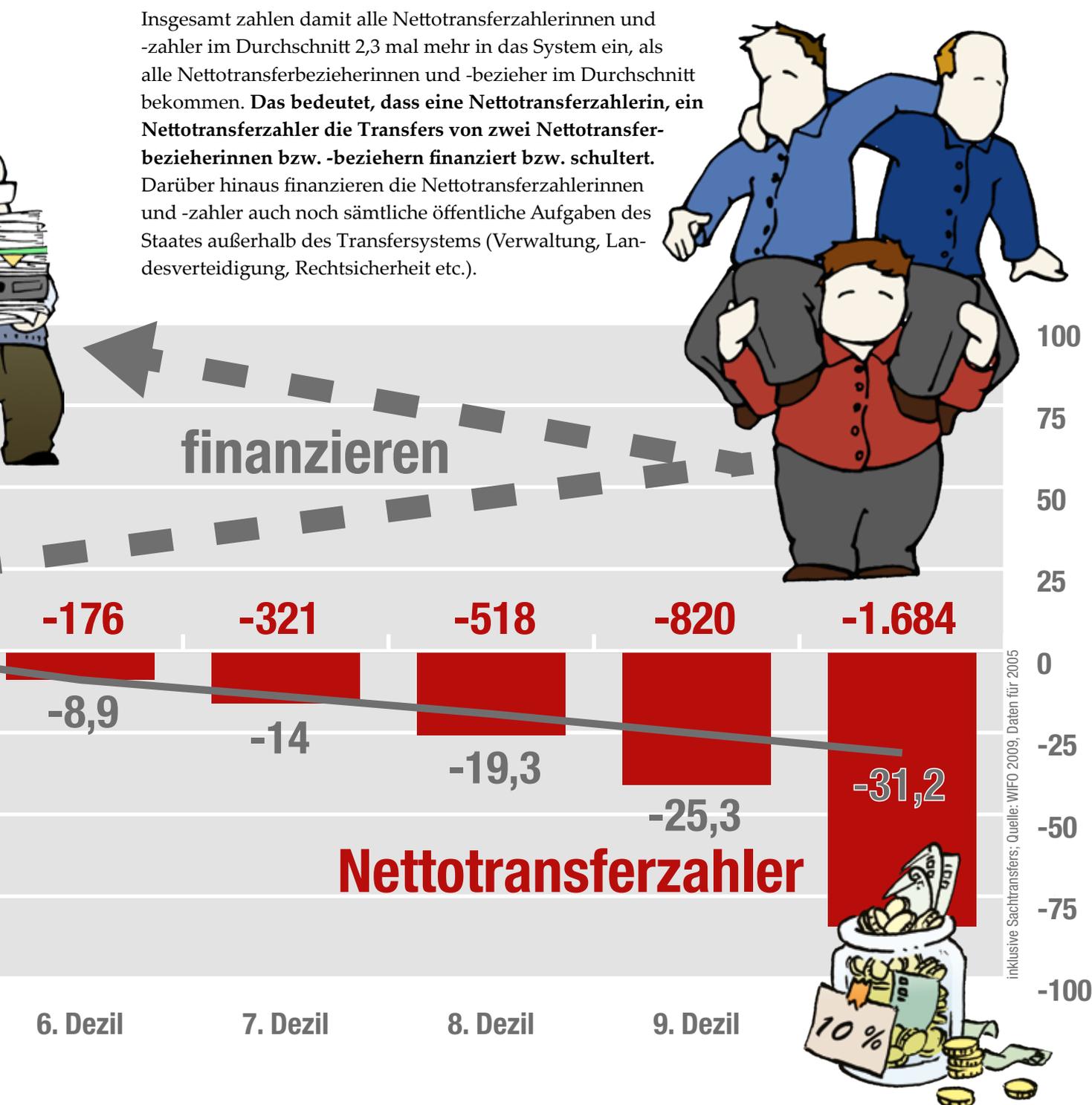
### Nettotransferzahler und Nettotransferbezieher in Österreich

Wieviel verlieren/gewinnen die verschiedenen Haushalte im Umverteilungsprozess?  
Nach äquivalisierten Einkommensdezilen aller Haushalte in Euro pro Monat



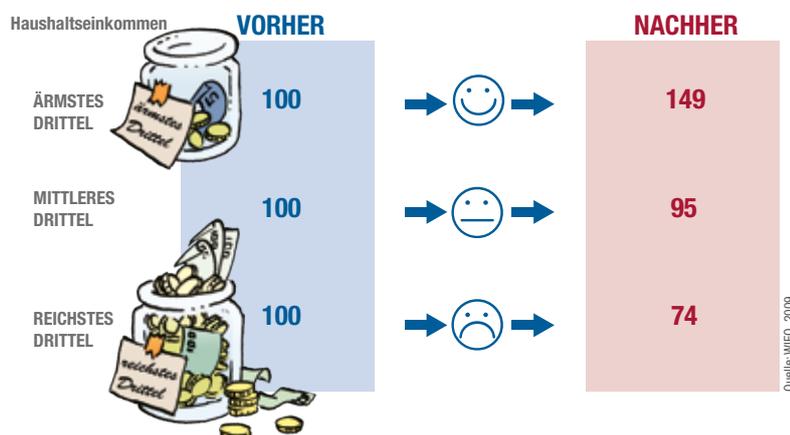
Erst bei diesem Umverteilungsprozess über Steuern und Staatsausgaben auf Haushaltsebene wird klar ersichtlich, **wer Nettogewinnerin bzw. -gewinner und wer Nettoverliererin bzw. -verlierer des Sozialsystems ist**. Die **untersten vierzig Prozent** (vier Dezile) bis zu einem (haushaltsgewichteten) Bruttomonatseinkommen von 1.590 Euro **sind allesamt Nettotransferempfängerinnen und -empfänger**. Das fünfte Dezil ist halbwegs ausgeglichen und **in der oberen Hälfte** (ab einem Einkommen von ca. 2.000 Euro) **sind klare Nettoverliererinnen und -verlierer des Umverteilungssystems**. Die Menschen im obersten Dezil verlieren 31,2 Prozent (oder 1.684 Euro pro Monat) ihres ursprünglichen Markteinkommens. Die Menschen im „untersten“ Dezil gewinnen hingegen fast das Doppelte (192,7 Prozent) ihres ursprünglichen Markteinkommens (oder 742 Euro pro Monat).

Insgesamt zahlen damit alle Nettotransferzahlerinnen und -zahler im Durchschnitt 2,3 mal mehr in das System ein, als alle Nettotransferbezieherinnen und -bezieher im Durchschnitt bekommen. **Das bedeutet, dass eine Nettotransferzahlerin, ein Nettotransferzahler die Transfers von zwei Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher finanziert bzw. schultert**. Darüber hinaus finanzieren die Nettotransferzahlerinnen und -zahler auch noch sämtliche öffentliche Aufgaben des Staates außerhalb des Transfersystems (Verwaltung, Landesverteidigung, Rechtsicherheit etc.).



Teilt man die Bevölkerung weniger radikal in Drittel statt in Zehntel, sieht das Bild folgendermaßen aus: Während das untere Drittel der Haushalte durch den Umverteilungsprozess rund die Hälfte seines Markteinkommens „dazuverdient“, **wird dem oberen Drittel mehr als ein Viertel des ursprünglichen Einkommens abgenommen und an das untere Drittel verteilt.**

### Der Umverteilungsprozess in Österreich in Prozent der Bruttomarktäquivalenzeinkommen



Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung der Umverteilung über einen längeren Zeitraum. Hat das „unterste“ Drittel der Bevölkerung in Österreich im Jahr 1991 noch Sozialtransfers (monetäre und Sachtransfers) in der Höhe von unter einem Drittel (30,8 Prozent) des Markteinkommens bekommen, so waren es im Jahr 2000 bereits fast zwei Drittel (64,4 Prozent) und im Jahr 2005 bereits fast drei Viertel (73,6 Prozent) (letzter verfügbare Daten) – und das, obwohl die Markteinkommen ständig gestiegen sind. **Das Sozialsystem in Österreich ist also immer mehr zu einem Versorgungssystem eines großen Teils der Bevölkerung geworden.**

### Die Entwicklung des "Versorgungsstaates Österreich"

beim unteren Einkommensdrittel der Bevölkerung

(monetäre Transfers und Sachtransfers ohne Pensionen in Prozent des Markteinkommens)

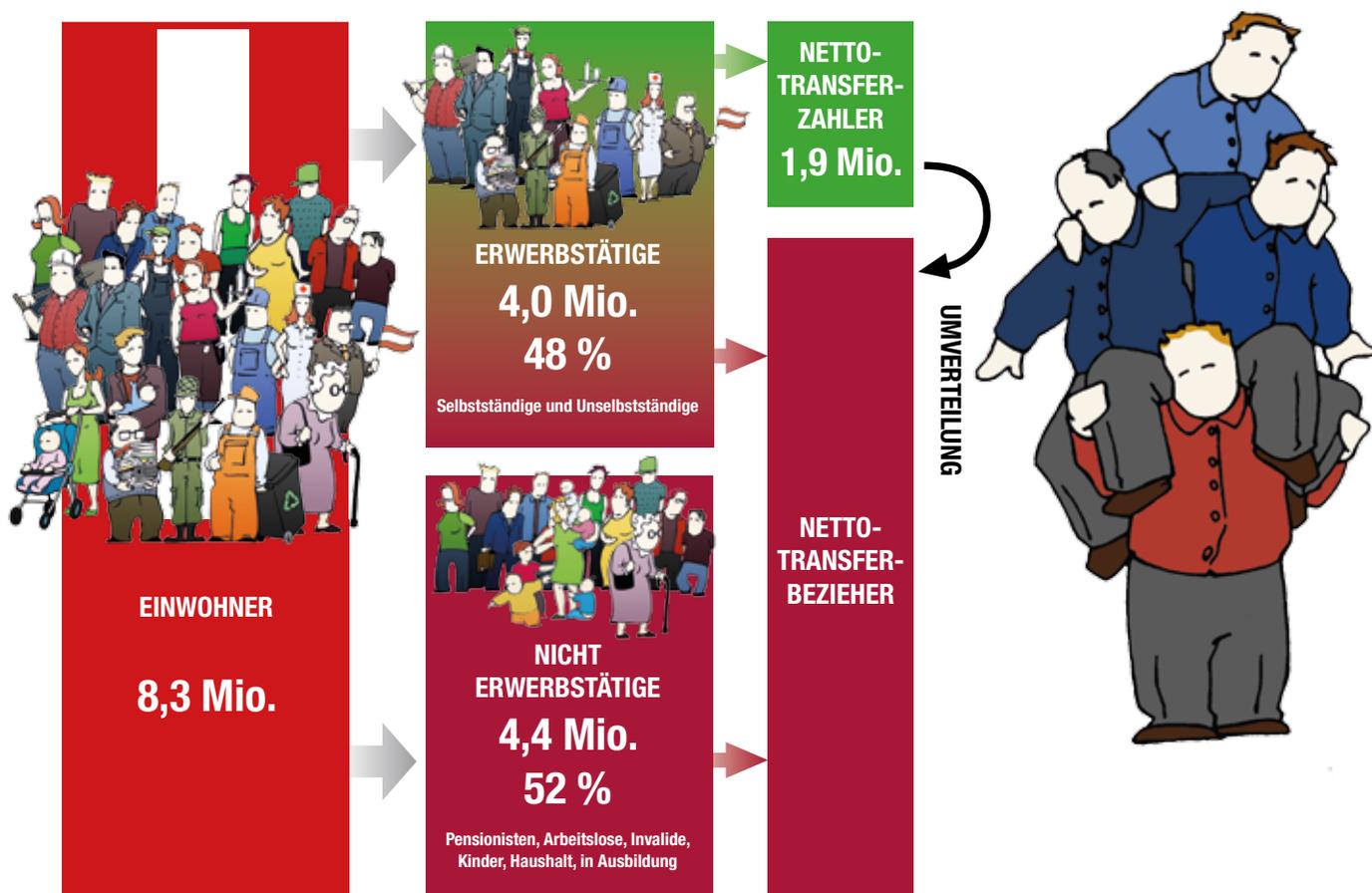


## Nettotransferzahlerinnen bzw. Nettotransferzahler und Nettotransferbezieherinnen bzw. Nettotransferbezieher

Eine andere interessante Betrachtungsweise der Umverteilung ist die Einteilung von „Nettotransferzahlerinnen bzw. -zahlern und Nettotransferbezieherinnen bzw. -beziehern“ **auf der Personenebene** und nicht auf der Haushaltsebene. Sie findet dort statt, wo **Erwerbstätige jene Leistungen erbringen, die Nichterwerbspersonen konsumieren.**

Der Staatshaushalt kann mit einem Topf verglichen werden, in dem die Menschen das einbringen, was sie leisten können und wollen und sich das herausnehmen, was sie benötigen oder bedürfen. **Im Prinzip sollten jene, die sich am Topf bedienen, auch eigene Leistungen einbringen.** In einer Gesellschaft der wünschenswerten Vielfalt wird es immer – schon aus dem Blickwinkel des Generationenausgleichs heraus – Nettotransferzahlerinnen bzw. -zahler und Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher geben. **Dieses System funktioniert aber nur so lange die Balance zwischen Erwerbstätigen und Transferzahlerinnen bzw. -zahlern sowie Nichterwerbstätigen und Transferbezieherinnen bzw. -beziehern ausgewogen bleibt.**

### Erwerbsstatus in Österreich 2013



Quelle: Statistik Austria, Lebensunterhaltskonzept, IV-Berechnungen

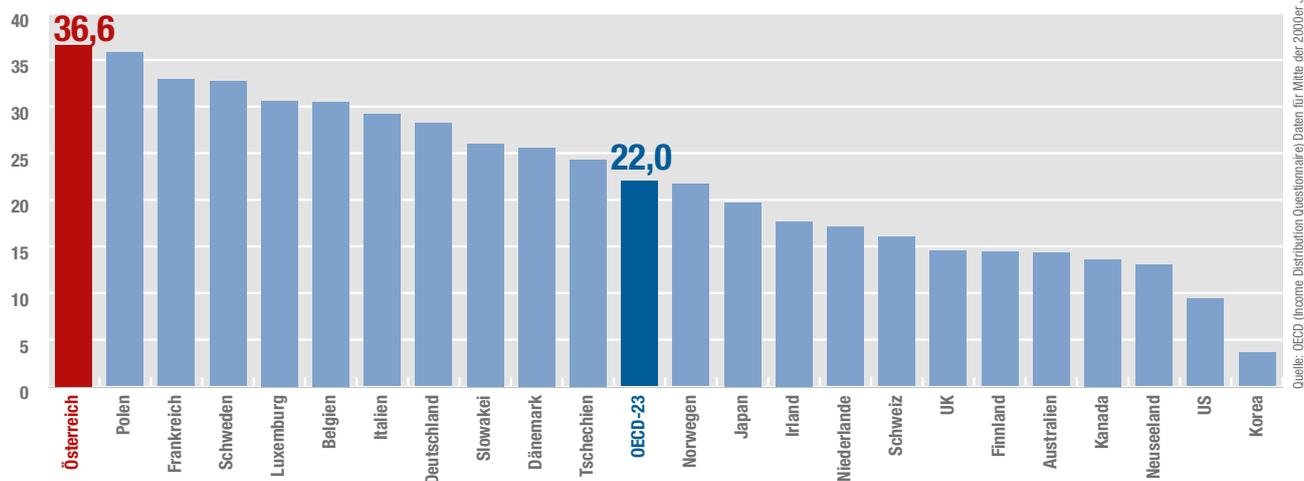
**Das aktuelle Bild sieht folgendermaßen aus:** Die österreichische Volkswirtschaft umfasst rund 8,4 Mio. Menschen. Davon sind weniger als die Hälfte (rund 48 Prozent bzw. rund 4 Mio. Menschen) aktive Erwerbspersonen und mehr als die Hälfte (52 Prozent bzw. 4,4 Mio. Menschen) sind Nicht-Erwerbspersonen (darunter Pensionisten, Arbeitslose, Invalide, in Ausbildung stehende Jugendliche, Kinder und ausschließlich im Haushalt tätige Personen<sup>4</sup>). **Im Großen und Ganzen erwirtschaftet damit eine knappe Minderheit die Konsummöglichkeiten für eine knappe Mehrheit.** Was die Abgabenlast betrifft, so ist die Relation noch drastischer. Von den knapp vier Mio. Erwerbstätigen sind rund 1,9 Mio. Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher und zahlen damit weniger Lohnsteuer und Beiträge zur Krankenversicherung als sie an Transferleistungen (ohne Kinderbetreuungsgeld) bekommen. **Das bedeutet, dass sich selbst unter den knapp vier Mio. aktiv Beschäftigten insgesamt mindestens zwei Mio. Nettotransferbezieherinnen und -bezieher befinden.**

Das bedeutet außerdem, **dass auf der Personenebene jede Nettotransferzahlerin, jeder Nettotransferzahler mehr als drei Nettotransferbezieherinnen und -bezieher schultert.** Diese Betrachtungsweise lässt auch interessante Rückschlüsse auf das Wahlverhalten in Österreich ziehen. Bei 6,38 Mio. Wahlberechtigten bei den Nationalratswahlen 2013 und 1,9 Mio. Nettotransferzahlerinnen und -zahlern **schultert eine wahlberechtigte Nettotransferzahlerin bzw. -zahler also mindestens zwei wahlberechtigte Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher.** Bei den eigennützigen Wahlmotiven sind daher die Wünsche nach Transfer- und damit nach Steuererhöhungen gegenüber den Wünschen nach Steuerentlastungen eindeutig in der Mehrzahl.

## Der Mythos von der „Einkommensschere“

Anders als in vielen OECD-Staaten **wird also in Österreich kräftig umverteilt**, sowohl über das Steuersystem, aber vor allem über die Ausgaben und Transfers des Staates. Wir haben die höchste Umverteilungsquote. **Über ein Drittel der verfügbaren Einkommen der Haushalte sind nicht mehr Einkommen aus Arbeit, sondern Einkommen aus Transfers.** Das ist der Spitzenwert aller OECD-Staaten. Der Anteil der Transferleistungen (inkl. Pensionen) an den verfügbaren Einkommen der Haushalte ist mit 36,6 Prozent so hoch wie in keinem anderen OECD-Land. Der OECD-Durchschnittswert liegt bei 22 Prozent.

## Wieviel Prozent des verfügbaren Einkommens der Bevölkerung in den OECD-Staaten besteht aus Sozialtransfers?



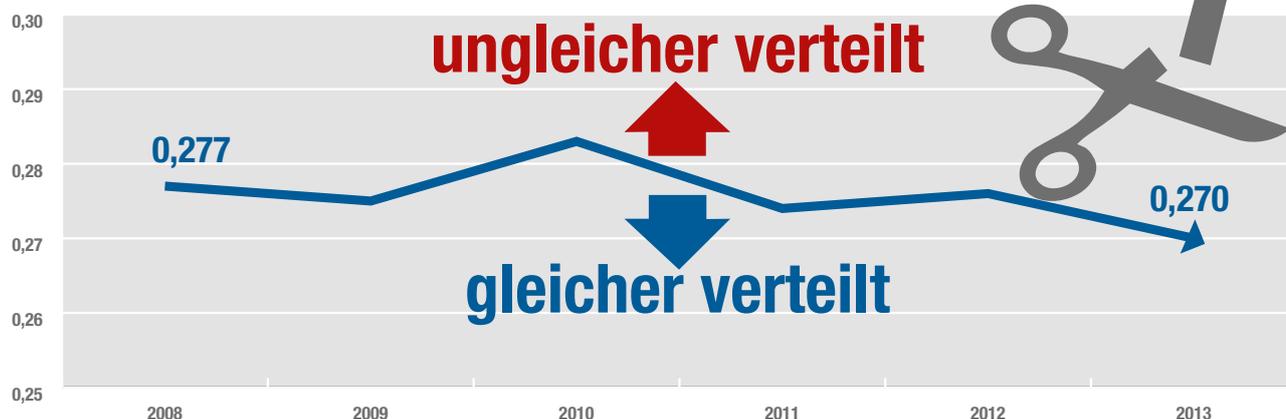
<sup>4</sup> Nicht-Erwerbspersonen können wohlgermerkt auch Leistungsträger für die Gesellschaft sein, auch wenn ihre Leistungen nicht unmittelbar in Geldeinheiten vom Markt vergütet werden.

Dass Reiche immer reicher und Ärmere immer ärmer werden, stimmt in der österreichischen Realität ganz und gar nicht. Denn um das zu messen, zählt logischerweise das verfügbare Einkommen der Haushalte (also nach Steuern und Transfers). Hier fällt das Fazit eindeutig aus: **Es gibt in Österreich keine „auseinanderklaffende“ Einkommensschere bei den real verfügbaren Einkommen der Haushalte.** Der offizielle Wert dafür ist der sogenannte Gini-Koeffizient (je höher, desto ungleicher die Einkommensverteilung, sprich 1 bedeutet „einer hat alles“ und 0 bedeutet „alle haben gleich viel“). Dieser Wert ist in Österreich mit 0,270 einer der niedrigsten der EU-Mitgliedstaaten. Nur Schweden, Niederlande, Finnland und Belgien haben von den „alten Mitgliedstaaten“ noch niedrigere Werte.

**Das wichtigste jedoch:** Seit der Einführung der Vergleichsmessung ist der Wert in Österreich ziemlich konstant geblieben (Schwankungen erfolgten nur aufgrund von Systemumstellungen in den Jahren 2003 und 2008). **Seit 2008 ist er aufgrund der steigenden Transfers sogar eher gesunken.** Es kann also in Österreich keine Rede von einer „Einkommensschere“ sein – viel eher von einer „Umverteilungszange“.

### Die Entwicklung der „Einkommensschere“ in Österreich

(Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen - Äquivalenzeinkommen, Skala 0 bis 1)

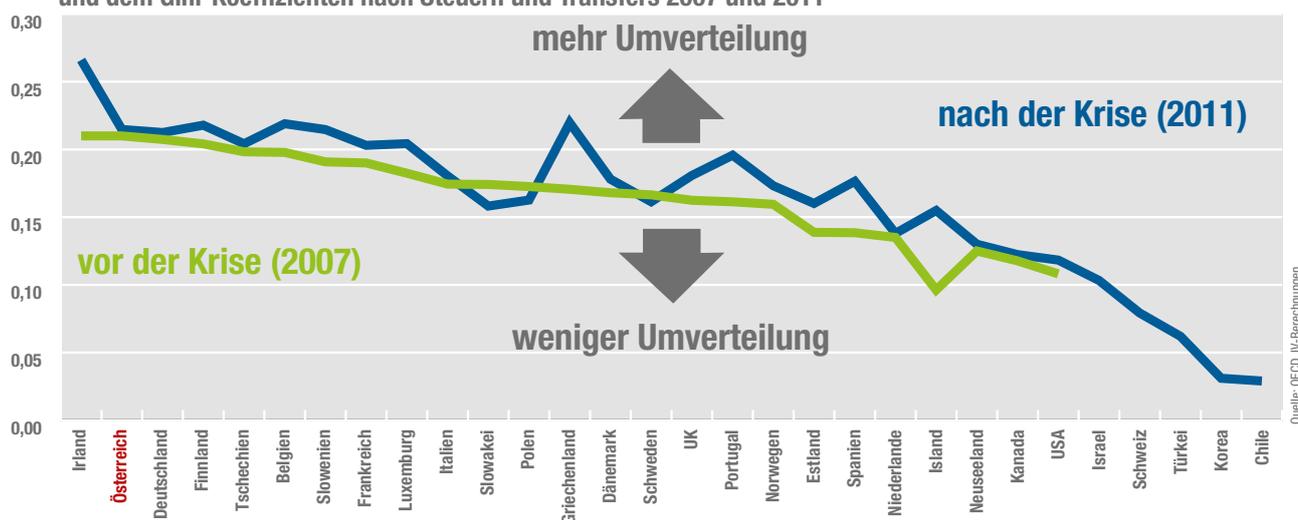


Die Einkommensschere der verfügbaren Haushalteinkommen (also Einkommen nach Steuern und Transfers) ist in Österreich auch deswegen tendenziell gesunken, weil das Transfersystem in Österreich immer stärker umverteilt. Diese Entwicklung kann seriöserweise in allen OECD-Staaten bis 2004 zurückverfolgt werden. In Österreich ist der Grad der Umverteilung seit 2004 konstant gestiegen – und das von einem sehr hohen Niveau aus gesehen.

Noch vor der Krise (2007) hatte Österreich zusammen mit Irland die höchste Umverteilungsquote aller OECD-Staaten. Das lässt sich an der Differenz aus dem Gini-Koeffizienten der Haushaltseinkommen vor und nach den Steuern und Transfers messen. Seit 2007 haben jene Länder, deren private Haushalte besonders unter der Krise gelitten haben, zulasten der Staatsschulden massiv die Transferausgaben erhöhen müssen. Hier müsste Österreich dank günstiger Entwicklung der Haushalteinkommen (trotz Krise) auf nicht so drastische Transfererhöhungen zurückgreifen. Dennoch hatte Österreich 2011 (jüngst verfügbare Daten) noch immer eine der höchsten Umverteilungsquoten weltweit (siehe Grafik unten).

### Umverteilungsquoten in der OECD vor und nach der Krise

Differenz aus dem Gini-Koeffizienten der Haushaltseinkommen vor Steuern und Transfers und dem Gini-Koeffizienten nach Steuern und Transfers 2007 und 2011



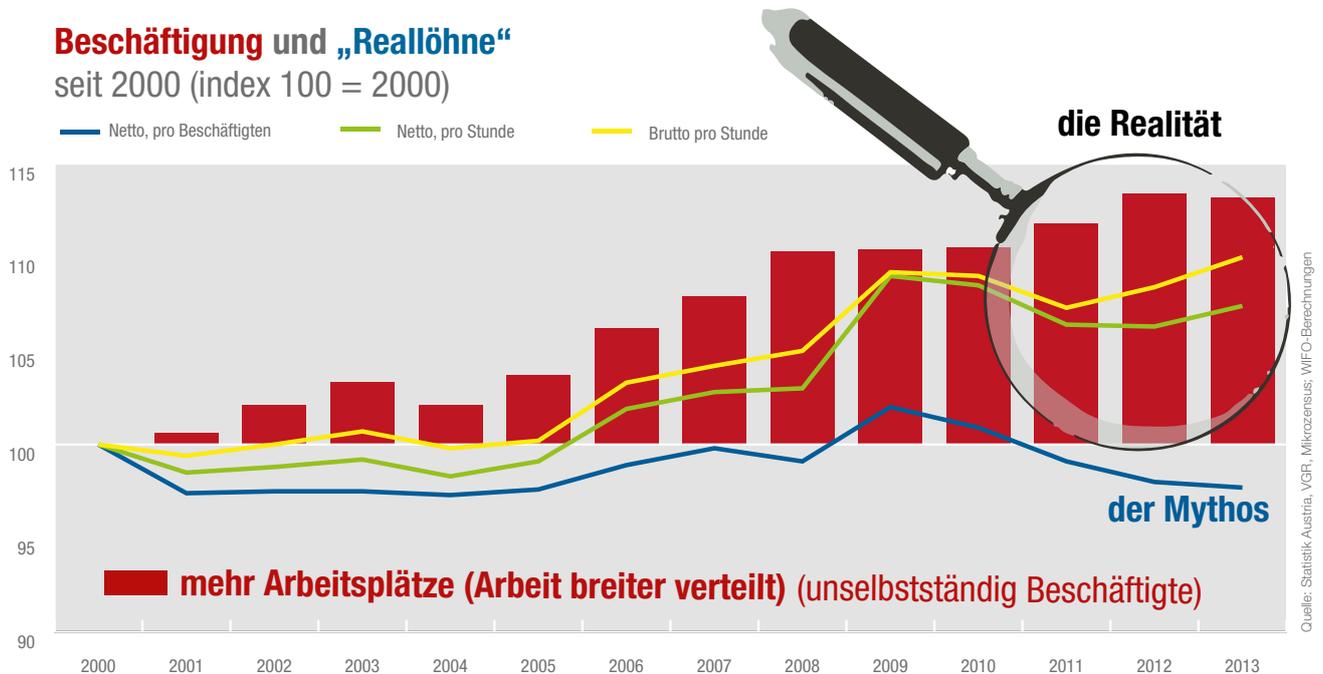
Quelle: OECD, IV-Berechnungen



## Der Mythos der „sinkenden Reallöhne“

An dieser Stelle sollte mit einem weitverbreiteten Missverständnis aufgeräumt werden: Wenn behauptet wird, dass die „Nettoreallöhne sinken“, dann bezieht **man sich nur auf den statistischen Durchschnittslohn oder den Medianlohn**, der u.a. deswegen sinkt, weil sich die Anzahl der Lohneinkommen vergrößert (Beschäftigungszuwachs) und die neuen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eher mit Löhnen unter dem Durchschnitts- bzw. Medianlohn in den Arbeitsmarkt einsteigen.

Auch sind die medial kolportierten Zahlen selten **teilzeitbereinigt**. Vergleicht man die realen (inflationsbereinigten) Arbeitslöhne **pro Stunde**, dann sind diese sehr wohl in den vergangenen Jahren ständig und stetig gestiegen. Brutto um 10 Prozent (gelbe Linie) seit 2000 und netto – trotz kräftiger Steuererhöhungen – noch immer um 7,5 Prozent (grüne Linie).

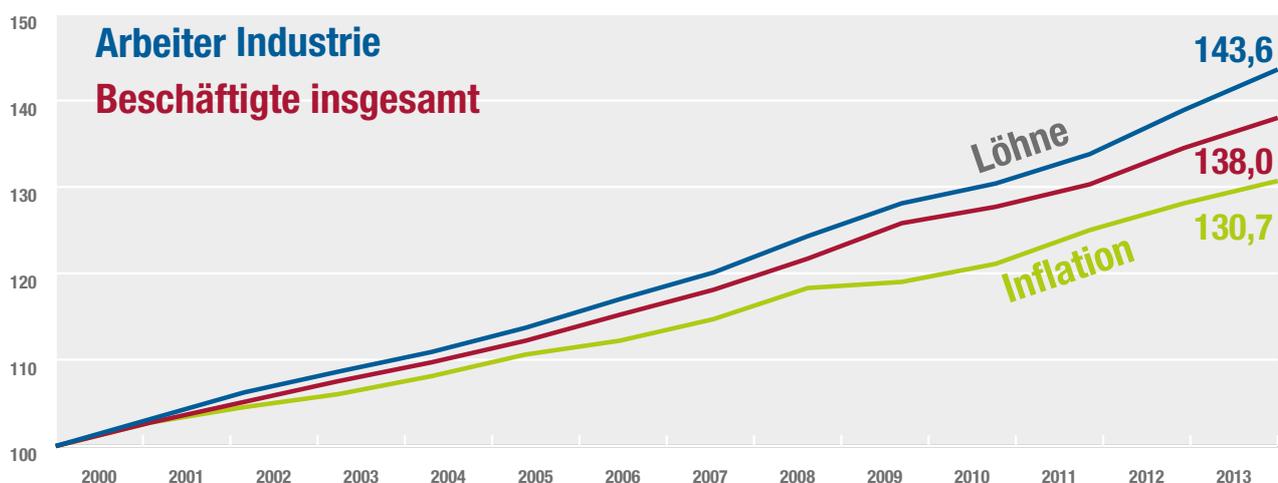


Abgesehen von diesen statistischen „Durchschnitts“- oder „Median“-Werten darf nicht vergessen werden, dass die **Zahl der Jobs insgesamt deutlich gestiegen ist** (um über 13 Prozent seit dem Jahr 2000). Immer mehr Menschen fanden Eingang in den Erwerbsprozess und damit ist der **Arbeitskuchen insgesamt immer breiter verteilt worden**.

Es gibt also mehr Jobs und die Einzelnen haben real keine Lohninbußen erfahren. **Der Praxistest:** Die kollektivvertraglichen Lohnabschlüsse (Mindestlöhne bzw. „Soll-Löhne“) waren, kumuliert betrachtet, immer über der kumulierten Inflationsrate (grüne Linie), wie die nächste Grafik bestätigt. Daher kann keinesfalls von Reallohninbußen für die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Rede sein. **Die kumulierten Reallohneinkommen (d.h. die kumulierten Lohneinkommen im Vergleich zum kumulierten VPI) sind, im Gegenteil, in Österreich ohne Ausnahme ständig gestiegen.** Die Industrie kann sogar auf höhere Lohnabschlüsse verweisen (plus 43,6 Prozent seit 2000) als der Durchschnitt aller Kollektivverträge (plus 38 Prozent seit 2000). Die Inflation ist im gleichen Zeitraum um 30,7 Prozent gestiegen.

## Lohnsteigerungen und Inflation

Tariflohnindex Industriearbeiter und Beschäftigte insgesamt seit 2000 im Vergleich zum VPI



## Der Mythos „Lohnquote“

Ein weiterer Mythos, der das Thema Löhne und Armutsgefährdung verbindet, ist die Debatte um die sogenannte „Lohnquote“. Die sinkende „Lohnquote“ seit Mitte der 80er-Jahre wird gerne als Spiegelbild einer angeblich wachsenden Einkommensschere zwischen Arm und Reich missbraucht, obwohl sie die „funktionale Einkommensverteilung“ (also zwischen „Arbeit“ und „Kapital“) und nicht die Einkommensverteilung unter den Haushalten (zwischen „Arm“ und „Reich“) misst. **Sie ist gänzlich unbrauchbar, um die Einkommensverteilung innerhalb der Haushalte zu beschreiben** (das relevante Maß hierfür ist der Gini-Koeffizient – näheres dazu siehe weiter oben).

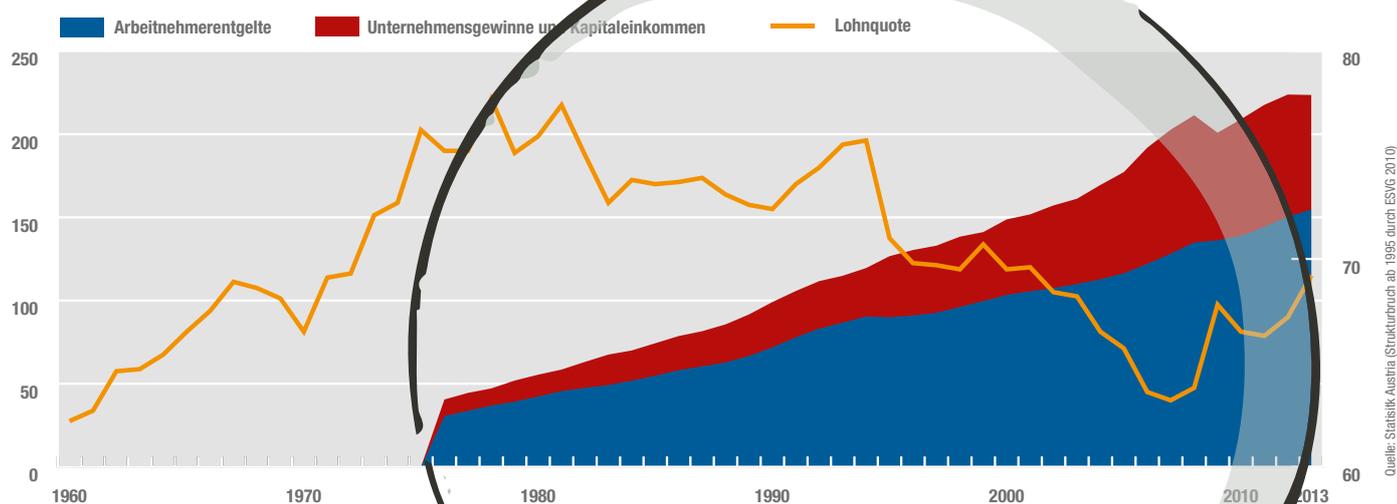
Eine sinkende Lohnquote bedeutet auch **nicht, dass die Löhne zulasten der Unternehmensgewinne sinken**. Die Arbeitnehmerentgelte mittels „Lohnquote“ den Kapitaleinkommen gegenüberzustellen vermittelt das einseitige Bild, dass die Arbeitnehmerentgelte sinken würden. Das ist irreführend. Wichtig ist, dass die Arbeitnehmerentgelte insgesamt steigen (seit dem Jahr 2000 um über 50 Mrd. Euro), genauso wie glücklicherweise die Unternehmensgewinne und Kapitaleinkommen (seit 2000 um 23 Mrd. Euro). Die Wirtschaft ist eben kein Nullsummenspiel, in der Unternehmensgewinne zulasten der Arbeitnehmerentgelte steigen.

Das ständige Auseinanderdividieren von Arbeit und Kapital sind jedenfalls Parolen aus den Klassenkampfzeiten. **Das sollte vorbei sein. Arbeit und Kapital sind kein Nullsummenspiel, sondern beide wichtig, um Wachstum zu generieren.**

Die **Lohnquote** ist außerdem sehr konjunktur reagibel, weil sich in Krisenzeiten der „Lohnanteil“ am Volkseinkommen und in guter Konjunkturlage der „Gewinnanteil“ am Volkseinkommen dynamischer entwickeln. Das liegt daran, dass Unternehmensgewinne deutlich volatiler sind und Nettoinvestitionen aus den Gewinnen erst mit einer Zeitverzögerung neuerlich Gewinne abwerfen, die dann in höhere Löhne übergehen. Dafür sind Arbeitnehmerentgelte krisenresistenter – besonders in Österreich. Der Praxistest: Seit 2008 ist die „Lohnquote“ deutlich gestiegen, was auch damit zu tun hat, dass die Arbeitskosten in Österreich den mit Abstand höchsten Anstieg im Euroraum seit 2008 erfahren haben. Es bleibt zu hoffen, dass die Unternehmensgewinne in naher Zukunft zu dieser Entwicklung aufschließen können.

## Die Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel

Arbeitnehmerentgelte und Unternehmensgewinne absolut (in Mrd. Euro) und in Form der "Lohnquote"



### Unter der Lupe:

Obwohl die „Lohnquote“ sinkt, steigen sowohl **Unternehmensgewinne** als auch **Arbeitnehmerentgelte** in absoluten Zahlen.

Das große Bild zeigt, dass die **Lohnquote** seit Mitte der 80er-Jahre tendenziell nur deshalb im Sinken begriffen ist, weil sie sich **nach einem rasanten Anstieg in den 70er-Jahren** aufgrund von überhöhten Lohnrunden und geringen Unternehmensgewinnen – v.a. von verstaatlichten Unternehmen – wieder **auf ein Maß normalisiert hat**, das für einen dynamischen Wirtschaftsstandort außerhalb der „Insel der Seeligen“ **verträglich ist** (obwohl sie noch immer deutlich über dem Durchschnitt der EU liegt).

## Umverteilungsschere bei den Pensionen

Die Pensionsversicherung soll den Lebensstandard im Alter absichern, unabhängig vom Einkommen und mit einem direkten Bezug zum Aktiveinkommen. Vom Prinzip her sollte also das Pensionssystem nicht umverteilen, denn Umverteilung fand bereits in der Zeit des Aktivbezuges statt. Dieses Prinzip wird aber in der politischen Realität nicht eingehalten und es findet ständig ein schleichernder Abschied vom Versicherungsprinzip statt. In den vergangenen 15 Jahren (1999 bis 2013) wurde die „**Mindestpension**“, der sogenannte „Ausgleichszulagenrichtsatz“, um über 42 Prozent ständig über der Inflation „inflationangepasst“. Die Höchstpensionen (80 Prozent der Höchstbemessungsgrundlage der ASVG) hingegen wurden systematisch von der allgemeinen Pensionsanpassung (teilweise mit Einmalzahlungen) entkoppelt und sind damit im selben Zeitraum nur um 15 Prozent gestiegen. Zusätzlich zur Umverteilung bei den Arbeitseinkommen durch das progressive Steuersystem und die Transferausgaben geht also auch bei den Pensionsbezügen die **Umverteilungsschere zwischen Reich und Arm in Form von schleichend unterschiedlichen Pensionsanpassungen immer weiter auseinander**. Diese gelebte Praxis hat sich vor allem seit der letzten großen Pensionsreform im Jahr 2004 besonders etabliert.

### Schleichende Umverteilungsschere bei Pensionsanpassungen

Jahr	Mindestpension	Höchstpension
1999	100	100
2000	102	101
2001	104	102
2002	106	103
2003	108	104
2004	110	105
2005	112	106
2006	115	107
2007	118	108
2008	122	109
2009	125	110
2010	128	111
2011	132	112
2012	138	113
2013	142,1	115,4

Quellen: BMASK, HV, Berechnungen; Mindestpension = Ausgleichszulagenrichtsatz; Höchstpension = 80% der ASVG-Höchstbemessungsgrundlage

## Soziale Mobilität: Die Karten werden jeden Tag neu gemischt

In der öffentlichen Meinung wird oft missverstanden, dass die Dynamik in der Einkommensverteilung nach Einkommensdezilen (Stichwort „Einkommensschere“) auch über die Einkommensverläufe der einzelnen Haushalte Auskunft gibt. Das ist nicht der Fall. Wenn behauptet wird, dass die „unteren“ zehn Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher weniger Einkommenszuwächse hätten als die oberen (oder sogar reale Einbußen), dann wird de facto **nicht von Haushalten gesprochen, sondern von statisch geformten zehn Prozent** der Gesamtanzahl von Einkommensbezieherinnen und -bezieher.

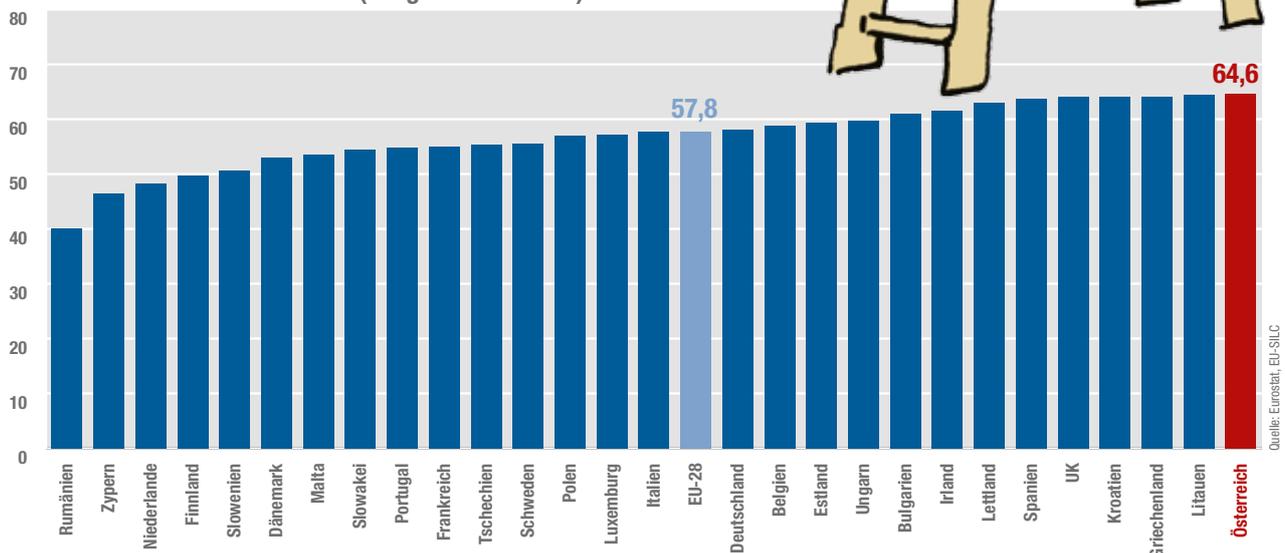
Die Welt ist viel dynamischer als sich das viele kritische Beobachter vorstellen können. Die Karten werden jenen Tag neu gemischt – für Unternehmen genauso wie für Volkswirtschaften und für Individuen. Wir wissen zum Beispiel, dass von den Top 10 der umsatzstärksten **Fortune 500** Unternehmen weltweit aus dem Jahr 1970 heute nur mehr drei in den Top 10 rangieren (Exxon, Chevron, GE). Der Rest wurde von neuen aufstrebenden Unternehmen vor allem aus Asien abgelöst. Auch die großen **Volkswirtschaften** der Welt haben kein Dauerabonnement auf die Top-Plätze. So wird China die USA spätestens im Jahr 2050 als größte Ökonomie und Indien Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft abgelöst haben. Auch bei der **Forbes Liste der 400** reichsten US-Amerikanerinnen und -Amerikaner sind heute nur mehr 9 Prozent der Personen vertreten, die vor 30 Jahren in der Liste waren. Das widerspricht dem oft gebrachten Bild, dass man von „den oberen zehn“ oder den „oberen“ bzw. „unteren zehn Prozent“ als fixe Größe sprechen kann.

Was die privaten Haushalte in Österreich betrifft, so ist die soziale Mobilität bei den Einkommen besonders dynamisch. EU-weit weist Österreich bei den Haushalteinkommen den höchsten „**Mobilitätswert**“ auf. **Im Durchschnitt wandern in Österreich innerhalb eines Jahres fast zwei Drittel der Haushalte in ein anderes Einkommensdezil.** Sie steigen in der Einkommenshierarchie also entweder auf oder ab. **Wir haben also im EU-Vergleich die höchste soziale Mobilität.**



### Einkommensmobilität der privaten Haushalte

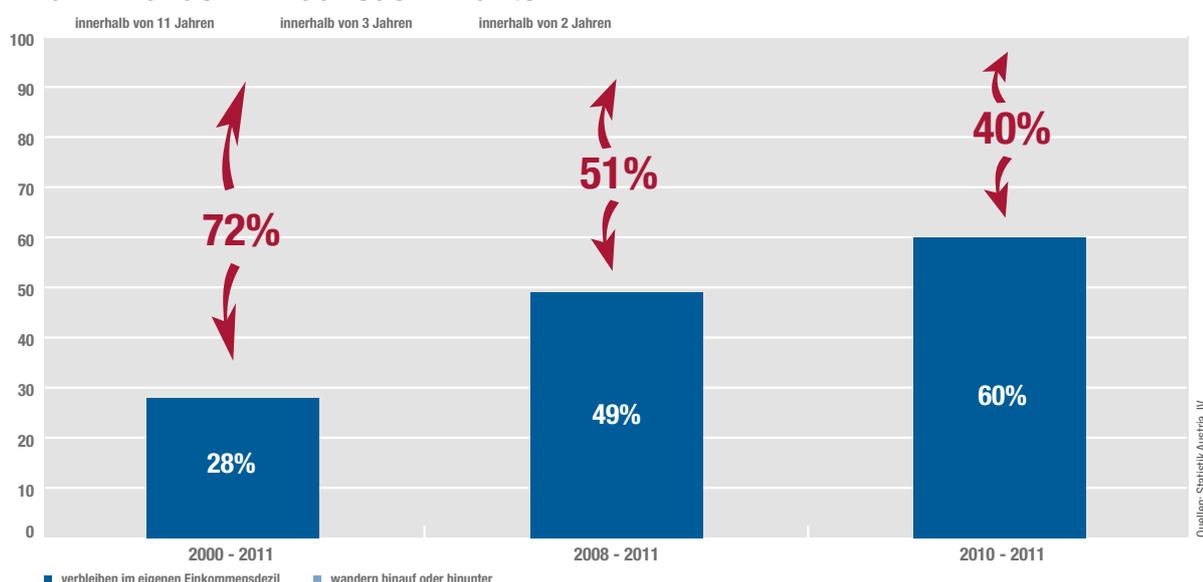
Wieviel Prozent der Haushalte wandern 2011 innerhalb eines Jahres aus ihrem Einkommensdezil (stiegen auf oder ab)?



Diese Dynamik lässt sich auch **beim Einkommensverlauf von Millionen konkreten Einzelpersonen** feststellen. Anhand von personenbezogenen Kennzahlen wurde nun in der Lohnsteuerstatistik verfolgt, welcher Anteil der Personen, die sich im Jahr 2000 in dem jeweiligen Einkommensdezil befinden, auch im Jahr 2011 dort verharret sind. Gleiches wurde für die Jahre 2008 bis 2011 (Dynamik innerhalb von drei Jahren) und 2010 bis 2011 (Dynamik innerhalb eines Jahres) unternommen.

Das Ergebnis ist erstaunlich: **Innerhalb von elf Jahren** (2000 bis 2011) verharrten **nur** etwas mehr **als ein Viertel** (28 Prozent) **im selben Einkommensdezil**. Innerhalb von drei Jahren nur knapp die Hälfte (49 Prozent) und sogar innerhalb von zwei Jahren nur 60 Prozent. Der Rest steigt auf oder ab. **Für Dynamik in der Einkommenshierarchie ist also gesorgt**. In den mittleren Dezilen (4., 5., 6. und 7. Dezil) bleiben überhaupt nur ein Fünftel der Personen (19 bis 22 Prozent) verharret.

### So viele Beschäftigte verbleiben im eigenen Einkommensdezil bzw. wandern hinauf oder hinunter



Angesichts dieser Zahlen muss der „Mythos Einkommensschere“ in Österreich neu überdacht werden. Es stellt sich die berechnete Frage, welche Aussagekraft Einkommensverteilungsvergleiche im herkömmlichen Sinn (z.B. zwischen den „oberen zehn Prozent“ und den „unteren zehn Prozent“) haben. Es **sagt jedenfalls kaum etwas darüber aus, wie sich die Einkommen der einzelnen Haushalte im Zeitverlauf (auch in Bezug zu anderen Haushalten) entwickelt haben**. Statistiken können eben trügerisch sein.



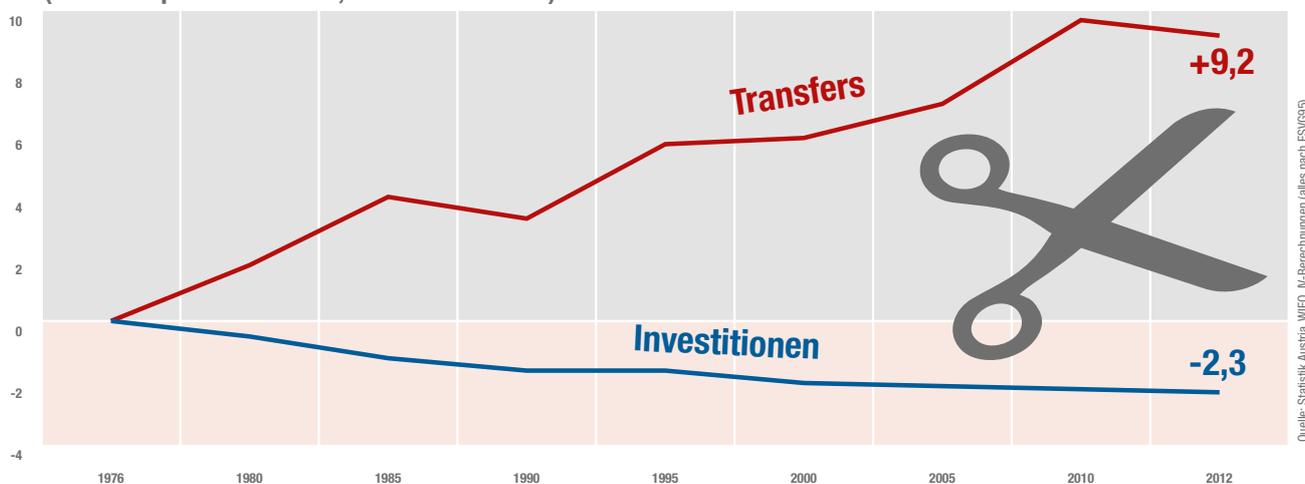
## Umverteilungsschere bei den Staatsschulden

Eine viel besorgniserregendere „Schere“ als die fiktive Einkommensschere ist die immer weiter auseinandergehende Schere zwischen den Umverteilungsausgaben und Zukunftsausgaben in Österreich. Wir befinden uns aktuell in einer Schuldenkrise, weil wir in einer Transfersgesellschaft leben. Die Transfers wurden in den vergangenen Jahrzehnten auf Pump finanziert und haben die Zukunftsausgaben des Staates zurückgedrängt. Die Ausgaben des Staates (Bund, Länder und Gemeinden) haben sich seit der Schuldenpolitik Anfang der 70er-Jahre stark zugunsten der Transfers und zuungunsten der Investitionen entwickelt.

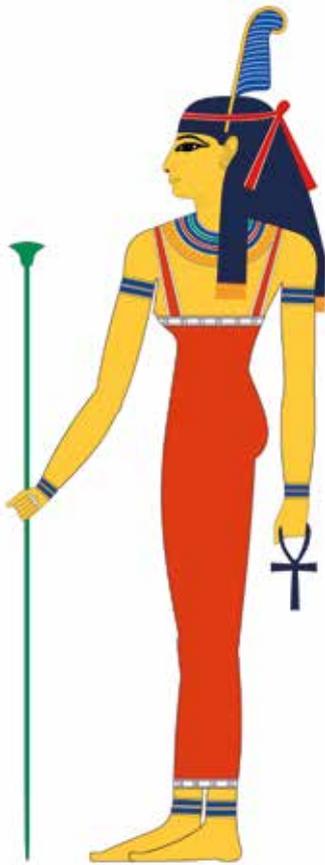
Die öffentlichen Ausgaben für Investitionen sind (inklusive der Beiträge der ausgegliederten Einheiten wie ÖBB, ASFINAG, BIG und Gemeindebetriebe) seit 1976 um über zwei Prozentpunkte des BIP zurückgegangen und haben sich damit fast halbiert. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben für Transfers (Sozialausgaben und Subventionen) im gleichen Zeitraum um über neun Prozentpunkte des BIP gestiegen. Die Staatsausgaben haben sich also schrittweise von investiven, produktiven Ausgaben (sogenannten „Zukunftsausgaben“) schwerpunktmäßig in Richtung unproduktiver Umverteilungsausgaben entwickelt. Es kann also keineswegs davon die Rede sein, dass die Staatsschulden frei nach dem Keynesianismus in den vergangenen 40 Jahren wachstumswirkend eingesetzt wurden.

### Veränderung der Staatsausgaben

(in Prozentpunkten des BIP; indexiert 0 = 1976)



## Ist Österreich gerecht?



In der ägyptischen Mythologie steht die Göttin Maat für Gerechtigkeit. Damit ist auch das Prinzip der Ausgewogenheit gemeint. Alles, was ist, lebt und geschaffen wurde, gründet auf Maat. Alle Kräfte müssen richtig ausgewogen sein, damit die Welt bestehen kann. Das ist für die Ägypter gleichbedeutend mit dem Führen eines gemeinschaftlichen Lebens in einer funktionierenden gesellschaftlichen Ordnung.

Gerechtigkeit als moralische Zielwertvorstellung für den Aufbau einer Gesellschaft ist durchaus spannend, aber muss mit Vorsicht und mit einer Ausgewogenheit durchgeführt werden. Leider wird der Begriff oft nur einseitig verwendet und nur auf die „Verteilungsgerechtigkeit“ und die Gleichstellung reduziert. Dabei umfasst er wesentlich mehr Dimensionen – von der Bedarfsgerechtigkeit und der Chancengerechtigkeit bis hin zur Leistungsgerechtigkeit, Regelgerechtigkeit oder zur Generationengerechtigkeit. Zur Chancengerechtigkeit gehört übrigens auch die „Bildungsgerechtigkeit“, die in Österreich aufgrund der geringen Bildungsmobilität vor allem im Sekundarbereich eine viel größere Herausforderung darstellt als z.B. die Verteilungsgerechtigkeit.

Um nun zu bestimmen, ob in Österreich ein Gerechtigkeitsdefizit herrscht oder nicht, muss man alle Dimensionen der Gerechtigkeit beleuchten. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln hat diese Aufgabe mit dem „**Internationalen Gerechtigkeitsmonitor 2013**“ durchgeführt. Nach einer umfassenden Berücksichtigung vieler Kriterien ist Norwegen unter den 28 untersuchten Staaten das gerechteste Land vor Schweden, Dänemark und Neuseeland. Österreich liegt insgesamt an fünfter Stelle noch vor all seinen Nachbarn. Schlusslichter sind ärmere Länder wie die Türkei, Rumänien und Griechenland. Auch die USA und Italien schneiden schlecht ab.



Interessant ist, dass Österreich bei der Bewertung der Bedarfsgerechtigkeit, also ob die Grundbedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder gedeckt sind, sogar an zweiter Stelle liegt, und bei der Leistungsgerechtigkeit (inwieweit Leistung honoriert wird) nur im guten Mittelfeld.

Auch ein weiterer Aspekt von Gerechtigkeit wird nur sehr selten betrachtet: jene zwischen dem **geschützten Bereich und dem ungeschützten Bereich**. Hier geht es nicht um die Höhe des Einkommens oder die Deckung des Bedarfs, sondern um das Risiko des Lebensunterhalts. Abseits den oben genannten Dimensionen von Gerechtigkeit kommt vor allem in Krisenzeiten besonders zu tragen, ob der Lebensunterhalt einem Risiko ausgesetzt ist oder nicht. Bei der **Versorgung durch den Staat** und den Risiken des Jobverlustes **ist die Gesellschaft in Österreich zutiefst gespalten**: Den knapp 3,42 Mio. unselbstständig und selbstständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft stehen ziemlich genau 3,42 Mio. Menschen gegenüber, **die ihren Lebensunterhalt vom Staat erhalten** (Beschäftigte im öffentlichen Dienst inkl. deren ausgegliederte Unternehmen und alle, die überwiegend von Transfergeldern des Staates leben).

Dieser „Schutzschirm des Staates“ ist ein wesentlicher Aspekt der Umverteilung, der oft unerkannt bleibt. Einkommenssicherheit durch die öffentliche Hand ist ein Privileg, das nicht allen zugutekommt. Sie hat aber auch einen hohen Preis, der wiederum von allen gezahlt werden muss.

## Gespaltene Gesellschaft durch Schutzschirm des Staates in Österreich (in Tausend) 2013

**3,42 Mio erhalten ihr Geld nicht vom Staat**

**3,42 Mio erhalten ihr Geld vom Staat**



Arbeiter und Angestellte in der Privatwirtschaft  
**2.870**



Selbstständige und freie Dienstnehmer  
**550**



Beschäftigte im öffentlichen Dienst  
(inkl. Staatsbetriebe und ausgegliederte Unternehmen)  
**550**



Pensionsbezieher  
**2.300**



Kinderbetreuungsgeldbezieher, Präsenzdienstler  
**150**



Empfänger von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe  
**290**

Bedarfsorientierte Mindestsicherung (Bedarfsgemeinschaften)  
**130**

Quelle: Statistik Austria/Eurostat/Sozialpartner/LAS/IV  
© Hans-Joachim Lauth und Statista

# AUSBLICK

## Wohlstand lässt sich nicht konservieren

Es geht uns gut in Österreich – viele Indikatoren deuten darauf hin. Unsere Lebenserwartung steigt seit Jahrzehnten jedes Jahr um drei Monate, wir haben das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen, die zweithöchsten Konsumausgaben und die zweitniedrigste Arbeitslosenrate der EU.

Aber die Zeiten, sich auf den Lorbeeren der vergangenen Jahre auszuruhen, sind in Österreich endgültig vorbei. Wir müssen erkennen, dass wir uns diesen Wohlstand teuer erkaufte haben. Wir haben heute die sechsthöchste Steuer- und Abgabenquote, die sechsthöchste Staatsquote weltweit und unsere Staatsschulden liegen bei fast 280 Prozent des BIP, wenn man alle vom Staat eingegangenen Verpflichtungen an die noch lebenden und die zukünftigen Generationen hinzurechnet.

Gut möglich, dass es uns schon zu gut geht. Wohlstand lässt sich nicht konservieren, sondern muss jeden Tag wieder aufs Neue erwirtschaftet werden. Unsere Herausforderung in den kommenden Jahren wird nicht sein, wie wir unseren Wohlstand in Österreich noch „gerechter“ verteilen, sondern wie wir ihn überhaupt erst wieder erwirtschaften können.

Die OECD hat berechnet, dass unser langfristiges Wachstumspotenzial mit 1,4 Prozent real pro Jahr das drittniedrigste aller untersuchten Staaten ist. Wir haben zu wenig zukünftige Erwerbspersonen und Fachkräfte und zu wenig Investitionsanreize, um unsere Wachstumsraten so anzuheben, dass wir wieder an vergangene Wachstumsraten von real weit über 2 Prozent pro Jahr anknüpfen können.

## Vom Wachstumswunder zum Stillstand?

BIP-Potenzial Wachstum (real, gefiltert) in Österreich seit 1955

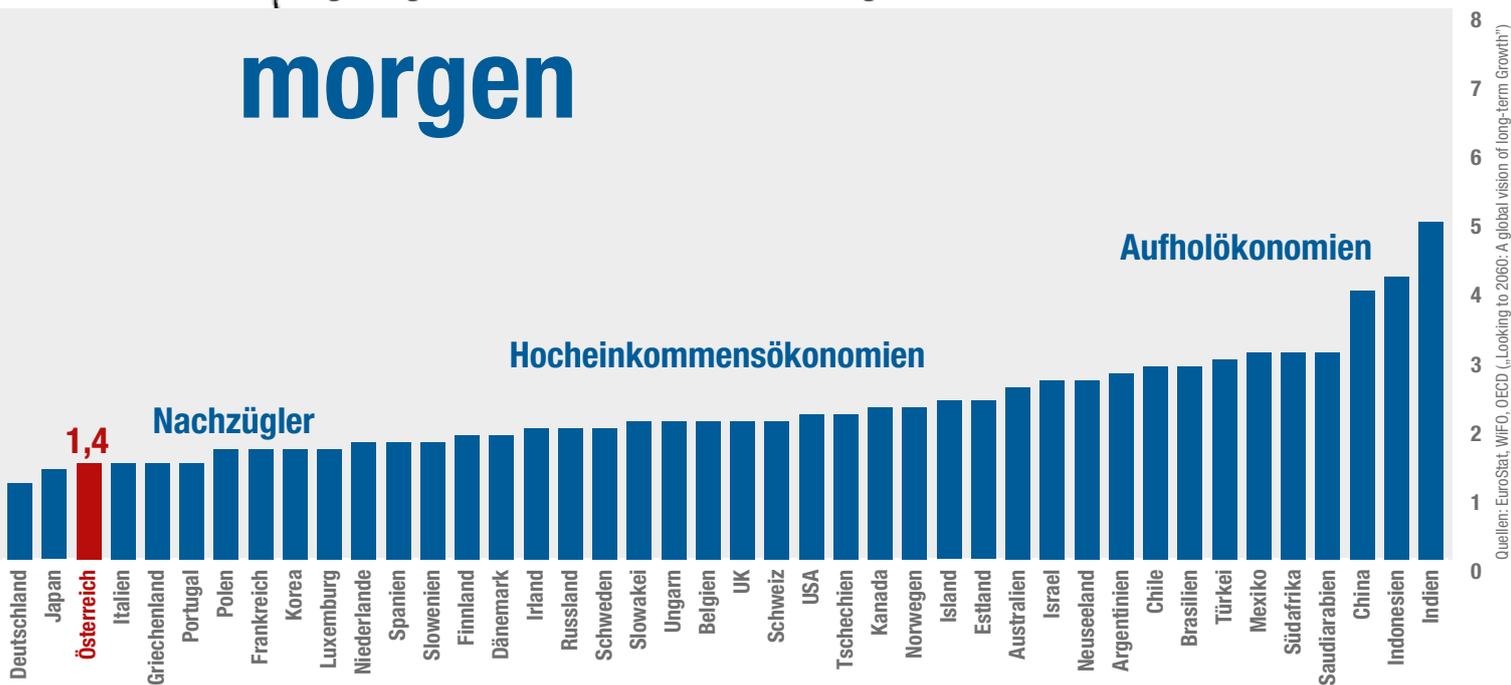




## Österreich als Wachstumsnachzügler der Zukunft?

Langfristiges Potenzialwachstum der wichtigsten Volkswirtschaften bis 2060 laut OECD

# morgen



Quellen: EuroStat, WIFO, OECD („Looking to 2060: A global vision of long-term growth“)

Wohlstand lässt sich nicht konservieren

# „Arbeitsfroh“ heute

Dienstag 25. November 2014. KURIER. GESUNDHEIT. **Lebensart** 19

## Eine Million durch Arbeit beeinträchtigt

Umfrage: Acht von zehn Österreichern sind laut Statistik Austria im Job gesundheitsgefährdet. Die Zahl hat deutlich zugenommen

**GESUNDHEIT AM ARBEITSPLATZ**

Acht von zehn Österreichern sind am Arbeitsplatz gesundheitlichen Risikofaktoren ausgesetzt

**73,3%** SIND ZUMINDEST EINEN KÖRPERLICHEN RISIKOFAKTOR AUSGESETZT

Die drei häufigsten körperlichen Risikofaktoren:

- Arbeiten, bei denen eine starke Anstrengung der Augen notwendig ist: 35%
- Handieren mit schweren Lasten: 27,1%
- Schwerer Arbeitshaltungen, schwierige Bewegungsabläufe: 26,9%

**40,3%** SIND ZUMINDEST EINEM PSYCHISCHEN RISIKOFAKTOR AUSGESETZT

Die drei häufigsten psychischen Risikofaktoren:

- Starker Zeitdruck, Arbeitsüberlastung: 38,3%
- Gewalt oder die Annäherung von Gewalt: 3,5%
- Belästigung oder Mobbing: 3,4%

**1 Mio. ÖSTERREICHER HABEN BEREITS EIN ARBEITSBEZOGENES GESUNDHEITSPROBLEM** davon ...

- 19% Nacken, Schulter, Arme, Hände
- 16,3% Hüften, Beine, Füße
- 32,2% Rücken

„Kurier“ 25. November 2014

KURIER | MONDSTAG, 12. APRIL 2012

## 3,3 Milliarden Euro Kosten Teurer Stress am Arbeitsplatz

Wieso Arbeit psychisch krank macht

Wirtschaftsministerin Barbara Leiner. Im Rahmen dieser Entwicklung hat sich auch die Zahl derjenigen verdoppelt, die unter Stress, Depressionen, Angstzuständen leiden, Kopfschmerzen und Überanstrengung der Augen als schwerste arbeitsbedingte Gesundheitsprobleme angegeben. Ein Drittel der Betroffenen sind behindert. Bei den arbeitsbedingten Nacken- und Schulterschmerzen gaben einen Anteil von einem Drittel an.

„Die psychische Gesundheit werde immer als individuelles Problem gesehen, so Bernhard Achitz, Leitender OGB-Sekretär. Vor allem Rückenbeschwerden und psychische Probleme gingen oft vom Arbeitsplatz aus.“

„Die psychische Gesundheit werde immer als individuelles Problem gesehen, so Bernhard Achitz, Leitender OGB-Sekretär. Vor allem Rückenbeschwerden und psychische Probleme gingen oft vom Arbeitsplatz aus.“

„Die psychische Gesundheit werde immer als individuelles Problem gesehen, so Bernhard Achitz, Leitender OGB-Sekretär. Vor allem Rückenbeschwerden und psychische Probleme gingen oft vom Arbeitsplatz aus.“

„Kurier“ 12. April 2012

**Jeder Vierte leidet im Büro: Stress im Job macht eine Million krank**

ALARM: Am meisten geht Stress auf den Rücken & die Psyche. 5.4

„Österreich“ 25. November 2014

ECONOMIST 17

## Arbeit macht viele Österreicher krank

Spandable Senkoren retten Westmachten

Die Österreicher sind laut Statistik Austria im Jahr 2013 im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern am meisten durch Stress am Arbeitsplatz krank geworden. Die Zahl der Betroffenen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Österreicher sind laut Statistik Austria im Jahr 2013 im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern am meisten durch Stress am Arbeitsplatz krank geworden. Die Zahl der Betroffenen ist in den letzten Jahren stark gestiegen.

„Die Presse“ 25. November 2014

**Jeder Dritte leidet in seinem Job: 31% macht Arbeit krank**

20 Tage im Jahr ist jeder österreichische Arbeitnehmer im Schnitt krank. Jedes Dritte ist psychisch krank. Jedes Dritte ist psychisch krank.

„Österreich“ 12. April 2012

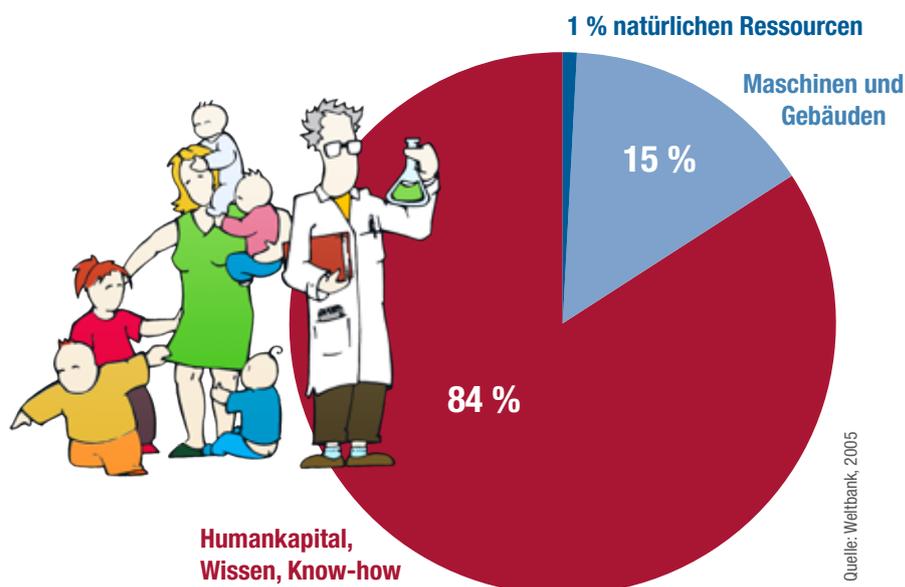
# Arbeitsfroh im Jahr 1947

*Mutig in die neuen Zeiten,  
Frei und gläubig sieh uns schreiten,  
Arbeitsfroh und hoffnungsreich.  
Einig lass in Brüderchören,  
Vaterland, dir Treue schwören.  
Vielgeliebtes Österreich*

Österreichische Bundeshymne, 3. Strophe; 1947

Hier schließt sich der Kreis mit der ersten Grafik dieser Broschüre. **Erinnern wir uns daran: Unser größtes Kapital ist der Leistungswille, die Kreativität und die Innovationskraft der Menschen im Land.** Diese Ressourcen gilt es in Zukunft wieder zu beleben, um den Wohlstand im Land auch für die Zukunft abzusichern. Dazu gehört eine Reduktion der Abgabenlast ebenso, wie ein modernes und effizientes Bildungs- und Verwaltungswesen, ein weltoffenes Klima abseits von Neid und Missgunst, und nachhaltig sanierte öffentliche Finanzen als Versicherungsprämie für die Zukunft.

## DER REICHTUM ÖSTERREICHS BESTEHT AUS ...



## ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN FAKTEN

### ■ **Wir haben uns unseren Wohlstand teuer erkauft**

Es geht uns gut in Österreich. Unsere Lebenserwartung steigt seit Jahrzehnten jedes Jahr um drei Monate, wir haben das zweithöchste Pro-Kopf-Einkommen, die zweithöchsten Konsumausgaben und die zweitniedrigste Arbeitslosenrate der EU. Aber wir haben uns diesen Wohlstand mit der sechstöchsten Steuer- und Abgabenquote, der sechstöchsten Staatsquote weltweit und Staatsschulden von fast 280 Prozent des BIP, wenn man alle zukünftigen Verpflichtungen an die noch lebenden und die zukünftigen Generationen hinzurechnet, teuer erkauft.

### ■ **Der Wohlstand lässt sich nicht konservieren**

Er muss jeden Tag wieder aufs Neue erwirtschaftet werden. Unsere Herausforderung in den kommenden Jahren wird nicht sein, wie wir unseren Wohlstand in Österreich noch „gerechter“ verteilen, sondern wie wir ihn überhaupt erst wieder erwirtschaften können. Unser langfristiges Wachstumspotenzial ist mit 1,4 Prozent real pro Jahr weltweit das drittniedrigste. Wir haben zu wenig zukünftige Erwerbspersonen und Fachkräfte und zu wenig Investitionsanreize um unsere Wachstumsraten so anzuheben, dass wir wieder an vergangene Wachstumsraten von real weit über 2 Prozent pro Jahr anknüpfen können.

### ■ **Österreichs Haushalte sind bei der Geldvermögensbildung im Schlussfeld**

Das Nettovermögen der privaten Haushalte beträgt in Österreich knapp 119 Prozent des BIP. Das ist im internationalen Vergleich ein sehr geringer Wert. Fast alle anderen OECD-Staaten weisen höhere private Geldvermögen und stärkere Zuwächse der Vermögen auf.

### ■ **Die Ungleichverteilung der Vermögen**

**ist ein Spiegelbild von 70 Jahren ohne Krieg und Enteignungen (etwa durch Hyperinflation) und eines Sozialstaates**, der privates Vorsorgen kompensiert. Nicht die „Reichen“ in Österreich sind zu reich, sondern die einkommensärmeren Haushalte haben durch die staatliche Pensionsvorsorge, Krankenversicherung, Bildungsleistungen und die Wohnbauförderung weniger Notwendigkeit zur Vermögensbildung und damit zur Konsumzurückhaltung.

### ■ **Die Vermögen werden nicht zu gering besteuert**

Wenn man alle „vermögensbezogenen Steuern“ zusammenzählt (Kapitalertragsteuer, Bankenabgabe, Grundsteuern, Grundverkehrssteuern, Immobilienertragsteuer etc.) haben wir in Österreich derzeit ein Aufkommen von 7,7 Mrd. Euro (bzw. 5,6 Prozent aller Steuern und Abgaben). Rechnet man noch die Gemeindegebühren mit ein, die in Österreich getrennt von der Grundsteuer erhoben werden (Müll-, Wasser-, Kanalgebühren etc.), so kommt man auf ein Aufkommen, das nicht wesentlich von den anderen OECD-Staaten abweicht.

## ■ Die „Reichen“ zahlen genug Steuern

Die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Österreich zahlen pro Haushaltsmitglied 22.500 Euro jährlich an Lohn- und Einkommensteuer und 5.200 Euro an Kapitalertrag- und Mehrwertsteuer. Die untersten zehn Prozent zahlen gerade einmal 27 Euro pro Jahr (!) an Lohn- und Einkommensteuer und knapp 2.100 Euro pro Jahr an Kapitalertrag- und Mehrwertsteuer.

## ■ Die Unternehmen zahlen mehr Abgaben als nur die Gewinnsteuern

Es wird gerne vergessen, dass Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer nicht nur Gewinnsteuern (11,6 Mrd. Euro) abführen, sondern auch Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Lohnsummenabgaben (22,3 Mrd.), Energieabgaben (3 Mrd. Euro) und andere Gebühren wie die LKW-Maut oder die Ökostromabgaben (4 Mrd. Euro). In Summe leisten die österreichischen Unternehmen über 41 Mrd. Euro an Steuer- und Zwangsabgaben. Insgesamt ist die Gesamtsteuerlast der Unternehmen in Österreich mit 52,4 Prozent des Gewinns die fünfthöchste der EU.

## ■ Managergehälter sind nicht überhöht

Managerinnen und Manager der obersten Führungsetagen (Vorstände) verdienen das 4,3-Fache des tatsächlichen Medianeinkommens in Österreich; Managerinnen und Manager der zweiten Führungsebene das 2,9-Fache und Managerinnen und Manager der dritten Führungsebene „nur“ das 2,0-Fache. Dass die Vorstände angeblich das 49-Fache eines Durchschnittseinkommens bekommen, entspricht nicht einmal der Gehaltswirklichkeit der österreichischen Top-Führungskräfte.

## ■ Österreich ist ein Musterland der Armutsbekämpfung in Europa

Der Anteil der „von Armut oder Ausgrenzung bedrohten Bevölkerungsgruppe“ laut „Europa 2020-Zieldefinition“ hat den sechsniedrigsten Wert aller EU-Mitgliedstaaten und auch in allen drei offiziellen EU-Subkategorien („Armutgefährdung“, „Materielle Deprivation“, „Erwerbsferne Haushalte“) liegt Österreich unter den positiven Top-Sechs der EU.

## ■ Die Zahl der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Personen sinkt in Österreich

Seit dem Krisenjahr 2008 sind außerdem in Österreich 127.000 Personen weniger armuts- und ausgrenzungsgefährdet. Damit hat Österreich sein von der EU-vorgegebenes Ziel bis 2020 (Reduktion um 235.000 Personen) schon zur Hälfte erreicht, obwohl das Ziel für ein Land mit einer sehr geringen Armutsquote sehr hoch gesteckt wurde.

## ■ Die Zahl der „absolut Armen“ in Österreich ist seit der Krise um die Hälfte gesunken

Derzeit gelten 4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung bzw. 355.000 Personen in Österreich als erheblich materiell depriviert. Der EU-Durchschnitt liegt bei zehn Prozent. Im Jahr 2008 lag sie in Österreich noch bei 6,4 Prozent der Bevölkerung bzw. 524.000 Personen.

## ■ **Österreich hat die dritthöchsten Sozialausgaben der EU**

Pro Kopf der Bevölkerung werden in Österreich jedes Jahr staatliche Sozialschutzausgaben in der Höhe von 9.380 Euro ausgegeben. Das sind Ausgaben für Altersversorgung, Krankheit, Invalidität, Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen und soziale Ausgrenzung. Selbst kaufkraftbereinigt liegt Österreich damit mit 8.875 Euro auf Platz drei der EU. Der EU-Schnitt liegt fast 1.900 Euro pro Kopf und Jahr unter dem österreichischen Wert.

## ■ **Österreich ist Transferweltmeister**

Über ein Drittel der verfügbaren Einkommen der Haushalte sind nicht mehr Einkommen aus Arbeit, sondern Einkommen aus Transfers. Das ist der Spitzenwert aller OECD-Staaten. Der Anteil der Transferleistungen (inkl. Pensionen) an den verfügbaren Einkommen der Haushalte ist mit 36,6 Prozent so hoch wie in keinem anderen OECD-Land. Der OECD-Durchschnittswert liegt bei 22 Prozent.

## ■ **In Österreich wir immer stärker umverteilt**

Die Umverteilung zwischen Steuerzahlerinnen, Steuerzahlern und Transferempfängerinnen, Transferempfängern hat rasant zugenommen. Heute beansprucht die öffentliche Hand in Österreich über 43 Prozent der gesamten heimischen Wirtschaftsleistung in Form von Steuern und Abgaben. In der Nachkriegszeit waren es noch unter 29 Prozent. Über zwei Drittel der Steuerleistung fließt heute in soziale Transfers. In der Nachkriegszeit lag diese Relation noch bei der Hälfte.

## ■ **Die „Einkommensschere“ wird in Wirklichkeit zur „Umverteilungszange“.**

Bei den real verfügbaren Einkommen der Haushalte – also den Einkommen nach dem Umverteilungsprozess – ist der „Gini-Koeffizient“ nicht nur seit Jahren rückläufig (immer gleichmäßigere Verteilung), sondern auch im EU-Spitzenfeld. Bei den Einkommen inklusive sozialer Transfers geht also die vielzitierte „Einkommensschere“ nicht auseinander, sondern sie wird durch das großzügige Umverteilungssystem sogar eine „Umverteilungszange“.

## ■ **Es gibt keine „Einkommensschere“ sondern vielmehr eine „Belastungsschere“**

Trotz „Steuerreformen“ in den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Progressionsgrad der Lohn- und Einkommensteuer nicht verringert, sondern sogar wesentlich erhöht. Der Steuersatz bei den hohen Einkommen (4.440 Euro brutto pro Monat) ist seit 1975 um 3,7 Prozentpunkte des Brutto-Jahreseinkommens gestiegen. Bei den niedrigen Einkommen (1.190 Euro brutto pro Monat) hingegen ist er sogar um 1,76 Prozentpunkte gesunken.

- **Jeder „reiche“ Haushalt finanziert über das Transfersystem zwei „arme“ Haushalte**

Über die Umverteilung im Steuer- und Transfersystem zahlen damit alle Nettotransferzahlerinnen und -zahler im Durchschnitt 2,3 mal mehr in das System ein, als alle Nettotransferbezieherinnen und -bezieher im Durchschnitt bekommen. Das bedeutet, dass eine Nettotransferzahlerin, ein Nettotransferzahler die Transfers von zwei Nettotransferbezieherinnen oder -beziehern finanziert bzw. schultert.

- **Auf der Personenebene schultert jede Nettotransferzahlerin, jeder Nettotransferzahler mehr als drei Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher in Österreich**

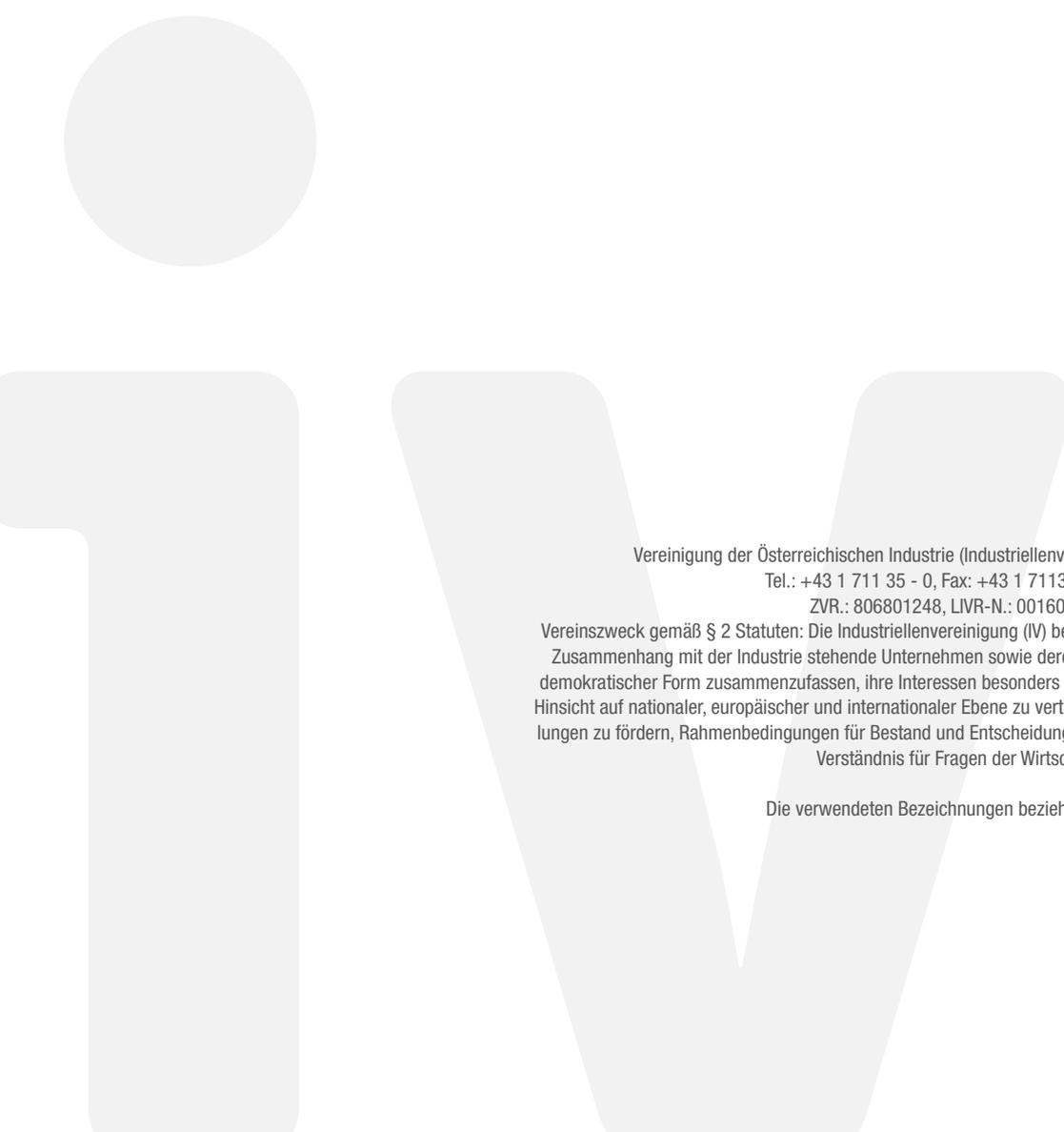
Von den knapp 8,4 Mio. Österreicherinnen und Österreicher sind rund 1,9 Mio. Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher und zahlen damit weniger Lohnsteuer und Beiträge zur Krankenversicherung als sie an Transferleistungen (ohne Kinderbetreuungsgeld) bekommen. Das bedeutet, dass auf der Personenebene jede Nettotransferzahlerin bzw. -zahler mehr als drei Nettotransferbezieherinnen bzw. -bezieher schultert.

- **Österreich hat EU-weit die größte soziale Mobilität**

Die soziale Mobilität bei den Einkommen ist in Österreich dynamischer als man es gemeinhin annehmen würde. EU-weit weist Österreich bei den Haushalteinkommen den höchsten „Mobilitätswert“ auf. Im Durchschnitt wandern in Österreich innerhalb eines Jahres fast zwei Drittel der Haushalte in ein anderes Einkommensdezil. Sie steigen in der Einkommenshierarchie also EU-weit am raschesten entweder auf oder ab. Die Karten werden also besonders in Österreich jeden Tag neu gemischt.

# NOTIZEN





## IMPRESSUM

Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien,  
Tel.: +43 1 711 35 - 0, Fax: +43 1 71135 - 2910, info@iv-newsroom.at, www.iv-net.at  
ZVR.: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06

Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen, ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter gleichermaßen.

Für den Inhalt verantwortlich:  
Dr. Clemens Wallner

Illustration: Stefan Pommer  
Grafik: Matthias Penz

Wien, im Dezember 2014